

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

**Herausgegeben von Prof. Dr. R. Broda in Paris
in Verbindung mit Dr. Hermann Beck und
Erich Lilienthal in Berlin**

6. Jahr

10. Heft



**SPR
MADE**

**Organ des Instituts für intern. Austausch
fortschrittlicher Erfahrungen u. des Bundes
für Organisation menschlichen Fortschritts**

Verlegt bei Georg Reimer in Berlin W.10

Jährlich 11 Hefte für 10 Mark – Einzelheft 1 Mark

INHALT:



Dieses Heft ist vornehmlich Problemen der Arbeiterfürsorge gewidmet.

Nachdruck mit Ausnahme der durch einen Vermerk gekennzeichneten Artikel mit Quellenangabe gestattet.

Dr. HEINZ POTTHOFF, Düsseldorf: Arbeiterschutz in Deutschland	647
AIMÉ BERTHOD, Mitglied des französischen Parlaments, Berichterstatter der parlamentarischen Kommission für Arbeiterschutz: Minimallöhne für Heimarbeiterinnen	652
JUSTIN GODARD, Mitglied des französischen Parlaments: Vorschläge zur Milderung des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit.....	655
PAUL DESCAMPS, Paris: Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in einer englischen Weberei	657
EDWARD R. PEASE, London: Die Wohnungsfrage in England.....	660
Dr. I. VON BÜLOW, Berlin: Der deutsche Verein für soziale innere Kolonisation	663
T. BOKHANOWSKY, Paris: Eine Ferienkolonie auf genossenschaftlicher Grundlage	667
Chronik	669
RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:	
Kulturaufgaben des Jahrhunderts	682
ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:	
Generalsekretär ERWIN STEIN, Berlin-Friedenau: Die Entwicklung der deutschen Großstädte	692
Chronik	693
POLITISCHE ENTWICKLUNG:	
Chronik	695
BILDUNGSWESEN:	
Dr. MANFRED R. v. VIVENOT, Wien: Die „Zentral-Bibliothek“ in Wien.....	698
Chronik	707



DR. HEINZ POTTHOFF, DÜSSELDORF: ARBEITER-SCHUTZ IN DEUTSCHLAND.

DIE soziale Gesetzgebung des Deutschen Reiches hat — wie so manches andere — die Sache am verkehrten Ende angefaßt: bei den Wirkungen statt bei den Ursachen. Allerdings als vor rund hundert Jahren Preußen die ersten Industrieschutzbestimmungen erließ, da war ihr Zweck, die Militärtauglichkeit der Arbeiterschaft aufrecht zu erhalten, und sie wandte sich richtig gegen die übermäßig langen, unregelmäßigen Arbeitszeiten, gegen die übermäßige Frauen- und Kinderarbeit, mit der, namentlich im Westen, die junge Textil- und Metallindustrie die Gesundheit der heranwachsenden Generation ruinierte. Aber als zehn Jahre nach der Reichsgründung der neue deutsche Bundesstaat mit großzügiger Sozialpolitik vorging, da beherrschte ihn der Gedanke vom Mitleid mit den Schwachen, von der Versorgung der Bedürftigen. Und er begann mit der *Arbeiter-versicherung*. Die rechtzeitige und sachgemäße Aufbringung der Lebenskosten ist gewiß unendlich rationeller als die früher übliche Versorgung durch Familie, Wohltätigkeit und Armenpflege. Aber sie müßte eine Volkswirtschaft ruinieren, wenn man den einzelnen die Freiheit ließe, im Vertrauen auf die Staatsversorgung Raubbau an der Arbeitskraft der anderen zu treiben; die wirtschaftliche Überlegenheit zu benutzen, um sich durch eine Versündigung am Nationalreichtum private Gewinne zu verschaffen. Nicht Versorgung der Arbeitsunfähigen ist das wichtigste Ziel staatlicher Sozialpolitik, sondern Erhaltung und Förderung der Arbeitsfähigkeit, nicht: Schutz der Schwachen! (um das beliebteste Schlagwort zu ersetzen), sondern: Schutz vor Schwächung! Die Renten der Versicherung müssen ganz am Ende stehen als letztes Hilfsmittel in solchen Fällen, in denen trotz bester Vorbeugungsmaßnahmen eine Schädigung oder der Eintritt eines natürlichen Verfalles nicht abzuwenden ist.

Solche Vorbeugungsmaßnahmen enthalten unsere Versicherungsgesetze in erheblichem Maße. Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung geben jährlich hunderte von Millionen für *ärztliche Behandlung* aus. Das bedeutet nicht nur eine „Fürsorge“ für die Erkrankten oder Verletzten, sondern auch eine ökonomische Maßregel zur schnellen Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit, auf der unser Volksreichtum beruht, und einen Schutz dagegen, daß Gesundheitsstörungen zu dauernder Beeinträchtigung der Arbeitsleistung führen. Die Träger der Unfallversicherung üben eine wachsende Tätigkeit aus auf dem Gebiete der *Unfallverhütung*. Berufsgenossenschaften, die ihre Pflicht hier nicht erfüllen, können von der Oberbehörde dazu angehalten werden. Die Träger der Invalidenversicherung und die neue Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verwenden nicht nur viele Millionen dazu, durch rechtzeitiges *Heilverfahren* einer Invalidität vorzubeugen oder eine Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen, sondern sie dürfen auch ihr Vermögen teilweise in anderen allgemeinen Maßregeln zur Förderung der Gesundheit verwenden. So haben einzelne Landesversicherungsanstalten Gutes geleistet in der *Kleinwohnungsfrage* *). Die Versicherung ist zur Grundlage einer umfassenden *Volkshygiene* geworden, d. h. zu einem Arbeiterschutz ersten Ranges.

*) Vgl. meinen Vortrag auf dem Bodenreformtage in Straßburg: „Versicherung und Bodenleihe“, abg. im Jahrbuch der Bodenreform, Jena 1913, Heft 4.

Daneben stehen nun die gesetzlichen Maßregeln, die man als Arbeiterschutz im engeren Sinne bezeichnet, nämlich Beschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung von Nacht- und Sonntagsruhe usw. Sie ergeben ein sehr buntes Bild, denn es laufen hier durcheinander: Allgemeines Recht und Spezialgesetze; Reichsrecht und Landesrecht; Gesetz und Verordnungen des Bundesrates, der Landesbehörde, der örtlichen Verwaltung, der Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaften. Die Hauptbestimmungen sind am Schlusse zusammengestellt *). Hier genügen einige allgemeine Bemerkungen:

Nichts ist verkehrter, als in solchen Schutzbestimmungen eine unwirtschaftliche Beschränkung der Arbeit, eine Verminderung und Verteuerung der Leistung, damit eine Erschwerung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte zu sehen. Der Zweck ist der entgegengesetzte. Sonntagsarbeit wird nur deswegen verboten, weil der Mensch bei einem wöchentlichen Ruhetage in Jahrzehnten mehr leistet als ohne ihn. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit hat oft genug zu einer Vermehrung der täglichen Produktion geführt. Die Kinderarbeit wird gehindert, damit der Körper sich zunächst entwickeln und nachher mehr und besseres leisten kann. Die Frauenarbeit wird beschränkt, damit sie nicht zu einer Beeinträchtigung der wichtigsten Frauenaufgabe: der Tragung und Erziehung des kommenden Geschlechtes, führt usw. Der Zweck der Schutzgesetze ist ein rationelles Wirtschaften mit der Arbeitskraft, der Gesundheit der Millionen, ist die Hinderung eines Raubbaus am Mitmenschen, der für den einzelnen vorteilhaft sein kann, für die Gesamtheit auf die Dauer aber stets verderblich sein muß.

Eine Grenze für diese Menschenökonomie liegt darin, daß auf dem Weltmarkte noch mehr als auf dem Binnenmarkte der Kampf die Grundlage des Wirtschaftsverkehrs ist; daß dieser Wirtschaftskampf nur ein Stück des allgemeinen Kriegszustandes bildet; und daß eine rationelle Volkswirtschaft dabei einer unrationellen auf Teilgebieten und vorübergehend unterliegen kann. Deswegen sind gerade auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes internationale Vereinbarungen von großer Bedeutung. Je mehr die Staaten sich gegenseitig zu rationeller Arbeitsverwertung verpflichten, desto mehr Segen bringen sie ihrer eigenen Volkswirtschaft und Volksgesundheit. Man soll doch nicht die Augen davor verschließen, daß der abscheuliche Mädchenhandel, zu dessen Bekämpfung alle Kulturstaaen sich gemeinsam rüsten, quantitativ eine harmlose Kleinigkeit ist gegen den Handel mit Menschenleben und Gesundheit, der in den stolzen Ausfuhrzahlen mancher Industrie erscheint.

Ein anderes wichtiges Problem ist in Deutschland neuerdings wieder viel erörtert worden im Anschluß an ein Buch von Professor Bernhard **), der behauptet, daß die Fülle der Reglementierung und Beaufsichtigung zu einer lästigen Fessel, zu einer schädlichen Beeinträchtigung der Unternehmertätigkeit geworden sei. Bei aller Übertreibung liegt hier ein Kern berechtigter Kritik. Aber das Heilmittel dagegen ist auch seit langem von fortschrittlicher Seite angegeben worden. Es heißt Selbstverwaltung an Stelle der Bureaucratie. Paritätischen Organisationen der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter (Arbeitskammern) sollten die Befugnisse der örtlichen Polizeibehörden und der Gewerbeaufsichtsbeamten übertragen werden. Dann könnte

*) Nach meinem Buche „Probleme des Arbeitsrechtes“, Jena 1912.

**) Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Berlin 1911.

die Gesetzgebung sich auf wenige allgemeine Regeln beschränken und die Durchführung, die Anpassung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gewerbebezüge getrost den Beteiligten selbst anheimgeben.

Ganz das gleiche Problem wird uns noch auf einem anderen Gebiete beschäftigen, das auch zum Arbeiterschutz im weiteren Sinne gehört: dem Dienstvertragsrechte. Das Recht des Dienstverhältnisses ist dasjenige, auf dem in Deutschland die Rechtsentwicklung am weitesten hinter dem Bedürfnisse zurückgeblieben ist. Trotzdem es das bei weitem wichtigste ist, so ist es doch am wenigsten vollständig und am wenigsten einheitlich geregelt. Sechs Reichsgesetze und sechs Dutzend Landesgesetze gelten neben- und durcheinander, widersprechen sich in sinnlosester Weise *). Jedes einzelne dieser Gesetze enthält einzelne soziale „Schutzvorschriften“, die dem Arbeiter oder Angestellten gewisse Mindestbedingungen sichern sollen (Kündigungsfristen, Gehaltszahlung in Krankheitsfällen, Dienstzeugnis, Barzahlung des Lohnes u. dgl.). Hier hat seit einigen Jahren eine lebhaftere Bewegung auf Vereinheitlichung des Rechtes eingesetzt, die zunächst von den Privatangestellten getragen, dann von der Gesellschaft für soziale Reform und vom Deutschen Juristentage unterstützt wurde und auch im Reichstage eine Mehrheit hat **). Vom kommenden Jahre ab wird auch eine literarische Sammelstelle für die Fragen des Arbeitsrechtes bestehen **), und der Gedanke des einheitlichen Dienstrechtes für die Angestellten wird wahrscheinlich binnen kurzem eine Frage praktischer Tagespolitik sein. Dabei müssen natürlich die Grundsätze sozialer Schutzgesetzgebung entschieden werden, und es ist zu hoffen, daß die deutsche Gesetzgebung sich resolut vom Schutze der Schwachen zum Schutze vor Schwächung, von der Versorgung zur Erhaltung, von der Nächstenliebe zur Menschenökonomie bekehren wird.

Kurze Übersicht über die Arbeiter-Schutzgesetze (im engeren Sinne) in Deutschland.

a) Für alle Arbeiter.

1. Die Arbeitszeit ist für erwachsene männliche Arbeiter grundsätzlich nicht beschränkt. Rechtliche Beschränkungen beziehen sich auf

1. gesundheitsgefährliche Betriebe. Die Gewerbeordnung gibt dem Bundesrat die Befugnis zur Beschränkung der Arbeitsdauer in schädlichen Betriebsarten. Derartige Verfügungen sind erlassen für Bäckereien und Konditoreien, Getreidemühlen, Gast- und Schankwirtschaften, Bleihütten, Akkumulatorenfabriken, Steinbrüche und Steinhauereien, Thomasschlackenanlagen, Bleifarbenfabriken, Anlagen der Grobeisenindustrie. Die Verfügungen setzen entweder eine Höchstdauer der täglichen oder ununterbrochenen Arbeitszeit (bis herunter auf 6 Stunden), oder eine Mindestdauer der Arbeitspausen oder der Nachtruhe fest. Derartige Beschränkungen sind auch in den Berggesetzen der Einzelstaaten; aber nur Bayern hat seit 1908 den allgemeinen Achtstundentag.

2. Offene Verkaufsstellen (Ladengeschäfte). Nach der G.O. 139 c/f ist allen Handlungsgehilfen, Lehrlingen und Arbeitern eine tägliche, ununterbrochene Ruhezeit von 10—11 Stunden zu gewähren; außerdem eine Mittagspause von 1 ½ Stunden. Offene Verkaufsstellen müssen von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens geschlossen sein. Der Ladenschluß von 8 Uhr abends oder bis 7 Uhr früh kann auf Antrag von zwei

*) Wegen aller Einzelheiten muß ich auf meine „Probleme des Arbeitsrechtes“ (Jena 1912) und auf meine Gutachten zum 30. und 31. Juristentage (Berlin 1910 und 1912) verweisen.

**) Vgl. Schriften d. Gesellsch. f. soziale Reform Heft 25—33, Verhandlungen des 30. u. 31. Juristentages, Verhandl. des Verbandes d. Gewerbe- u. Kaufmannsgerichte, Leipzig 1913.

***) „Arbeitsrecht“, Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Herausg. v. Dr. Sinsheimer u. Dr. Potthoff. Verlag I. Heß, Stuttgart.

Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber für einzelne Bezirke oder Geschäftszweige, auch für bestimmte Tage oder Jahreszeiten durch die Ortsverwaltung eingeführt werden. In Hunderten von Städten ist davon Gebrauch gemacht. (Für dringende Fälle sind Ausnahmen vorgesehen.)

3. Sonntagsarbeit. Die Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist durch die Gewerbeordnung grundsätzlich verboten. Die Vereinbarungen darüber sind nichtig, Dienstleistungen am Sonntag begründen keinen Lohnanspruch. Die Ruhezeit soll 24 Stunden betragen. Aber das bezieht sich nicht auf die nicht der Gewerbeordnung unterstehenden Verträge (also namentlich nicht auf Landwirtschaft, Künste, ärztliche, juristische usw. Berufe, häusliche Dienste). Die Gewerbeordnung nimmt auch einzelne Betriebsarten völlig aus (so Gast- und Schankwirtschaften, Theater- und Musikaufführungen, Verkehrsgewerbe, Apotheken, Krankenanstalten, Lohndiener, Dienstmänner). Der Bundesrat kann für bestimmte Gewerbe aus Betriebsrücksichten (Saisonbetriebe und solche mit ununterbrochenem Feuer) Sonntagsarbeit in beschränktem Umfange gestatten und hat für etwa 80 Gewerbearten Gebrauch davon gemacht. Die höheren Verwaltungsbehörden können ferner Sonntagsarbeit gestatten für Gewerbe, deren Ausübung an Sonntagen zur Befriedigung von täglichen Bedürfnissen der Bevölkerung notwendig ist, sowie für Betriebe, die durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegt werden. Auch die Gewerbeinspektoren können vorübergehend zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens Sonntagsarbeit gestatten. Für das Handelsgewerbe beschränkt sich das völlige Verbot auf die ersten Feiertage der großen Feste; im übrigen dürfen Gehilfen und Arbeiter 5 Stunden lang beschäftigt werden. (Für Hauptgeschäftswochen bis zu 10 Stunden.) Mit der Ruhezeit fällt der Ladenschluß zusammen.

Bieten diese Gesetzesbestimmungen und Verwaltungsvorschriften schon ein buntes Bild, so wird es in der Praxis noch viel bunter dadurch, daß G.O. 105 c allgemein Ausnahmen zuläßt für Arbeiten in Notfällen oder im öffentlichen Interesse, für Inventur, für Bewachung, Reinigung und Instandhaltung der Anlagen und Vorbereitung des Montagsbetriebes, für Verhütung des Verderbens von Material.

4. Die Nachtarbeit unterliegt keinen weiteren Beschränkungen. Auch allgemeine Vorschriften für Ruhepausen bestehen nicht. Auf Erholungsurlaub hat niemand ein gesetzliches Recht.

II. Schutz der Gesundheit. Die Bestimmung des § 618 B.G.B., wonach Betriebe, Arbeitsstätten (und eventuell auch Wohnstätte) so einzurichten sind, wie es die möglichste Rücksichtnahme auf Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und Religion erheischen, hat nur zivilrechtliche Wirkung. Die ähnlich lautenden Vorschriften H.G.B. 62 und G.O. 120 a/e aber auch öffentlich-rechtliche. Hier ist im Gesetz ausdrücklich noch vorgeschrieben die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes, die Fürsorge für genügendes Licht, ausreichenden Luft-raum und Luftwechsel, Beseitigung von Staub, Dünsten und Abfällen, Schutz gegen Berührungen mit Maschinenteilen, Beseitigung der Gefahren aus Fabrikbränden, Vorschriften über betriebssicheres Verhalten der Arbeiter, Fürsorge für Bedürfnisanstalten und Räume zum Einnehmen der Mahlzeiten. Zur Durchführung kann der Bundesrat allgemeine Vorschriften erlassen, ebenso die Landes- oder Ortsverwaltung. Die Polizei kann auch einzelnen Betrieben Vorschriften machen. Das ist in großer Zahl geschehen für Betriebe mit besonderen Gefahren; so hat der Bundesrat Verfügungen erlassen für Herstellung von Bleifarben und Bleiprodukten, von Zigarren, Alkalichromaten, für Buchdruckereien und Schriftgießereien, Roßhaarspinnereien, Bürsten- und Pinselfabriken, Zinkhütten, Glashütten, Glasschleifereien, Steinbrüche, Steinmetzbetriebe, Betriebe für elektrische Akkumulatoren aus Blei, für das Mahlen von Thomasschlacke, zur Vulkanisierung von Gummiwaren, Herstellung von Suspensorien, Ausführung von Maler-, Anstreicher- oder Lackiererarbeiten, Herstellung von Phosphorzündhölzern. Ein umfangreiches Kapitel bilden die Sicherheitsvorschriften der Bergpolizei. Auch die Berufsgenossenschaften haben das Recht zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften, und viele von ihnen haben in weitgehendem Maße davon Gebrauch gemacht. Die Verletzung aller dieser Vorschriften macht den Unternehmer, meist auch den beteiligten Betriebsbeamten strafbar.

IV. Die Überwachung und Durchführung der Schutzbestimmungen ist größtenteils der Polizei übertragen. Nur für die Maßregeln zum Schutze der gewerblichen Arbeiter (nicht der technischen Beamten und nicht in Handelsgeschäften) sind besondere Gewerbeinspektoren angestellt. Eine Mitwirkung der Arbeiter selbst ist nur in bescheidenem Maße vom Gesetz vorgeschrieben.

b) Für Frauen.

Mit Rücksicht auf die besondere Empfindlichkeit der Frauenorgane gegen die Folgen anstrengender Fabrikarbeit, und mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der Frauengesundheit für die kommende Generation ist die Arbeit von Frauen ganz verboten durch Gesetz in Bergwerken (unter Tage, bei Förderung, Transport und Verladung), von 1917 ab in Kokereien und beim Materialtransport an Bauten; durch Bundesratsverordnung in einer Reihe von gesundheitsschädlichen Betrieben. (Vorwiegend Verbot einzelner Arbeitsverrichtungen in den unter a III genannten Unternehmungen.) Gesetzlichen Beschränkungen unterliegt die Frauenarbeit in allen gewerblichen Betrieben mit 10 Arbeitern, in Ziegeleien, Brüchen und Gruben, Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion (letztere durch Bundesratsverordnung) mit 5 Arbeitern, in allen Betrieben mit mechanischem Triebwerk, in Bergwerken (über Tage), Hüttenwerken, Zimmerplätzen, Bauhöfen, Werften und Werkstätten der Tabakindustrie ohne Rücksicht auf die Personenzahl. Die Beschränkungen sind:

I. Die tägliche Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht überschreiten. Sie muß von einer 1½ stündigen Pause unterbrochen sein. Die Ruhezeit muß mindestens 11 Stunden und ohne Unterbrechung währen. Nachtarbeit zwischen 8 und 6 Uhr ist verboten. An Sonnabenden und Vorabenden der Feiertage darf die Arbeitszeit 8 Stunden nicht überschreiten und muß um 5 Uhr nachmittags beendet sein (außer in Badeanstalten). Ausnahmen sind möglich wegen Häufung der Arbeit, bei Naturereignissen oder Unglücksfällen, zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen usw., zur Bewachung, Reinigung und Instandhaltung.

II. Wöchnerinnen dürfen 8 Wochen lang nicht beschäftigt werden. Davon müssen 6 Wochen nach der Entbindung liegen.

III. Über die Höchstarbeitszeit hinaus darf den Arbeiterinnen keine Arbeit nach Hause mitgegeben werden.

Unbeschränkt zulässig ist die Frauenarbeit in Handelsgeschäften (für Verkäuferinnen, Kontoristinnen und Arbeiterinnen), in Heilanstalten, bei Theater- und Musikaufführungen, in Apotheken, Gärtnereien, in Gast- und Schankwirtschaften, in der Landwirtschaft, im häuslichen Dienste, in liberalen Berufen und anderen nicht der Gewerbeordnung oder ähnlichen Gesetzen unterliegenden Tätigkeiten.

c) Für Jugendliche.

Öffentlich-rechtliche Beschränkungen der Arbeit von jugendlichen Personen finden sich im wesentlichen im Kinderschutzgesetz von 1903 und in der Gewerbeordnung.

I. Alle minderjährigen Personen sind privatrechtlich selbständig, sobald sie die Ermächtigung der Eltern oder des Vormundes zur Eingehung des Dienstverhältnisses einmal erlangt haben. Nur der Lehrvertrag bedarf einer schriftlichen Zustimmung, und der Abschluß von Konkurrenzklauseln ist gegenüber minderjährigen Handlungsgehilfen und Technikern ungültig. Die Behörden können Bestimmungen über Arbeitsbücher oder Lohnbücher, über Auszahlung des Lohnes an die Eltern oder deren Benachrichtigung treffen. Ihre Beobachtung wird dann durch Strafen geschützt. Es ist aber wenig Gebrauch von der Befugnis gemacht worden.

II. Jugendliche Arbeiter sind solche unter 16 Jahren. Ihre Beschäftigung ist durch Bundesratsverordnung in einer Reihe von gesundheitsgefährlichen Betrieben verboten (im wesentlichen denselben, in denen auch Frauenarbeit verboten ist). Beschränkt ist die Arbeit wesentlich in denselben Betrieben, in denen auch die Frauenarbeit Einschränkungen unterliegt. Hier darf die Arbeitszeit 10 Stunden täglich nicht übersteigen. Sonntagsarbeit und Nachtarbeit zwischen 8 und 6 Uhr sind verboten. Die Ruhezeit muß 11 Stunden ohne Unterbrechung dauern. Je nach der Dauer der Arbeit müssen 1 bis 3 Pausen von je ½ bis 1 Stunde eingelegt werden. Ausnahmen können in dringenden Fällen gemacht werden. Außerdem kann der Bundesrat für Anlagen mit ununterbrochenem Feuer Nachtarbeit Jugendlichen bis zu 10 Stunden täglich (mit Pausen) und 60 Stunden wöchentlich gestatten (besteht für Glashütten, Walz- und Hammerwerke und Steinkohlenbergwerke). Hausarbeit darf in Fabriken beschäftigt gewesenen Jugendlichen nicht mitgegeben werden. Über die Beschäftigung muß Anzeige erstattet und ein Verzeichnis geführt werden. Verletzungen der Bestimmungen sind strafbar. Diese gelten nicht für die meisten Handwerksstätten, auch trotz Motorenbetrieb, dagegen für Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion mit weniger als 10 Arbeitern. In Bäckereien und Konditoreien gelten die gleichen Bestimmungen wie für erwachsene Arbeiter,

in Getreidemühlen ist die Nachtarbeit verboten; in Gast- und Schankwirtschaften ist die Höchstarbeitszeit 15 Stunden, sie darf nicht zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr früh liegen. Keinen besonderen Beschränkungen unterliegt die Arbeit jugendlicher im Handelsgewerbe, in Apotheken, Heilanstalten, bei Theater- und Musikaufführungen, in Gärtnereien, im Verkehrsgewerbe, in der Landwirtschaft, im Hausdienste, in liberalen Berufen.

III. Personen zwischen 16 und 18 Jahren gelten im allgemeinen als Vollarbeiter; nur in den gesundheitsgefährlichen Betrieben ist ihre Tätigkeit beschränkt (wenn auch etwas weniger als die der Jugendlichen), und in Gast- und Schankwirtschaften dürfen nachts zwischen 10 und 6 Uhr Mädchen, die nicht zur Familie gehören, nicht Gäste bedienen.

IV. Für Kinder von 13 Jahren, die nicht mehr schulpflichtig sind, gelten die Bestimmungen der jugendlichen Arbeiter. Nur darf die tägliche Arbeitszeit nicht 6 Stunden und in Betrieben mit ununterbrochenem Feuer die wöchentliche Arbeitszeit nicht 36 Stunden übersteigen.

V. Kinder unter 13 Jahren und schulpflichtige Kinder werden verschieden behandelt, je nachdem es eigene oder fremde sind. Verboten ist die Beschäftigung von Kindern in allen Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern (ausgenommen Handelsgewerbe, Apotheken, Heilanstalten, Theatervorstellungen usw., Gärtnereien, Verkehrsgewerbe, Gast- und Schankwirtschaften), in Berg- und Hüttenwerken, Brüchen, Ziegeleien, Zimmerplätzen, Bauhöfen, Werften, in der Tabakindustrie und bei Bauten, in Werkstätten mit Motorenbetrieb und in einer großen Anzahl von Werkstätten und Betrieben, welche der Bundesrat bestimmt. Verboten ist (mit einzelnen Ausnahmen) die Beschäftigung fremder Kinder unter 12 Jahren, eigener Kinder unter 10 Jahren. In den nicht verbotenen Gewerbebetrieben dürfen Kinder nicht zwischen 8 Uhr abends und morgens, nicht in der Schulzeit und nicht länger als 3 bis 4 Stunden täglich beschäftigt werden. Für Schaustellungen, Gast- und Schankwirtschaften gelten noch weitere Beschränkungen. Auch Sonntagsarbeit ist bis auf einzelne Ausnahmen untersagt. Nicht beschränkt ist die Kinderarbeit in der Landwirtschaft, im Haushalte.

d) Für Heimarbeiter.

Am 20. 12. 1911 ist ein Hausarbeitsgesetz erlassen worden; es enthält Vorschriften über den Schutz der öffentlichen Gesundheit, über den Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Heimarbeiter, über weitere Beschränkung der Kinderarbeit, über Lohn tafeln, Arbeitszettel, Arbeiterverzeichnisse und dergleichen.



AIMÉ BERTHOD, MITGLIED DES FRANZÖSISCHEN PARLAMENTS, BERICHTERSTATTER DER PARLAMENTARISCHEN KOMMISSION FÜR ARBEITERSCHUTZ: MINIMALLÖHNE FÜR HEIMARBEITERINNEN.

DIE Leser der „Dokumente des Fortschritts“ haben schon wiederholt von den Heimarbeiterschutzgesetzen, die in England in Kraft stehen, in Frankreich vorbereitet werden, in großen Zügen gehört und will ich mich heute auf die Darlegung jener Veränderungen, resp. wie ich glaube, Verbesserungen beschränken, welche die zuständige Parlamentskommission auf meinen Antrag an der Regierungsvorlage für Heimarbeiterinnenschutz vorgenommen hat und die — nach menschlicher Voraussicht — in den definitiven Gesetzestext übergehen werden.

Die Kommission hat die von der Regierung aufgestellte Forderung, daß das Gesetz zunächst bloß den weiblichen Heimarbeitern zugute kommen solle, angenommen. Um jedoch die Heimarbeiterin vor Konkurrenz von

männlichen Heimarbeitern der gleichen Branche zu schützen, sollen die später zu besprechenden, für die Heimarbeiterinnen festgesetzten Minimallöhne auch für männliche Branchekollegen gelten. Da diese letzteren bisher wesentlich höher als die Frauen bezahlt wurden, so wird diese Bestimmung nur in Ausnahmefällen einen Wandel in der Entlohnung der männlichen Heimarbeiter bringen, während der Einfluß auf den Mehrverdienst der Arbeiterinnen allerdings ein weitgehender sein wird.

Die Regierungsvorlage hat bekanntlich *) das Prinzip akzeptiert, daß die unzureichende Entlohnung der Heimarbeiterinnen, die wieder Überarbeit und Unterernährung mit sich bringt, durch Festlegung gesetzlicher Minimallohne zu beheben sei. Aber die Regierung hat sich nicht entschließen können, im Einklang mit der englischen Gesetzgebung eigene Behörden für Beratung und Festsetzung dieser Minimallöhne einzusetzen. Sie wollte einfach den Heimarbeiterinnen einen Rechtsanspruch darauf zuerkennen, daß ihre Stücklöhne mindestens so hoch seien, um ihnen bei 10 stündiger Arbeitszeit einen solchen Verdienst, wie er dem Verdienste der Fabrikarbeiterinnen gleicher Branche im Bezirke entspreche, zu sichern.

Im Sinne der Regierungsvorlage hätten jedoch die Gewerbegerichte in jedem Einzelfalle, auf Antrag der betreffenden Arbeiterin, darauf erkennen müssen, ob der Lohn allzu niedrig gewesen und der Arbeitgeber zur Erstattung der Differenz zu verhalten sei.

Die Kommission hat den zahlreich hiergegen erhobenen Einwendungen **) Rechnung getragen und festgesetzt, daß eigene Behörden, die *Conseils consultatifs du travail*, in analoger Weise, wie sie die australischen und englischen Gesetze vorsehen, gesetzliche Minimallöhne für die Heimarbeiterinnen ausarbeiten.

Allerdings wird ihnen zum Unterschied von der angelsächsischen Gesetzgebung die spezielle Direktive erteilt, festzustellen, welches der bestehende Durchschnittslohn der Fabrikarbeiterinnen der Branche sei und eben diese Durchschnittslöhne dann als Minimallohne für die Heimarbeiterinnen festzulegen. In Ausnahmefällen können sie auch unter diese Durchschnittslöhne in ihren Festsetzungen heruntergehen, und zwar um $\frac{1}{3}$ des genannten Lohnes. Allerdings sieht der Vorschlag der parlamentarischen Kommission die Einsetzung einer zweiten Instanz, d. h. einer Kommission in Paris, vor, welche auf Beschwerde seitens der einen oder anderen Partei bezüglich dieser Minimallohne endgültig zu entscheiden hat.

In strikte obligatorischer Weise wird den genannten *Conseils consultatifs du travail* allerdings bloß aufgetragen, einen Minimallohn pro Arbeitsstunde festzulegen. Sie sollen allerdings, so empfiehlt ihnen das Gesetz, weitergehen und auf Grund dieser Löhne pro Arbeitsstunde die Stücklöhne für die wichtigsten Verrichtungen ausarbeiten und nur diese Stücklöhne haben ja naturgemäß für Heimarbeiterinnen Bedeutung. Die *Conseils consultatifs du travail* können jedoch, dies gestattet ihnen das Gesetz, von der Festlegung der Stücklöhne für allzu verwickelte und allzu zahlreiche Verrichtungen absehen; in diesem Falle hat das Gewerbegericht einzeln zu entscheiden, ob der betreffende, vom Arbeitgeber im Einzelfalle

*) Siehe Aufsatz von Prof. Broda in der Septembernummer 1911 d. D. d. F.

**) So auch insbesondere der Kritik, welche in den Flugschriften des „Institut international pour la diffusion des expériences sociales“ enthalten war.

gezahlte Stücklohn dem obligatorisch festgelegten Minimallohn pro Arbeitsstunde entspricht.

Die Hoffnungen aller wahren Freunde einer Ausgestaltung dieser Gesetzgebung gehen allerdings dahin, daß die *Conseils consultatifs du travail* von ihrer Befugnis, auch die Stücklöhne festzusetzen, weitgehenden Gebrauch machen und so wahre, mit Gesetzeskraft ausgestattete Kollektivarbeitsverträge schaffen werden.

Über alle diese Bestimmungen hat sich eine ziemliche Einigkeit aller beteiligten Fachleute erzielen lassen. Die Meinungen gehen nur noch weiter darüber auseinander, in welcher Weise die Bezahlung dieser Minimallöhne zu erzwingen und damit eine wahrhafte Garantie gegen Fortdauer der Ausbeutung, unter der die Heimarbeiterinnen in Frankreich wie anderswo bisher gelitten haben, zu schaffen sei.

In England sind es bekanntlich die Fabrikinspektoren, welche die Bezahlung dieser Minimallöhne zu überwachen haben und zuwiderhandelnde Arbeitgeber werden auf ihren Antrag in Geldstrafe, bei Rückfällen in höhere Geldstrafe und schließlich in Gefängnishaft genommen.

Eben diese Bestimmungen wurden auch in Frankreich von vielen Seiten gefordert. Und daß sie durchgreifender als jede andere Maßregel den Erfolg des Gesetzes verbürgt hätten, soll nicht geleugnet werden.

Andererseits wurde von amtlicher Seite die Arbeitsüberlastung der Fabrikinspektoren gegen eine Betrauung derselben mit diesen neuen und verwickelten Agenden ins Feld geführt und andererseits wurde von Arbeitgeberseite leidenschaftlicher Protest gegen die Androhung von Strafsätzen für Nichtbezahlung der Minimallöhne erhoben und darauf hingewiesen, daß diese Minimallöhne ja zum Teil nicht in ihrer endgültigen Stücklohnform festgesetzt wurden, ein Arbeitgeber also sehr wohl gegen die behördliche Verfügung verstoßen und dabei doch in gutem Glauben handeln könne.

Allerdings wird dieser Einwand sehr geschwächt, insoweit es sich um Artikel handelt, deren Minimallohnfestsetzung schon einmal Gegenstand eines gewerbegerichtlichen Urteils gewesen wäre; doch wurde auch in dieser Richtung von seiten der Arbeitgeber behauptet, daß die Fabrikate der Heimarbeit so variabel seien, daß auch in dieser Richtung Zweifel entstehen und dem Arbeitgeber, der den Minimallohn nicht bezahlt, zugute gehalten werden können.

Wie immer dem sei, die Mehrheit der parlamentarischen Kommission, deren Beschluß ich nun vor dem Parlament zu vertreten habe, hat sich gegen die Betrauung der Fabrikinspektoren und gegen Festlegung von Strafsätzen ausgesprochen.

Die Durchsetzung der Minimallohnansprüche soll vielmehr (abgesehen vom gesetzlichen Zwange einer Veröffentlichung der bezahlten Löhne, welche manche schreiende Ungleichheit wohl von selbst ausschließt) dem Zivilrechtswege überlassen bleiben. Und zwar soll in erster Linie die Arbeiterin selbst befugt sein, gegen Arbeitgeber, die niedrigere als die gesetzlich festgelegten Minimallöhne bezahlen, auf Erstattung der Differenz zu klagen.

Als diese Bestimmung zuerst vom Arbeitsbeirat vor einigen Jahren vorgeschlagen ward, begegnete sie auf sozialpolitisch vorgeschrittener Seite allgemeinem Hohn, weil man — wie ich glaube, mit Recht — darauf hinwies: die Arbeiterinnen, denen ja selbst die entsprechende Initiative für gewerk-

schaftliche Organisation und selbständige Vertretung ihrer Interessen fehle und die eben um dieses Mangels willen der ganzen Minimallohngesetzgebung bedürfen, würden keineswegs den Mut aufbringen, gegen ihren Arbeitgeber zu klagen und sich damit sofortiger Arbeitsentziehung auszusetzen.

Um diesem Gesichtspunkt zu entsprechen, hat schon die ursprüngliche Regierungsvorlage festgesetzt, daß gewisse autorisierte Gewerksvereine, Käuferligen und Verbände zum Schutz der Heimarbeiterinnen berechtigt sein sollen, an Stelle der Arbeiterin selbst Klage zu erheben.

Über meinen Antrag hinaus hat die Parlamentskommission diese Befugnis dahin erweitert, daß j e d e r Gewerksverein der Branche, ohne irgendwelcher behördlichen Autorisierung zu bedürfen und ohne irgendeine Schädigung seiner eigenen Mitglieder nachweisen zu müssen —, daß also auch Gewerksvereine, die ausschließlich aus Fabrikarbeitern zusammengesetzt sind und bloß eine allgemeine Solidaritätsbeziehung zum Heimarbeiterelend haben —, befugt sein sollen, eine Klage einzubringen. Da solche Gewerksvereine immerhin in allen größeren Provinzorten bestehen, mag gehofft werden, daß sie in einem wesentlichen Teil Frankreichs die Einhaltung der Minimallöhne erzielen werden, wenngleich naturgemäß für das eigentliche flache Land vieles ungeschehen bleiben wird.

Unser neues geändertes Gesetz sieht auch vor, daß der Arbeitgeber im Falle seiner Verurteilung nicht bloß die Differenz zwischen dem von ihm gezahlten Lohn und dem gesetzlich festgelegten Minimallohn, sondern eine darüber hinausgehende Entschädigung an die Arbeiterin zu bezahlen hat.

Man hat gegen unsere Vorschläge den Einwand erhoben, daß sie eine Erweiterung der üblichen Rechtsanschauung darstellen, indem Verbände, die gar keinen Schaden erlitten haben, trotzdem zur Erhebung einer Klage berechtigt sein sollen; aber die oberwähnten materiellen Gesichtspunkte scheinen uns eine solche juristische Neuschöpfung zu rechtfertigen.

Das Gesetz soll in diesen Wochen seine endgültige Fassung in den Beschlüssen der parlamentarischen Körperschaften gewinnen und bald wird so in Frankreich ein neuer Typus der Minimallohngesetzgebung geschaffen werden; die Erfahrung wird zeigen, ob er sich ebenso bewährt, wie jene ausgezeichnete englische Gesetzgebung, die in diesen letzten Jahren soviel verdientes Lob gefunden und eben jetzt durch Regierungsverordnung auf eine so große Reihe neuer Industrien ausgedehnt wird.



JUSTIN GODARD, MITGLIED DES FRANZÖSISCHEN PARLAMENTS: VORSCHLÄGE ZUR MILDERUNG DES ANTAGONISMUS ZWISCHEN KAPITAL UND ARBEIT.



ENN wir die Schaffung eines — sei es auch nur temporären — Modus vivendi zwischen Kapital und Arbeit ins Auge fassen wollen, so kann dies wohl nur in der Art geschehen, daß die Arbeit an dem Gewinn, den sie erzielen hilft, in gleicher Weise beteiligt sei, wie das Kapital. Dieser Anteil muß rechtlich festgelegt und ihr zuerkannt werden als etwas ihr absolut Gebührendes; er darf nicht etwa eine

Almosenform annehmen, wie es bei den in Kraft stehenden Systemen der Gewinnbeteiligung oft allzusehr den Anschein hat.

Ein Gesetz mit diesen Zielpunkten ist im Mai d. J. dem französischen Parlament vorgelegt worden. Danach sollen die Aktiengesellschaften eines neuen Typus außer den Kapitalsaktien Arbeitsaktien ausgeben, deren Anzahl mindestens ein Viertel der Kapitalsaktien betragen muß. Diese Aktien sind Kollektivbesitz der Angestellten und berechtigen diese, an der Generalversammlung teilzunehmen und mindestens ein Viertel der Verwaltungsratsmitglieder aus ihrer Mitte zu wählen.

Dieses Gesetz hinkt. Es s c h e n k t den Arbeitern ohne weiteres etwas, statt es sie v e r d i e n e n zu lassen, und für Begründung von auf solcher Basis beruhenden Aktiengesellschaften mit Gewinnbeteiligung des Arbeiters dürften sich wohl kaum die nötigen Kapitalisten finden.

Nach dem Vorbild der englischen Gesellschaft Taylor sollte erst nach Amortisierung des Kapitals und dessen Verzinsung zu 5 %, der Gewinn in zwei gleichen Teilen unter Kapital und Arbeit verteilt werden. Der auf jeden Angestellten oder Arbeiter entfallende Anteil wird im genannten Falle proportionell zu seinem Gehalt bzw. Lohn bestimmt. Diese Anteile werden in Aktien der Gesellschaft ausgegeben und geben im folgenden Jahre Anrecht auf reguläre Dividende, welche bar ausgezahlt wird.

Das Kapital wird mit dieser Teilung natürlich nicht zufrieden sein. Es behauptet, daß es allein alles aufs Spiel setze, alle durch die geschäftlichen Schwankungen bedingten Gefahren auf sich nehme, und schreibt seiner Umsicht allein die eventuelle Amortisierung zu; es wäre also — nach Ansicht seiner Wortführer — mehr als recht und billig, wenn es für sich einen größeren Gewinn beanspruche als die Arbeit, die nichts als Einsatz bringt und ohne Rücksicht darauf, ob das Kapital gute Geschäfte macht oder nicht, ihren Lohn verlangt und erhält. Das Kapital vergißt bei diesem Raisonement, zunächst einmal, daß es die vollbrachte Amortisation der Arbeit zu verdanken hat, ohne deren Mitwirkung es nur etwas Lebloses ist; ferner, daß die Arbeit ebensogroßen Gefahren ausgesetzt ist, wie das Kapital, wenn dessen Spekulationen nicht glücken. Ja, für sie ist das Risiko noch größer. Bankrott gewordene Unternehmungen ziehen Arbeitslosigkeit nach sich; Hunderte von Arbeitern müssen eine andere Erwerbsmöglichkeit suchen und nagen inzwischens oft am Hungertuch.

Das Kapital dagegen existiert weiter; es kann nie zugrunde gehen, höchstens durch Wirkung der Naturkräfte. Es kann wohl schlecht angelegt werden, aber dann wechselt es nur den Besitzer.

Da Kapitalist und Arbeiter also gleichen Gefahren ausgesetzt sind — der eine mit Plazierung seines Kapitals, der andere mit seiner Arbeit — haben sie auch Anspruch auf gleiche Vorteile im Falle günstigen Geschäftsganges.

Dem könnte in nachstehender Weise Rechnung getragen werden: Jede Aktiengesellschaft müßte verhalten werden, aus ihrem Gewinnüberschuß einen Reservefonds zur Amortisation der Aktien zu begründen. Dieser Fonds wäre obligatorisch.

Sind die Aktien einmal amortisiert, so würde das durch das Zusammenarbeiten von Kapital und Arbeit neu geschaffene Kapital beiden Teilen gleichmäßig gehören und unter sie in Form von Nutznießungsaktien verteilt werden.

Angesichts des Wechsels des Personals müßte eine Organisation zur Wahrung des gemeinsamen Interesses geschaffen und ermächtigt werden,

die Kontrolle über die Nutznießungsaktien auszuüben. Denn alles aus der Produktion erzielte Kapital darf nicht dem Betrieb entzogen werden und totes Kapital werden, sondern muß weiter arbeiten.

Alle aus den Nutznießungsaktien erzielten Einkünfte müßten jedes Jahr so angewandt werden, daß sie den Arbeitern zur Unabhängigkeit verhelfen, sie durch Vereinigung von Kapital und Arbeit in den Besitz der beiden Produktionsfaktoren setzend. Über das nötige Kapital verfügend, können sie gleich den kapitalistischen Gesellschaften vorgehen, — Produktivgenossenschaften ausbauen und ihre wirtschaftliche Emanzipation erreichen.



PAUL DESCAMPS, PARIS: DIE GEWINNBETEILIGUNG DER ARBEITER IN EINER ENGLISCHEN WEBEREI.



OR zwei Jahren hatte ich anläßlich einer sozialen Enquete in England Gelegenheit, eine Wollweberei zu besichtigen, in welcher die Arbeiter am Reingewinn partizipieren, welches Prinzip seit mehr als 25 Jahren regelmäßig in Kraft stand. Ich dachte, daß die Beschreibung dieser Weberei die Leser der „Dokumente des Fortschritts“ interessieren dürfte, denen es ja darum zu tun ist, Neuerscheinungen des Fortschritts, auf welchem Gebiet immer, kennen zu lernen. Ich will mich aber in einer solchen Beschreibung nicht auf bloße Darstellung der Tatsachen beschränken, sondern versuchen, ihre Ursachen aufzudecken und die Bedingungen, die ihre Erstehung ermöglichten. Mit anderen Worten, diese Schilderung soll nach der Forschungsmethode, die in dieser Zeitschrift bereits eingehend erörtert wurde *), vorgenommen werden.

Woodhouse Mills, wovon ich sprechen will, liegt in Huddersfield, einer Industriestadt in Yorkshire (England) die fast 100 000 Einwohner zählt. Diese Fabrik ist Eigentum einer Aktiengesellschaft und William Thomson ist sowohl Direktor als auch Präsident des Verwaltungsrates der Fabrik. Zugleich ist er städtischer Gemeinderat und bekleidet die in England unbesoldete Stelle des Friedensrichters.

Im Jahr 1886 entschloß sich Mr. Thomson, seinen Arbeitern einen Gewinnanteil am Unternehmen zuzugestehen. Er tat es jedoch nicht etwa auf Forderung seiner Arbeiter hin, sondern um gewisse Ideen John Ruskins**) einer praktischen Erprobung zu unterziehen, wie man ja fast in allen Fällen feststellen kann, daß die Einrichtung des Gewinnanteils an einer Fabrik nicht zustande kommt, weil die Arbeiter sie fordern, sondern daß es stets ein philanthropischer Chef ist, der eine Theorie, die ihn begeistert, in die Praxis umsetzen will.

Für die Aktionäre wurde eine 5 prozentige Verzinsung festgesetzt, während der Überschuß unter die Arbeiter proportional zu ihrer Löhnung aufgeteilt werden sollte.

Nachdem das System einige Jahre zur Zufriedenheit aller Beteiligten

*) Siehe Sozialwissenschaft, von Paul Descamps.

**) John Ruskin war bei Inaugurierung der neuen Ordnung in den Woodhouse Mills persönlich zugegen.

funktioniert hatte, wurde die Akkordarbeit, die in Webereien üblich ist, durch eine feste Wochenlöhnung von 25 Schilling abgelöst. Es ist ungefähr der mittlere Lohn, den ein Weber dieser Gegend zu erhalten pflegt. Der Anreiz zur Arbeit, den sonst das Akkordverhältnis bildet, ist in diesem Fall durch die Aussicht auf Gewinnanteil gegeben. Man könnte die Sache auch so darstellen, daß in dieser Fabrik ein Mindestlohn von 25 Sch. die Woche gezahlt wird, und daß das Mehr nach dem jeweiligen Reingewinn wechselt. Dieses Minimum erhalten die Arbeiter ebensogut während der Ferienzeit und bei gemindertem Arbeitsgang als bei voller Arbeit.

Jedes Jahr schließt die Fabrik für einige Tage und die Arbeiter gehen dann ans Meer oder machen einen Gesellschaftsausflug. Dieser Brauch ist der Fabrik von Thomson and Sons gar nicht allein eigentümlich, sondern besteht in zahlreichen Textilfabriken Nordenglands. Aber daß auch die Löhnung während dieser Ferientage weiterbesteht, ist allerdings eine Eigentümlichkeit des hier besprochenen Etablissements.

Die Textilindustrien sind bekanntlich häufigen Krisen unterworfen, doch sind die Geschäfte derzeit in gutem Gang; statt Arbeitslosigkeit herrscht Arbeitermangel. Vor einigen Jahren war es nicht so, doch dauerte bei Thomson and Sons die Arbeitseinstellung nie mehr als 3 Wochen und auch während dieser Frist konnte den Arbeitern der übliche Lohn ausgezahlt werden.

Richtig ist, daß der Reingewinn in den Krisenjahren unter 5% fiel. Und hier wird das Phänomen interessant, denn gerade so wie den Arbeitern ihr Fixum garantiert ist, ebenso ist es mit den Aktionären. Gewisse großmütige Aktionäre wollten nun auf ihre Dividende verzichten, dies wurde aber zurückgewiesen. Als aber die Arbeiter sich spontan entschlossen, die Summe, die zur Deckung der 5 prozentigen Aktionärzinsen fehlte, aus eigenen Mitteln zu zeichnen, da wurde dies angenommen. Unter Umständen gehört nämlich mehr Hochherzigkeit dazu, das Geschenk der Niederen anzunehmen, als ihnen eines zu machen.

Durch diesen Akt zeigten die Arbeiter ihre Anhänglichkeit an die Fabrik, ihren Willen, das Experiment zu einem guten Ende zu führen.

Nehmen wir an, daß man die Aktionäre aus dem Reservefond bezahlt gemacht hätte, so konnte eine verlängerte Krise denselben vollständig leeren und am Schlusse den Sturz des Unternehmens herbeiführen. Nehmen wir im Gegenteil an, daß die Aktienzinsen heruntergesetzt worden wären, so hätte so mancher Aktionär entmutigt seinen Anteil losgeschlagen, was den Ruin des Kapitals bedeuten konnte.

Ich glaube nicht, daß das, was sich in Woodhouse Mills zugetragen hat, sich überall zutragen würde; denn es erforderte ein gewisses Niveau der Erziehung in der Arbeiterklasse, das leider nicht überall anzutreffen ist. Es setzte voraus, daß die Arbeiter das Experiment nicht als einen Braten auffaßten, von dem sie nur die guten Bissen untereinander zu teilen haben würden, sondern daß sie verstünden, daß sie selbst an der Zubereitung des Bratens beteiligt wären und an der Verantwortung für sein Gelingen mittragen. Das setzte ferner voraus, daß diese Leute eine außergewöhnliche Willenskraft und Voraussicht besäßen, um sich nicht zu beugen, nicht der Versuchung, passiv zu bleiben, zu unterliegen. Verantwortlichkeitssinn, Willen und Voraussicht, das war es, was die Erziehung dieser Leute zuvörderst entwickelt hatte.

Erwähnen möchte ich, daß auch ohne Krisenjahre das Gehalt der Leute

unter das Minimum von 25 Sch. sinkt, sofern dies notwendig ist, um den Aktionären gerecht werden zu können, so daß die Stabilität des Kapitalzinsfußes besser gesichert erscheint als die der Löhne. Statt daß diese Fluktuation der Löhne aber von den Arbeitern mühsam geduldet würde, geschieht sie im vollen Einverständnis mit ihnen. Käme bei der ganzen Einrichtung auch gar keine materielle Besserstellung des Arbeiters heraus, so ist doch interessant, zu konstatieren, daß sich bei ihm eine moralische Hebung durchsetzt.

Man würde irren in der Annahme, daß jeder Arbeitgeber, der auf eine gleich qualifizierte Arbeiterschaft stieße, mit Erfolg ein gleich eingerichtetes Unternehmen leiten könnte. Es müßte eben ein Unternehmer sein, der — wie alle erfolgreichen Unternehmer — auch ein fähiger Geschäftsmann wäre, seine Angelegenheiten zu führen und über seine Interessen zu wachen verstünde.

Aber man würde sich ebenfalls täuschen, hielte man mit dem Vorhandensein einer Elitearbeiterschaft und eines Direktors, der zugleich tüchtiger Geschäftsmann und Philanthrop wäre, alles für getan. Es müssen auch noch eine Reihe äußerer Umstände passen, die weder vom Arbeiter noch vom Unternehmer abhängen.

Der Geschäftsgang der Fabrik muß sich einer genügenden Stabilität erfreuen. So wurden alle bekannten Beispiele von Gewinnanteil der Arbeiterschaft durch alte, gutrenommierte Häuser gegeben, denen die gute Qualität ihrer Produkte eine treue Kundschaft sichert. Eine Neugründung mit allen Ungewißheiten des nächsten Morgens konnte niemals an derartige Einrichtungen denken. Andere Industriezweige wiederum sind solchen Schwankungen unterworfen, daß das hier gezeichnete System auf sie keine Anwendung fände.

Die Firma Thomson and Sons ist alt und berühmt; zum Unterschied von den anderen Fabriken von Huddersfield erzeugt sie nur reine Schafwollartikel guter Qualität ohne Beimengungen; sie arbeitet alles in allem mehr für eine reiche Kundschaft, was nicht überall der Fall sein kann. Weiter sind ihre Artikel wenig der Mode unterworfen; die Fabrik hat also nicht für Neuerfindungen und Musterversand große Summen zu investieren. Die allgemeine Tendenz der Wollindustrie in England geht überhaupt in der Richtung einer Automatisierung der Arbeit, einer Festlegung gewisser Typen der zu erzeugenden Artikel und einer reinlicheren Regelung der Beziehung zwischen Produzenten und Verkäufer. Es wäre ungerecht, diese Tatsache im unklaren zu lassen, die Mr. Thomson zugute kam, ohne daß dadurch sein eigenes oder seiner Arbeiter Verdienst heruntergesetzt werden sollte. Wenn man will, daß der Fortschritt unbedingt sicher vor sich gehe, ist es unerlässlich, alle die Vorbedingungen zu kennen, die sein Gelingen ausmachen.

Noch einige Details und unsere Untersuchung ist beendet.

Die Fabrik zählt an die hundert Arbeiter, Verheiratete, Junggesellen, junge Mädchen und Witwen, — keine verheirateten Frauen. Es ist eine allgemeine Tendenz in England, daß jede verheiratete Frau mit der Geburt des ersten Kindes die Fabrik verläßt. Die Administration von Woodhouse Mills besteht in der Regel darauf, daß ein Mädchen, das sich verheiratet, die Arbeit verläßt, wobei ihr eine kleine Mitgift gespendet wird, von 100 bis 125 Mark, je nach der Dauer ihrer Dienstleistung.

Die Fabrik begreift noch einige andere Wohlfahrtseinrichtungen in sich:

Ein Teil der Gewinne — statt direkt in den Säckel der Arbeiter zu fließen — wird als Krankenkasse angelegt; dieselbe funktioniert seit 1893; ein anderer Teil als Pensionskasse, dank welcher die alten Arbeiter 10 Mark pro Woche, die Arbeiterinnen 7 Mark erhalten. Auch gibt es einen Lesesaal. Alle Arbeiter sind Mitglieder des Gewerkvereines.

Man weiß, daß eine Aktiengesellschaft durch einen Verwaltungsrat aus mindestens 7 Mitgliedern bestehend, geleitet werden muß. Bei der Gesellschaft Thomson and Sons ist derselbe folgendermaßen zusammengesetzt: Mr. W. Thomson, Verwaltungspräsident und Direktor der Fabrik; zwei von der Hauptversammlung gewählte Arbeiter; zwei von der Hauptversammlung gewählte Arbeiteraktionäre; zwei von der Hauptversammlung der Aktionäre gewählte Aktionäre, die zugleich Mitglieder der Textilunion sind.

Entsprechend einem sehr verbreiteten Gebrauch in England wird jedes Jahr ein Teil des Gewinnes zur Amortisierung der Maschinen vorweggenommen.

Alles in allem wird das Werk mit überlegener Umsicht geleitet. Es zeigt uns klar den Wert des persönlichen Faches für das Gelingen solcher sozialer Versuche.



EDWARD R. PEASE, LONDON: DIE WOHNUNGS- FRAGE IN ENGLAND.

DIE öffentliche Meinung Großbritanniens ist sich seit langen Jahren darüber klar, daß die Schaffung entsprechender Wohngelegenheit für die arbeitende Klasse, vor allem auch auf dem flachen Lande, unter den drängenden sozialen Notwendigkeiten, unter den brennenden Wünschen der Bevölkerung einen der ersten Plätze einnehmen müsse und ein weit ausgedehntes Reformprogramm in dieser Richtung soll die Plattform der liberalen Partei für die nächsten Wahlen bilden.

England besitzt jedoch schon seit längerer Zeit Wohnungsgesetze, die gewissen Teilgesichtspunkten des Problems Rechnung tragen; speziell im Jahre 1890 wurde ein Gesetz erlassen, das in den Jahren 1900, 1903 und 1909 entsprechend ausgestaltet wurde. Der erste Absatz dieses Gesetzes gestattet jeder Stadtgemeinde, „slums“, d. i. Gruppen von ungesunden, modernen Anforderungen nicht entsprechenden Häusern, zu erwerben und niederzulegen.

Natürlich ist dieses Vorgehen recht kompliziert, da das Eigentum von zahlreichen Hausbesitzern erworben werden muß; der Ankaufspreis muß ferner, wenn eine gütliche Einigung nicht zu erzielen ist, im Wege des Expropriationsverfahrens bestimmt werden, wozu allerdings zu bemerken ist, daß in jenen wahren Wert der Häuser, der dem Eigentümer zu erstatten ist, die aus der Überfüllung der Häuser sich ergebenden Teile des Zinsertrags nicht einzurechnen sind; ferner müssen in manchen Fällen auch Rechte der Mieter entsprechend abgelöst werden, speziell wenn es sich um wichtige Geschäftswerte handelt.

Naturgemäß ist all das für die Gemeindeverwaltungen sehr kostspielig; sie können durchaus nicht hoffen, durch Neubau von Häusern auf dem neu-

gewonnenen Grund und Boden ihre Kosten wieder hereinzubringen, denn die „slums“ mit ihrer dichten Bebauung und ihren, eben um der Vernachlässigung willen, geringeren Reparaturkosten geben höhere Zinserträge als die neuen Häuser, welche die Stadtvertretungen an ihrer Stelle erbauen können.

Trotzdem hat eine ganze Reihe von Stadtvertretungen von diesem Rechte Gebrauch gemacht; London, Birmingham und Glasgow vor allem haben ganze Stadtviertel niedergelegt, enge Gäßchen, lichtberaubte Innenhöfe, unhygienische Häusergruppen wurden beseitigt und moderne Häuser an breiten, geraden Straßen sowie auch entsprechende Parks angelegt. Gewiß gibt es auch heute noch in manchen englischen Städten „slums“, aber die schlimmsten sind doch beseitigt und der Gesundheitszustand hat sich infolge dieser Maßregel wesentlich gebessert.

In einem Regierungsbericht, der im August 1913 ausgegeben wurde, heißt es, daß in 24 englischen Städten insgesamt städtische Anleihen in der Höhe von 54 Millionen Mark für diese Zwecke aufgenommen wurden. London einerseits, Schottland andererseits sind in diesen Ziffern nicht einbegriffen, so daß die Gesamtsumme der Aufwendungen wohl an 100 Millionen erreicht.

Ein zweiter Absatz des Gesetzes ermächtigt die Stadtverwaltungen, in Fällen von direkt und erwiesenermaßen gesundheitsschädlichen Häusern, an die Besitzer den Auftrag für Reparatur oder Niederbruch zu erteilen. Im Jahre 1912 wurden solche Aufträge für 47 429 Häuser erteilt, bei 13 417 Häusern wurden Reparaturen aufgetragen, bei 9761 Häusern ein Wohnverbot erlassen, bei wieder anderen der strikte Auftrag für Demolierung erteilt. Diese Ziffern bedeuten gegenüber früheren Jahren ein starkes Anwachsen, wie es vor allem durch das erleichterte Administrativverfahren, das im Gesetz des Jahres 1909 vorgesehen wurde, sich erklärt.

Außer dieser speziellen Bestimmung gibt es auch noch eine Reihe von allgemeinen bau- und gesundheitspolizeilichen Verordnungen, deren sich die Stadtvertretungen in besonders charakteristischen Fällen zur Ausrottung des Übels bedienen. So wurden in Manchester auf Grund solcher verschiedenartiger Verordnungen 14 000 Häuser demoliert.

Das Gesetz bestimmt auch, daß die Eigentümer von Arbeiterhäusern, d. h. Häusern, deren Wohnungsmieten unterhalb einer gewissen Grenze liegen, der Aufsicht der städtischen Baubehörde unterliegen resp. von ihren Eigentümern in einem bestimmten, von der Behörde kontrollierten Reparaturzustand erhalten werden müssen. Im letzten Jahre wurde auf Grund dieser Bestimmung entsprechende Vorsorge für 43 781 Häuser erlassen; in einer ganzen Reihe von Fällen wurde Abbruch verordnet.

Der dritte Teil des eingangs erwähnten Gesetzes fand bei Erlass desselben nur wenig Beachtung, weil er sich nur mit „Lodging houses“ beschäftigt. Sein augenscheinlicher Zweck war, die großen Städte zur Errichtung und Instandhaltung von städtischen Gebäuden für die obdachlosen Klassen zu ermächtigen; er gab den Ortsbehörden ausgedehnte Vollmachten zur Erbauung, Ausstattung und Instandhaltung dieser nützlichen Einrichtungen. In der verbesserten Fassung des Gesetzes ist der Ausdruck „Lodging houses“ nicht in seiner gewöhnlichen Bedeutung gebraucht, sondern er bedeutet darin ein Häuschen mit etwas Gartenland. Die Praxis zeigte, daß dieser Teil des Gesetzes eigentlich den lokalen Behörden sowohl in den Städten wie auf dem Lande die Möglichkeit gewährt, überall da, wo Mangel an Häusern für die arbei-

tenden Klassen herrscht, solche zu erbauen. Vom Jahre 1891 bis zum 31. März 1913 wurden den lokalen Behörden für neue Häuser über 55 Millionen Mark vorgeschossen; hierin sind jedoch Schottland und London nicht inbegriffen. Für die ersten 6 Jahre wurden zusammen nur etwa 820 000 Mark gewährt; dann kam auf einmal ein großer Sprung und im Jahre 1901 allein wurden 8 132 000 Mark aufgenommen, jedenfalls infolge des Zusatzgesetzes vom Jahre 1900. Von da ab war wieder ein Rückgang zu verzeichnen bis zu dem am 31. März 1913 endigenden Jahre, in welchem den lokalen Behörden über 8 184 000 Mark geliehen wurden. Auch zum Bau von kleinen Häusern, gegründete Vereine und Gesellschaften erhielten während dieser 21 Jahre von der Regierung rund 23 200 000 Mark vorgeschossen.

John Burns brachte dann im Jahre 1909 den Town planning act zur Annahme. Durch ihn wurde das Wohnungsgesetz vom Jahre 1890 ganz wesentlich verbessert und eine neue Reformmethode, die Festlegung von Stadtbebauungsplänen, von denen ich weiter unten sprechen werde, hinzugefügt.

Die wichtigsten Änderungen an dem Wohnungsgesetz waren folgende: 1. Die Ortsbehörden werden verhalten, alle Häuser ihrer Bezirke zu inspizieren; 2. es wurde ihnen zur Pflicht gemacht, für genügend Häuser für die Einwohner ihres Bezirks Sorge zu tragen, während dies bisher nur in ihr Belieben gestellt war; 3. wenn die lokale Behörde ihre Pflicht vernachlässigt, können vier beliebige Einwohner an die Regierung appellieren.

Dank diesem Gesetze hat das Wohnungsproblem neuerdings unter den Angelegenheiten der inneren Politik einen hervorragenden Platz eingenommen, hauptsächlich aber in den ländlichen Bezirken. In den Städten sind immer Wohnungen, wenn auch mitunter unzureichende, zu finden; in den Dörfern hingegen müssen Leute oft jahrelang warten, bevor sie ein Häuschen bekommen, in das sie einziehen können. Die meisten dieser Landhäuser gehören zu dem Landgut und wenn der Gutspächter einen der Leute entläßt, muß dieser das Häuschen verlassen und kann oft kein anderes finden. Der Pächter zahlt niedrige Löhne und setzt einen Arbeiter in ein Häuschen entweder umsonst oder für 1 bis 2 Mark per Woche; nach einer Regierungsumfrage soll der Durchschnitt 1,50 Mark betragen. Ein solches Landhaus kann jedoch nicht für einen Preis hergestellt werden, der weniger als 3,50 Mark Zinsen pro Woche erfordert, und 5 Mark ist ein ganz gewöhnlicher Satz, selbst wenn das Kapital vom Staate zum niedrigstmöglichen Zinsfuß gefunden wird. In diesen ländlichen Bezirken können daher keine Häuser gebaut werden, es müßte denn die Miete viel höher angesetzt werden als der Arbeiter zahlen kann, oder der Bauherr darf von seinem Kapital keinen Ertrag erwarten.

Wie kann dem abgeholfen werden? Eine Gruppe von Konservativen, von manchen Liberalen und der Arbeiterpartei unterstützt, reichte eine Gesetzesvorlage ein, welche bestimmte, daß die Zentralregierung einen großen Teil des den lokalen Behörden aus der Errichtung von Häusern erwachsenden Verlustes tragen solle. Zweimal wurde diese Gesetzesvorlage vom Unterhause mit sehr großer Mehrheit angenommen; da aber für alle Gesetzesanträge, welche Geldausgaben erfordern, die Zustimmung der Regierung nötig ist und die englischen Regierungen Anträge, welche von der Opposition ausgehen, nicht anzunehmen pflegen, wurde die Vorlage fallen gelassen.

Innerhalb des letzten Jahres haben indes bedeutende Veränderungen in der Handhabung des Wohnungsgesetzes stattgefunden. Bisher hatte

die Regierung immer nur eine hemmende Wirkung ausgeübt und die Genehmigung von Bauplänen oft versagt *). All dies hat sich jetzt geändert. Die Behörde ist bei einem Bureau für Zeitungsausschnitte abonniert, um zu erfahren, was im ganzen Lande diesbezüglich vorgeht. Sie prüft die Berichte der Sanitätsbehörden und setzt sich mit den lokalen Behörden in Verbindung, wenn irgendwo ein Wohnungsmangel zu verzeichnen ist. Wenn vier Einwohner gegen die Nachlässigkeit ihrer Ortsbehörde reklamieren, werden Inspektoren mit erstaunlicher Schnelligkeit ausgesandt und öffentliche Enqueten veranstaltet. Ich kenne persönlich drei oder vier Dörfer, in denen vor etwa zwei Monaten derartige Untersuchungen stattfanden und in meinem eigenen Dorfe ist kürzlich eine solche wegen einer geplanten Anleihe, die zur Errichtung von 10 Häusern bestimmt sein soll, vorgenommen worden.

Der bemerkenswerteste Vorfall der letzten Zeit ist vielleicht die Antwort des Herrn Burns an den Stadtrat von Wakefield, als derselbe um Umwandlung in einen „county borough“, d. i. die höchste Stadtklasse, ersuchte. Er erwiderte nämlich, die Wohnungsverhältnisse in der Stadt Wakefield seien sehr schlechte und er werde das Gesuch nicht berücksichtigen, wenn sie nicht verspräche, 100 neue Häuser auf einmal zu bauen. Diese überraschende Bedingung wurde bereitwillig angenommen.

Die Wohnungsfrage auf dem Lande ist ein Streitpunkt der nächsten Zukunft. — Der Präsident des Landwirtschaftsministeriums kündigte vor wenigen Monaten an, daß die Regierung in vernachlässigten Ortschaften selber Landhäuser bauen werde. Aber dieses Projekt, das äußerst schwer durchzuführen ist, scheint wieder fallengelassen worden zu sein. Wahrscheinlich ist das einzige, was getan werden kann, der eben entworfene konservative Plan, und man erwartet, daß die Regierung ihn annehmen wird.

Stadtbebauungspläne sind für England noch etwas Neues und wurden aus Deutschland übernommen; ich brauche hier wohl nicht näher darauf einzugehen. Das Gesetz von 1909 gestattet den lokalen Behörden, Entwürfe in Vorschlag zu bringen, welche von der lokalen Regierungsbehörde genehmigt werden müssen.

Bis zum 31. Juli 1913 wurden von 39 lokalen Behörden 51 Bebauungspläne vorgelegt, aber bis jetzt ist nur einer und zwar in Birmingham, voll und ganz genehmigt worden. Über die übrigen wird erst verhandelt. Es ist daher zu früh, um schon jetzt einen Bericht über den Erfolg dieses Teils des Gesetzes geben zu können.



DR. I. VON BÜLOW, BERLIN: DER DEUTSCHE VEREIN FÜR SOZIALE INNERE KOLONISATION.

DIE allgemeine wirtschaftliche Lage bringt es mit sich, daß zu den durch ihr Gewerbe notwendig zeitweise Arbeitslosen wie den Bauhandwerkern noch Angehörige aller anderen Beschäftigungsarten treten. Handel und Industrie stoßen große Scharen von arbeitsfähigen, arbeitswilligen Leuten ab, ohne daß diese anderweitige Beschäftigung

*) Niemals aber hatte sie die Initiative zu deren Ausarbeitung ergriffen.

finden. Etwaige Sparpfennige sind bald aufgezehrt, die Unterstützung durch die Gewerkschaften kommt nur denen zugute, die ihnen angehören, sonst muß der Staat eingreifen, die Städte, die öffentliche und private Mildtätigkeit.

Von den 2 000 000 in Gewerkschaften Organisierten sind laut Statistik in den letzten Jahren regelmäßig 40 000 bis 50 000 arbeitslos gewesen. In diesem Jahre wird sich die Zahl noch wesentlich erhöhen. Die in den Gewerkschaften Organisierten sind zumeist die tüchtigsten und intelligentesten Arbeiter. Sie können am ersten Beschäftigung erwarten. Darum ist anzunehmen, daß von den nicht organisierten anderen 14 bis 16 Millionen im Handel und Gewerbe tätigen Arbeitern mindestens der gleiche Prozentsatz zu feiern gezwungen sein wird. Wir können also danach auf 500 000 bis 600 000 Arbeitslose ohne weiteres rechnen und müssen befürchten, daß sich die Zahl der Million nähern wird, wenn man alle die hinzunimmt, die von den Statistiken nicht erfaßt wurden, die selbständigen kleinen Kaufleute, die an der verminderten Kaufkraft der Arbeiter zugrunde gehen, letzten Endes auch die Arbeitslosen der freien Berufe.

Diese runde Million wird heute von den Besitzenden und Erwerbenden miterhalten, der Aufwand für sie beträgt jährlich, wenn man die Aufstellungen der verschiedenen Armenetats zusammenzieht, etwa eine Milliarde Mark. Für diese Milliarde Mark werden die Unterstützungsbedürftigen nicht gut, nicht einmal ausreichend, genährt, gekleidet und logiert, dazu bedürfte es eines weit höheren Betrages. Denn es ist nicht allein die Million Arbeitsloser, die davon leben sollen, sondern auch noch die Familien, die hinter ihnen stehen. Diese Milliarde gibt das deutsche Volk jährlich aus, ohne daß es eine Gegenleistung erhält. Die brachliegende Arbeitskraft der Million, ihre durch die Darbezeit verminderte Gesundheit bedeutet hinzukommend eine Einbuße, die ein Vielfaches jener Milliarde ausmachen muß.

Wenn wir dessenungeachtet im Deutschen Reiche eine Million fremder Arbeiter (Russen, Polen, Italiener) beschäftigen, so beweist das nicht etwa, daß unsere einheimischen Arbeitslosen arbeitsunwillig sind. Sie finden nur, wenn sie aus ihrer regulären Arbeit herauskommen, die Stellen, die sie sonst, weil zu schlecht bezahlt, verschmähen müssen, durch jene anspruchsloseren Ausländer eingenommen, die trotz ihrer geringen Lohnansprüche jedes Jahr bedeutende, durch die Statistik leider nicht faßbare Beträge unseres Nationalvermögens in bar ins Ausland tragen.

Auf der andern Seite haben wir in Deutschland rund 500 Quadratmeilen Moorboden und Ödland. Ein kleines Königreich, das keinem Frucht trägt und das richtig beackert, ausreichen würde, jene Million mit Weib und Kind zu ernähren. Versuche haben erwiesen, daß sich das Ödland selbst schlechtesten Klasse, wenn es richtig bewirtschaftet wird, zu einem ertragreichen Gartenland umwandeln läßt. Daß der Überertrag solchen Geländes in Deutschland seinen Absatz finden wird, beweist die Tatsache, daß wir einen großen Teil unseres Verbrauches an Obst (1912: 100 Millionen), Eiern (1912: 193 Millionen) und Gemüse (1912: 54 Millionen) aus dem Auslande holen müssen.

Diese 500 Quadratmeilen Ödlandes und die Million Arbeitsloser zusammenzubringen, ist der zwingend logische Zweck des Vereins für soziale innere Kolonisation in Berlin-Zehlendorf.

Der Verein besteht seit zwei Jahren. Er wurde von den Abgeordneten von Kaphengst (konservativ) sowie dem Schriftsteller Hans Ostwald ge-

gründet, zum Vorstand gehören jetzt die Herren von Böhlendorff-Kölpin, M. d. R., Magistratsrat v. Schulz, Franz Behrens, M. d. R., Dr. Südekum, M. d. R., Paul Cassirer, Hugo Simon, Hans Ostwald, alles Männer, die die nötige Sachkenntnis besitzen.

Wenn der Gedanke auch nicht neu ist, die allzu vielen Stadtarbeiter dem Lande wieder zuzuführen, so zeigten doch die bisherigen Versuche von anderer Seite nicht den nötigen Erfolg. Zum Teil lag das an ihrem konfessionellen Einschlag, zum Teil an dem zwangsweisen Einstellen der Arbeiter.

Auch anderwärts hat man schon Versuche mit der Beschäftigung Arbeitsloser gemacht. In mancher Beziehung ist da die Siedlung der Heilsarmee in Hadleigh an der Themsemündung vorbildlich. Auch hier ist Ödland durch Arbeitslose urbar gemacht worden. Aber der Arbeiter der Heilsarmee erhält die Arbeit wie ein Almosen, man gibt ihm als Entgelt Nahrung und Unterkunft, keinen baren Lohn.

Das Wesentliche und für die Allgemeinheit Nützlichste: dem freien Arbeiter freie Arbeit gegen angemessenes Entgelt zu geben, ihn frisch und gesund für den Augenblick zu erhalten, wo ihn seine ursprüngliche Tätigkeit wieder aufnehmen kann, das ist in dieser Form bisher nur von dem Verein für soziale innere Kolonisation durchgeführt worden.

Der Verein ist noch zu jung, um mit einem Zahlenerfolg aufwarten zu können. Die Hemmnisse waren in der ersten Zeit für ihn zahllose. Dadurch daß er die der städtischen Armenpflege zur Last fallenden Arbeitslosen auf dem flachen Lande beschäftigen wollte, wies ihn eine Behörde an die andere in stetem verderblichen Kreislauf. Überall hieß es, wir wollen nicht mit dem Versuch anfangen, erst etwas Positives sehen.

So entschloß sich der Verein zu eigenem Handeln. Mit 120 M. in der Kasse wurde begonnen. Dieser Mut sollte sich belohnen.

Es fanden sich Menschenfreunde, die ihn anerkannten, und endlich gab auch das Reich eine Unterstützung. So konnte der Verein Anfang Oktober 1913 einer breiteren Öffentlichkeit zeigen, was er erreicht.

Auf einem Stück Heideland bei Reppen hat er bisher 150 Arbeitslose beschäftigt. Das bis dahin brachliegende Terrain wurde durch die Arbeiter ragolt, gedüngt und zur Gartenbestellung fertiggemacht. Wenn Erdarbeiten nicht möglich waren, wurden Holzarbeiten ausgeführt. Die Arbeitslosen erhielten einen Tagelohn von 2,25 bis 3,12 M. Den Familien der Verheirateten wurde täglich eine Mark zugesandt. Die Unterkunft bei den Bauern in der Umgebung war kostenlos, für die Verpflegung mußte der einzelne 1,20 M. den Tag zahlen.

Die dort beschäftigten Arbeitslosen entstammten den verschiedensten Berufen. Am zahlreichsten waren die Bauhandwerker vertreten, aber auch Kaufleute und Bankbeamte fehlten nicht. Von den Leuten ist keiner bisher der Armenpflege wieder zur Last gefallen. Sie haben sich also zu ferner Arbeit draußen auf dem Felde gestärkt und einen Sparpfennig zurücklegen können. Besonders wertvoll hierbei dürfte die moralische Seite der Sache sein. Kein Almosen demütigt, kein Zwang, abgesehen von dem, den jedes Dienstverhältnis mit sich bringt, bedrückt den Mann. Er ist als Kostgänger in einer ordentlichen ansässigen Familie untergebracht, in Räumen, die nie mit mehr als 4—5 Mann belegt sind.

Besonderes Gewicht wird auf die kleinen Nebenumstände gelegt. So hat jeder Arbeiter sein Bett und seinen Stuhl. Das scheint unwichtig, wird

aber in dem Leben des einzelnen zum großen Faktor. Dort kann er nach getaner Arbeit ausruhen, er hat ein Stückchen Eigenes, er findet Ruhe und Möglichkeit, sich zu sammeln, im Gegensatz zu den Arbeiterbaracken z. B. der Stadt Berlin, die ihre Arbeiter in riesigen Schlaßsälen unterbringen, wo 150, 200 Mann zusammenliegen und sich naturgemäß stören, wo ihnen nur leihenlose Bänke zur Verfügung stehen, die sie mit anderen teilen müssen. Die Beachtung solcher Imponderabilien verdanken die Arbeitslosen Hans Ostwald, der selbst einst am eigenen Leibe hat erfahren müssen, was das Elend bedeutet. Wie der Arbeiter gekommen ist, kann er wieder gehen, wenn er will, wenn ihn seine Arbeit wieder ruft.

Aber was er geschaffen, bleibt. Das sind keine Notstandsarbeiten, keine unfruchtbaren Werke. Er sieht, wie sich unter seiner Hand der Boden zum Fruchtträger verwandelt. Das von den Arbeitslosen aus dem Öden herausgestampfte Gartenland findet seine Ansiedler. Es wird im Renten-gutsverfahren ausgegeben. Parzellen von ein bis zwei Morgen Größe erhalten die Ansiedler zu freiem Eigentum. Ein Haus von drei bis fünf Zimmern, Stall, Brunnen, Zaun, Straße, fertig bestelltes Gartenland und Dung auf drei Jahre bekommt der einzelne geliefert. Er hat von dem Wert (4—6000 M.) 10 % anzuzahlen, 75 % übernimmt die Rentenbank, den Rest der Verein. Eine Jahresrente von 200—260 M. dient zur Verzinsung und zur Amortisation in 60½ Jahren.

Zur Bestellung von Haus, Hof und Garten genügt die Arbeit der Familienangehörigen und die helfende Hand des Hausvaters in seinen freien Stunden. Denn er kann und soll seinem bisherigen Berufe nachgehen. Er findet stets Arbeit in der nahen Stadt, auf den umliegenden Gütern.

Bisher sind von den vorgesehenen 24 Stellen in Reppen 8 besiedelt. Der Ertrag von Stall und Garten genügt für die tägliche Ernährung der Ansiedler und wird, wenn die Spargelbeete, die Obstbäume erst tragen, einen baren Gewinn bringen.

Das Wohlbefinden der den Großstädten entrückten, auf eigener Scholle lebenden Leute ist augenfällig. Der Beweis, daß Ödland, Boden siebenter Klasse, ertragreiches Gartenland werden kann, ist erbracht, die Kosten, 800—1000 M. für den Morgen, sind für Kleinsiedelungen und intensive Bewirtschaftung angemessen.

Nachdem dieser Versuch gelungen ist, werden sich die interessierten Stellen nicht mehr zurückhalten dürfen. Der Verein bedarf zur Verwirklichung seiner Ziele großer Mittel, aber dadurch, daß jeder Arbeitslose, den er übernehmen kann, für die Stadt eine Ersparnis bedeutet, dadurch, daß er aus Verzehrern Erwerber macht, die ihren Verdienst wieder in die Stadt zurück tragen, daß auf seinen Ländereien Ansiedlungen entstehen, deren Früchte den Bedarf der Stadt wieder decken werden und zu billigeren Preisen wie die aus dem Auslande kommenden Erzeugnisse, entsteht ein voller direkter Ausgleich, ganz abgesehen von dem Umstande, daß der Industrie dort eine Reservearmee geschaffen wird, die gesund und kräftig jederzeit bei Bedarf einspringen kann, daß endlich auch die stets infolge von Not gesteigerte Kriminalität sich vermindern muß.

Der Verein arbeitet partei- und konfessionslos, nur das Wohl des Menschen, die Zukunft des Volkes liegt ihm am Herzen.

Er schafft Werte, die der Allgemeinheit zugute kommen müssen, die Gesundheit unseres Volkes besitzt in ihm einen Arzt, der mit Präventivmaß-

regeln arbeitet. In seinen Ansiedlungen finden die Hunderttausende, die wir sonst im Laufe der Jahre an die neue Welt abgeben müssen, ein Heim in der Heimat.

Darum ist die Unterstützung des Vereins keine Wohltätigkeit im herkömmlichen Sinne, sondern einfach der Ausdruck des Selbsterhaltungswillens der Einsichtsvollen. Der Verein braucht nur einen kleinen Teil jener Milliarde, die die Arbeitslosen jedes Jahr verzehren, um aus diesem Minus ein Plus zu machen.



T. BOKHANOWSKY, PARIS: EINE FERIENKOLONIE AUF GENOSSENSCHAFTLICHER GRUNDLAGE.



DER Zweck der Ferienkolonien ist bekannt. Sie sollen wenig oder gar nicht bemittelten Personen gestatten, sich während ihrer kurzen Urlaubszeit in Landluft zu erholen.

Frankreich besitzt eine Unzahl derartiger Vereine, die zum Teil durchaus auf Wohltätigkeitsstiftungen, zum Teil auf partieller Unterstützung von außen, und endlich zum Teil auf genossenschaftlicher Grundlage beruhen. Das allgemeine Prinzip ist: Ersparnis durch gemeinsames Vorgehen. Jede einzelne Person oder Familie würde, um sich allein einen Landaufenthalt zu suchen, mehr ausgeben, als wenn sie sich einer Gruppe angliedert, die den gemeinsamen Aufenthalt bewerkstelligt.

Eine der interessantesten dieser Gründungen ist die genossenschaftliche Ferienkolonie „La nature pour tous“, die im Jahre 1903 von einer von sozialistischen Tendenzen erfüllten Gruppe ins Leben gerufen wurde. Sie war anfänglich bloß Arbeitern und ihren Familien zugedacht.

Mit dem kleinen Kapital, das durch die Genossenschaftsbeiträge und eine weitere Anleihe, die persönlich an die Mitglieder gemacht wurde, zusammenkam, kaufte man ein Stück Land (in Châtelailon-Charente inférieure) und errichtete darauf einen Speisepavillon mit Küche und Nebenräumen. Die Zimmer werden vom Geschäftsführer der Gesellschaft in der Umgebung gemietet.

Wer in die Ferienkolonie gehen wollte, mußte der Gesellschaft beitreten und mußte seinen Beitrag zu ihrem Gesamtvermögen leisten. Die Einrichtung trug daher nicht den Stempel einer philanthropischen Stiftung im engeren Sinn des Wortes. Jeder zahlt das gleiche, es gibt keine Begünstigten. Aber alle haben auch das Recht, an der Generalversammlung, die einmal im Jahre einberufen wird, teilzunehmen und mitzustimmen. Ja, ein Paragraph der Statuten bestimmt sogar, daß, wer der Generalversammlung nicht beiwohnt, ohne einen Vertreter zu ernennen oder ohne sich wenigstens schriftlich zu entschuldigen 1 Franken Strafe zu zahlen hat.

Der Zweck dieser Bestimmung geht dahin, die Mitglieder tatsächlich am gemeinsamen Werk zu interessieren, damit jeder auch das seinige dazu-tue. Zu oft geschieht es auch in freiwillig gebildeten Gruppen, daß viele Personen vom Gang der Verwaltung nichts wissen wollen, solange die Verwaltung nur gute Resultate ergibt. Aber damit das Werk nicht seinen

Charakter einbüße, soll keiner an seine genossenschaftlichen Rechte und Pflichten vergessen dürfen.

Die Generalversammlung erwählt ihren Verwaltungsrat und die Kontrollkommission und begutachtet oder verwirft die Berichte, die ihr von beiden unterbreitet werden. Der Rat, aus 21 Mitgliedern gebildet, hat sehr weitgehende Befugnisse in der Geschäftsführung. Er ernennt den Sekretär und den Schatzmeister, die Geschäftsführer und anderen Bediensteten der Kolonien und bestimmt ihre Gehälter. Die Bücher werden von der Kontrollkommission eingesehen.

Die Organisation der Gesellschaft hat sich seit der Gründung der Gesellschaft nur in ein oder zwei Punkten verändert. So konnte ganz am Anfang jedes Mitglied das Geld, das er bei seinem Eintritt eingezahlt hatte, sich wieder aus der Kasse zurückzahlen lassen, was aber mit dem geregelten Geschäftsgang und einer Entfaltung der Kolonien später nicht mehr als vereinbar erschien. Jeder Teilhaber hat 10 Franken im ersten und 5 Franken in den drei folgenden Jahren zu zahlen, also im ganzen 25 Franken. Wenn die Genossenschaft aufgelöst würde, fiel ihr Vermögen einer anderen Einrichtung, die gleichem Zwecke gewidmet ist, anheim.

Da ferner nur ein minimaler Bruchteil der Arbeiter einen Urlaub erhält und in Ferienkolonien gehen kann, sah sich die Genossenschaft genötigt, auch kleine Angestellte, Lehrer und Lehrerinnen mit ihren Familien sowie überhaupt Personen in bescheidener Lebensstellung, deren Gesinnungen ihr nicht direkt entgegengerichtet waren, in ihren Kreis aufzunehmen. Bedingung ist, daß sie in irgend einen fortschrittlichen Verband eingeschrieben sind, sei es in einer Gewerkschaft, die mit der Arbeitsbörse in Zusammenhang steht, sei es in Lehrervereinen, weltlichen Stiftungen usw. Nichtsdestoweniger wird in den Kolonien nicht von Politik gesprochen. Man ist da, um sich zu erholen. — Jeden Freitag wird ein musikalischer Abend veranstaltet, doch ohne Anschluß von Vorträgen.

Die Zahl der Mitglieder beläuft sich heute auf ungefähr 2400. Es bestehen vier Kolonien: eine in den französischen Alpen in Allevard und drei an der Küste: in Yport (Normandie), in St. Trojan (Oléron-Insel) und Châtelailon.

Die Kolonisten zeichnen sich für 1, 2 oder 3 Wochen je nach Wunsch ein und zahlen 21 Franken die Woche. Der Staat bewilligte auf seinen Eisenbahnlinien eine Ermäßigung von 68 %, ebenso die Bahngesellschaft, welche den Verkehr mit der Mittelmeerküste vermittelt. Die Hinfahrt ist dabei als gemeinsam vorausgesetzt, während die Rückfahrt einzeln geschehen kann. Kinder zahlen von allem die Hälfte. Die Mahlzeiten werden gemeinsam eingenommen. In St. Trojan besitzt die Gesellschaft ein eigenes Wohngebäude, in Allevard hat sie einen alten Turm auf mehrere Jahre gemietet, im übrigen werden Zimmer aufgenommen.

In jeder Kolonie ernennen die Mitglieder einen Delegierten für die Saison. Er vertritt sie beim Geschäftsführer und der Administration und wacht über das gute Einvernehmen aller Gäste. Er veranstaltet auch die Ausflüge und gibt bei Tische das für die Mitglieder Wissenswerte bekannt. Jeder Teilhaber empfängt von ihm ein Papier und Kuvert und hat seine Eindrücke über den Aufenthalt und eventuelle Wünsche einzuschreiben, hierauf durch den Vertreter versiegelt an den Verwaltungsrat zu übersenden.

Andererseits haben die Kolonisten zweierlei Pflichten zu erfüllen: Bei den Mahlzeiten pünktlich zu sein und ihre Zimmer aufzuräumen. Gelegentlich

gibt es etwas gemeinsame Arbeit, z. B. Gemüseputzen. Es herrscht ein leichter, ansprechender Ton.

Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist eine gute. Sie entledigt sich mehr und mehr ihrer Schulden. Es bleibt zu wünschen, daß sie an jedem Orte ein eigenes Wohnhaus errichten könnte, während sie bisher nur eines in St. Trojan besitzt.

* * *

Eine andere Gesellschaft, die sich im Anfangsstadium der Vergenossenschaftung befindet, ist „Le rayon de soleil“. Es gibt auch sonst noch viele zahlende Kolonien, doch tragen sie meist scharf politische Färbung und werden von den Parteien ganz oder teilweise unterhalten. Ich nenne die Kolonie von Larmer (Bretagne), eine rein sozialistische Gründung.

Interessant ist ferner die Kolonie der Pariser Kanalräumer „Für Ausgebeutete“. Die Kanalräumer-Gewerkschaft hat einen Konsumverein gegründet, der einer eigenen Ferienkolonie all seine Boni zuwendet. Diese Kolonie bietet nicht nur Landaufenthalt, sondern ist auch der Waisen- und Altersversorgung innerhalb des Kreises der Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Familien gewidmet. In die Ferienkolonie werden vor allem, doch nicht ausschließlich, Kinder entsandt.

Die Kanalräumer sind nicht die einzigen Arbeiter, die einzahlen, um ihre Kinder im Sommer aufs Land schicken zu können. Es besteht unter anderen die Hauptgewerkschaft der städtischen Arbeiter von Paris, die seit 1910 alljährlich ihre Kinder nach der Auvergne zu Privaten geben. Aber der Arbeiterferienkolonien sind in Frankreich noch immer allzu wenige.



CHRONIK

EISENBAHNSCHIEDSGERICHTE in England: Große Streikbewegungen auf den englischen Eisenbahnen haben es der englischen Regierung bereits seit längerer Zeit nahegelegt, eine schiedsgerichtliche Entscheidung der zwischen der Gesellschaft und ihren Angestellten schwebenden Streitigkeiten anzurufen. Am 6. November wurde unter dem bestimmenden Einfluß der Regierung ein solcher Ver-

trag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen. Er sieht vor, daß im Falle eines Konflikts zunächst direkte Verhandlungen zwischen den leitenden Beamten der Gesellschaft und einer Deputation der Arbeiterschaft geführt werden sollen. Sollten diese zu keinem positiven Resultat führen, so wird die Streitfrage vor ein Einigungsamt gebracht, das aus Vertretern der Gesellschaft und der betreffenden

Arbeitergruppe (die in Streik zu treten droht) zusammengesetzt ist. Bringt dasselbe gleichfalls keine Schlichtung der Streitfrage zuwege, so kommt diese in zweiter Instanz vor ein Einigungsamt, das aus Delegierten aller Einigungsämter erster Instanz zusammengesetzt ist. Kommt es auch hier zu keiner gütlichen Erledigung, so steht es jeder der beiden Parteien frei, an einen Schiedsrichter zu appellieren, der vom genannten Komitee weiter Instanz resp., wenn dessen Mitglieder sich nicht einigen können, vom Speaker des Parlaments ernannt wird.

Die Einigungsämter wurden dann auch geschaffen; aber in der Praxis zeigte es sich, daß sowohl die Gesellschaft als auch ihre Angestellten all die Verhandlungen vor den Einigungsämtern als eine bloße Durchgangsfomalität betrachten. Nur die Schiedssprüche selbst wurden ernst genommen, und auch ihnen gegenüber zeigte sich im Falle ungünstiger Entscheidung viel Widerspruch.

Schließlich wuchs die Mißstimmung; man beklagte sich über die schleppende Erledigung der Anträge und über unzureichendes sachliches Entgegenkommen; und im Sommer 1911 kam es bekanntlich zu einem Generalstreik auf den englischen Eisenbahnen.

Er wurde durch die Zusage der Regierung, ein Untersuchungskomitee zur Gründung eines Schiedsgerichts einsetzen zu wollen, beendet und die Kommission hat inzwischen ihren Bericht erstattet.

In dem Vorschlage heißt es, daß alle Streitfälle zwischen Bahngesellschaften und Angestellten künftig vor Lohnämtern zur Verhandlung kommen sollen, die den früheren Einigungsämtern erster Instanz entsprechen, d. h. aus den Delegierten der Gesellschaft und einer Deputation jeder Arbeiterkategorie zusammengesetzt sein sollen.

Beide Teile sollen im gegenseitigen Einvernehmen aus einer vom Handelsministerium vorgeschlagenen Liste einen unparteiischen Präsidenten erwählen. Im Falle der Nichteinigung soll er vom Handelsministerium selbst ernannt werden.

Eben dieser Präsident soll im Falle der Nichteinigung der übrigen Mitglieder sein entscheidendes Votum zur Schlichtung des Streitfalles geben. Die Entscheidungen der Lohnämter sollen endgültige, keinerlei Appell zulässige sein. Ebenso bedarf es keinerlei Ratifikationen durch die streikende Partei; die Entscheidung des Lohnamtes hat die Kraft eines Tarifvertrages.

Die Anträge der Untersuchungskommission, über die formell dem König Bericht erstattet wurde, sind von der Regierung genehmigt und zur Kenntnis genommen worden.

F. Carson.



Ein gewerbliches Schiedsgericht neuer Art: Zwischen den Sardinenfischern der französischen Westküste und den Fabrikanten, welche die Verarbeitung der Sardinen betreiben, ist es Ende 1912 zu einem Konflikt gekommen, und eine Anzahl von Fabrikanten gab ihre Absicht bekannt, die Fabriken für das Jahr 1913 zu schließen, weil nicht entsprechend viel Fische geliefert würden. Anderseits weigerten sich die Fischer, vollkommene Fangmethoden anzuwenden, weil eine Vermehrung der Produktion eine Erniedrigung der Preise herbeiführen könne.

Dieser Konflikt führte zu einer Verhandlung in der französischen Deputiertenkammer, und die Regierung wurde aufgefordert, die schiedsgerichtliche Erledigung des Streites zu betreiben. Tatsächlich kamen auf

ihre Initiative Vertreter beider Parteien zusammen und ernannten eine Schiedskommission.

Diese hat nunmehr ihren Spruch erlassen. Derselbe verpflichtet die Fabrikanten zunächst zur Bezahlung gewisser Mindestpreise für jede Fischart, während die Fischer ihrerseits darauf verzichten, unterhalb dieses Mindestpreises an irgendeinen Konkurrenten zu verkaufen, und indem sie beim Fang gewisse, für die Konservierung schädliche Methoden vermeiden. Die Fischer verpflichten sich, den Fischfang nach den von der Industrie im Sinne größerer Ergiebigkeit bezeichneten Methoden zu ändern; die Fabrikanten wieder geben den Fischern insofern eine Garantie gegenüber dem möglichen Nichtverkauf der Fische, als sie sich bereit erklären, gewissen Kommissionen täglich die Menge der Fische anzugeben, die sie am nächsten Tag zu kaufen sich verpflichten können.

Diese Kommissionen sollen aus 3 Vertretern der Fabriken und 3 Vertretern der Fischer unter Vorsitz eines unparteiischen Siebenten zusammengesetzt sein. Dieses Präsidium soll nacheinander den Leitern gewisser, im einzelnen angeführter staatlicher Behörden zufallen.

Diese Kommissionen sollen täglich die Menge der erforderlichen Fische feststellen und bekannt geben, unter Umständen die Anwendung anderer Fangmethoden anordnen, beziehungsweise gestatten und über alle Streitigkeiten zwischen Fischern und Fabrikanten entscheiden.

Ein Schweizer Einigungsamt mit ausgedehnten Vollmachten: Die Regierung des Kantons Zürich hat kürzlich im Kantonalrat eine Vorlage eingebracht, welche die Errichtung eines

staatlichen Einigungsamtes für Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vorsieht. Die Entscheidungen desselben sollen allerdings für die Parteien nicht unbedingt bindend sein, aber es wird (nach dem Vorbilde der kanadischen Gesetzgebung) dafür Vorsorge getroffen, daß während der Verhandlungen des Einigungsamtes Waffenstillstand zwischen den Parteien herrschen muß. Streik, Aussperrung, Streikpostenstellen, schwarze Listen und Anwerbung von Arbeitswilligen sind während dieser Zeit verboten.

Man ging von der Ansicht aus, daß es nur recht und billig sei, daß die Parteien, welche das Einigungsamt anrufen, während dessen Tätigkeit den Krieg einstellen; nur so werden sie dem Entgegenkommen des Staates, welcher das Einigungsamt für ihre Zwecke unterhält, gerecht.

Man hofft auch, daß der Spruch des Einigungsamtes, wenn er einmal ergangen ist, durch die überzeugende Kraft seines Motivenberichtes und durch seinen Einfluß auf die öffentliche Meinung wesentlichen Einfluß in der gewünschten Richtung üben wird. Auflehnungen gegen den fakultativen Spruch werden, so hofft man, eine Ausnahme bleiben.

A. Wehrli.



Belgische Einigungsämter: Die belgische Regierung hat dem Parlament kürzlich eine Vorlage unterbreitet, derzufolge Einigungsämter für Streitigkeiten zwischen Industriellen und Arbeitern errichtet werden sollen.

Diese Einigungsämter sollen allerdings nicht die Kompetenz obligatorischer Schiedsgerichte (im Sinne der Gesetzgebung Neuseelands) erhalten,

sondern bloß fakultativen Charakter tragen.

In jeder Provinz wird ein Einigungsamt errichtet, bestehend aus drei, von der Regierung ernannten Persönlichkeiten und je einem Vertrauensmann der Arbeitgeber und Arbeiter.

Das Einigungsamt ist dazu berufen, zunächst eine gütliche Beilegung aller Streitfälle zu versuchen, und wenn die streitenden Parteien es darum angehen, einen Schiedsspruch zu erlassen.

Einigungsämter, die in der Hauptstadt als zweite Instanz zu fungieren haben, sollen gleichfalls errichtet werden.

Es liegt also bei der ganzen Einrichtung bloß der Versuch vor, den moralischen Einfluß einer unparteiischen Instanz entsprechend zur Geltung zu bringen.

Das gleiche Projekt sieht vor, daß die Mittel für einen Streik nur von den Nächstbeteiligten aufgebracht werden dürfen, während jede Unterstützung (durch Fremde) bei Androhung schwerer Geldstrafe verboten wird. Und gerade auf solcher Solidarität, welche einer Arbeitergruppe Mittel seitens anderer Arbeitervereine des Landes zufließen läßt, beruht die stärkste Erfolgchance der belgischen Arbeiterbewegung. — Auf lebhaften Widerspruch aus Gewerkschaftskreisen wurde das Projekt durch die Bestimmung ergänzt, daß, wenn die Streikenden den Schiedsspruch eines Einigungsamtes anrufen haben, ihnen Unterstützungen von jedem Mann zufließen dürfen.

Das Gesetz steht also auf dem Standpunkt, daß Unterstützungen nur an streitende Gruppen, welche sich auf den Boden des Schiedsgerichtsprinzips stellen, gegeben werden dürfen, während die Nicht-

anrufung des Schiedsgerichtes durch dieses Verbot der Kollekten zu einem Nachteil auch für den Erfolg des Kampfes selbst gestempelt werden soll.



Die Schneiderei- und Weißnähen-Genossenschaft „L'Entr'aide“ in Paris: In einem neuen Stadtviertel von Paris ist vor zwei Jahren ein Geschäft von einem ganz neuen Typus eröffnet worden. Es heißt „L'Entr'aide“ (die gegenseitige Hilfe) und wurde von einer Frau gegründet, die, ungleich den Gewohnheiten anderer Modehausschöpfer, in dieser Unternehmung keinerlei persönlichen Nutzen sucht, sondern nur die Freude, ein in Frankreich einzig dastehendes Werk ins Leben gerufen zu haben.

Die Entr'aide ist eine Genossenschaft für Schneiderei und Weißwaren, gebildet aus einem Dutzend Teilhabern, welche etwa vierzig Arbeiterinnen beschäftigt, sei es bei sich zu Hause, sei es in der Werkstatt, und die ihrerseits Teilhaberinnen werden, sobald sie es wünschen. Der Zweck ist, die Löhne der Arbeiterinnen zu heben unter Beibehaltung der üblichen Verkaufspreise. Selbstverständlich ist, daß eine solche Genossenschaft, an deren Reingewinn die Teilhaberinnen jeweils partizipieren, keine Reichtümer ansammeln kann.

Was die Qualität der Wäschekonfektion anlangt, kann die Genossenschaft mit den größten Weißzeughäusern konkurrieren; die bessere Ware wird sogar billiger abgegeben, als dort, wo die Kundin auch den Luxus der Aufmachung mitbezahlen muß; dabei belaufen die mittleren Tagelöhne der Arbeiterinnen sich bis zu 4 Franken. Mit steigendem Kundenzuspruch werden alle Löhne immer mehr gehoben werden. Das

Prinzip der Unternehmung ist, daß auch die Frau, die nur Leintücher oder Küchenwäsche säumen kann, ihren Hunger mit ihrer Hände Arbeit stille.

In der Schneiderwerkstatt werden sowohl elegante als auch praktische Toiletten hergestellt. Eine Abteilung ist für den kleineren Bürgerstand gedacht. Bei der Schneiderei ist es eher möglich als bei der Weißnäherei, die Löhnung der Arbeiterin mit 40 Cent. pro Stunde zu berechnen, ohne daß deshalb den Kunden ein höherer Preis gemacht werden müßte.

Die Gründung umfaßt auch eine kleine Modistenabteilung. Die Federn hierzu werden von einer Federmacher-Genossenschaft bezogen. Ebenso hat eine Schuhmacher- und eine Herren- und Damenschneider-Genossenschaft sich der „Entr'aide“ angeschlossen.

Dem neuen Unternehmen ist ein großer Kundenzulauf zu wünschen, denn nur dann erscheint die Fortsetzung seiner segensreichen Tätigkeit als gesichert.

Ausdehnung der englischen Gesetzgebung für Schutz der Heimarbeiterinnen: Es sind nun bereits einige Jahre seit der Begründung der ersten vier englischen Lohnämter, welche der Ausbeutung der Heimarbeiter zu steuern berufen wurden, vergangen, und die Ergebnisse können zusammenfassend gewürdigt werden.

Die Löhne sind in den in Frage stehenden Gewerben im Durchschnitt um 80—100 % gehoben worden.

Lohnsätze von 1 Mark pro Tag, wie sie früher nicht selten waren, sind nun verschwunden, die Aufzehrung der Körperkraft der Arbeiterin resp. der Heimarbeiterin durch Unterernährung, und die vergeblichen Versuche, die Niedrigkeit

des Lohnsatzes durch Überarbeit auszugleichen, haben aufgehört.

Auch die Arbeitgeber resp. ein starker Bruchteil derselben ist übrigens mit der neuen Entwicklung zufrieden, weil sie die illoyale Konkurrenz durch solche Branchekollegen, die ganz besonders niedrige Stücklöhne bezahlten und mit Preisunterbietungen vorgehen konnten, beseitigt haben.

Im Sinne dieser überwiegenden Zustimmung hat die Regierung von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch gemacht, das Prinzip der gesetzlichen Festlegung der Minimallöhne auf eine verdoppelte Anzahl von Betriebszweigen auszudehnen, und zwar in erster Linie auf die Wäscherezeugung, die Konservenerzeugung und die Zuckerbäckereien.

Die Bergwerksgesellschaft zu Lens in Frankreich: Einige in sozialer Hinsicht bemerkenswerte Einrichtungen hat die Bergwerksgesellschaft zu Lens (Nordfrankreich) geschaffen. Diese im Jahre 1860 begründete Gesellschaft verfügt heute über 14 in Betrieb befindliche Schächte, mit einem Ertrag von 3 541 614 Tonnen Kohlen. Der rapide Aufschwung des Betriebes hat naturgemäß eine kolossale Entwicklung des ursprünglich kleinen Fleckens Lens bewirkt, der heute eine Bevölkerung von 70 000 Seelen aufweist.

Die Grubengesellschaft hat für ihre Arbeiter und Beamten 6735 Häuser gebaut, die 29 160 Personen beherbergen. Es sind dies keine Mietskasernen, sondern kleine Häuschen mit Gärten. Jeder Mieter verfügt über ein Stück Gartenland, dessen Ertrag ihm allein zugute kommt. Um für eine rationelle Bebauung des Bodens zu sorgen, werden

an der sichtbaren Stelle jeden Monat Tafeln angebracht, welche anzeigen, was in dem betreffenden Monat angebaut werden soll. In den von der Gesellschaft unterhaltenen Schulen wird besonderer Unterricht im Gartenbau erteilt.

Der Mietszins beträgt 4—10 Franken pro Monat bei freier Heizung (15 Franken für die Beamten). Die Löhne schwanken zwischen 1740 bis 2230 Franken. Hierzu kommen noch verschiedene Unterstützungen und Beiträge für die Hilfs- und Pensionskassen.

Die Herstellungs- und Unterhaltungskosten dieser Häuser belaufen sich auf 30 Millionen. Der Mietzins von jährlich 550 000 Franken deckt somit nicht einmal die Kapitalzinsen dieser Summe, von Amortisierung ganz zu schweigen.

Diese Gesellschaft hat ferner neun Konsumvereine gegründet, die ausschließlich von den Arbeitern selbst verwaltet werden und ihren Mitgliedern Gewinne bis zu 27 % des eingezahlten Anteils ausschütten.



Die französische Staatsdruckerei hat ein eigenartiges System für Anteilnahme der Arbeiter an der Leitung des Betriebes eingeführt. Gewisse Arbeiten werden einer aus Arbeitern der Druckerei gebildeten Genossenschaft übertragen und dieser obliegt es, die einzelnen Verrichtungen unter die Mitglieder der Genossenschaft zu verteilen, sowie die Löhne auszuzahlen.

Dieses System wurde kürzlich Gegenstand einer lebhaften Debatte im französischen Parlamente und wurde von den Leitern der Staatsdruckerei wie auch von einflußreichen Abgeordneten gegen die Angriffe, welche in der Einflußnahme der Arbeiter auf einen

Betrieb, der auch geheime Dokumente der Landesverteidigung herzustellen habe, eine Gefahr erblicken, mit Erfolg verteidigt. Man führte zugunsten des Systems an, daß es die Schule gemeinsamer Arbeit für die Arbeiter darstelle und eine loyale Zusammenarbeit auch zwischen der Direktion und dem Personale ermögliche, die Beziehung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche ja stets den Keim zum Klassenkampfe in sich trage, in eine Kooperation gleichgestellter Faktoren umwandle.

Das System erlaube es, die Zahl der Aufsichtsbeamten wesentlich einzuschränken und eröffne Aussicht auf eine Verminderung zweckloser bürokratischer Posten, die bei Ausweitung des Systems auf andere Staatsbetriebe in Wegfall kommen könnten, da die Erwählten der Arbeiter selbst unentgeltlich die Aufsichtsfunktionen übernehmen.

Charles Milhaud.



Zur französischen Sozialversicherung: Seit zwei Jahren ist bekanntlich eine obligatorische Altersversicherung nach deutschem Muster in Frankreich eingeführt, jedoch in Maßgabe des Grundsatzes, daß nicht erst wie in Deutschland bei Erreichung des 70., sondern bereits bei Erreichung des 65. Lebensjahres Anspruch auf eine Altersversicherung gegeben ist. Auch diese Jahresziffer wurde seither noch herabgesetzt, und zwar auf 60 Jahre.

Eben jetzt werden wieder nützliche, von der Regierung als solche aufgezeigte Änderungen im Gesetze vorgenommen. Die Summen, welche durch Sammlung der Beiträge gebunden werden, sollen nicht bloß, wie anfänglich bestimmt, im Ausmaße von 10 %, sondern von 25 % für

Volkswohnungen und ähnliche soziale Einrichtungen verwendet werden, auch wo der Zinsertrag derselben ein mäßiger ist.

Mitglieder von wechselseitigen Unterstützungsvereinen, die gewisse Mindestleistungen erfüllen, sind von der separaten Teilnahme an der Staatsversicherung entbunden, die Vereine verrechnen mit der Staatskasse. Das neue Amendement spricht diesen Vereinen für die Einsammlung der Beiträge eine Provision von 5% und für die Einsammlung der Beiträge der Arbeitgeber eine Provision von 1% zu.



Private Sozialversicherung: In Frankreich und England hat bekanntlich bis in die letzte Zeit keinerlei staatliche Sozialversicherung bestanden und haben sich darum die intelligentesten und voraussichtendsten Arbeitergruppen zu autonomen Verbänden, die solche Sozialversicherung pflegen und aus eigenen Mitteln unterhalten, zusammengeschlossen. Einige Zahlen über den Umfang der französischen Société de secours mutuel mögen interessieren.

Im Jahre 1910 flossen den anerkannten Vereinen an ordentlichen Mitgliedsbeiträgen 39 363 515 Fr. zu. Die sonstigen Einnahmen, inklusive 10 Millionen Fr. Staatssubvention, betrugen 27 000 000 Fr., so daß den genannten Gesellschaften über 66 Millionen Franken pro Jahr für ihre sozialen Zwecke zur Verfügung stehen. Die freien Vereine, welche die speziellen Vorteile der anerkannten Vereine nicht anstreben, bzw. nicht genießen, hatten eine Einnahme von 11½ Mill. Fr. und die Vereine eines ganz speziellen Typus, die wechselseitigen Unterstützungsvereine der Schuljugend, eine Einnahme von 4 800 000 Fr.

Die wesentlichsten Aufgaben der anerkannten Vereine waren: 5½ Millionen für ärztliche Honorare, 6½ Millionen für Medikamente, 11½ Millionen für Krankenunterstützungen, 1 660 000 Fr. für Leichenbegängnisse, 3 Millionen für Witwen- und Waisenunterstützungen, 700 000 Fr. für Unterstützung von Invaliden, 6½ Millionen für Altersunterstützungen: mit Verwaltung und sonstigen Ausgaben zusammen 53 Millionen, so daß ein Überschuß von 13½ Mill. Fr. verblieb.

Den anerkannten Gesellschaften gehörten 783 943, den freien Verbänden 91 520, den wechselseitigen Unterstützungsverbänden der Schuljugend 120 632, ferner die Société de secours mutuel: zusammen 996 095 Mitglieder an. Jedenfalls zeigen die Ziffern, wie großen Umfang bei einem psychologisch hierfür disponierten Volk die freiwillige Selbstversicherung auch der breiten Massen annehmen kann; die Ziffern zeigen jedoch trotz allem, daß es nur eine Elite, eine kleine Minorität der Arbeiterschaft ist, die allein Vorteil zieht, während die großen Massen doch erst vermöge der staatlichen Zwangsversicherung gegen all die Unglücksfälle des Arbeiterlebens gedeckt werden können.

Charles Leblond.



Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen veröffentlicht Jahresberichte, und aus dem Berichte des Jahres 1911 geht hervor, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Jahre 1911 in allen Ländern, die in der Zentrale vertreten sind, zusammen um 1 470 309 zugenommen habe. Besonders markant ist die Zunahme in England: Von 2 282 361 auf 3 010 346,

in Deutschland stieg sie von 2 688 144 auf 3 061 002, in Amerika von 1 710 433 auf 2 282 361. Es sind also die drei Länder mit großer wirtschaftlicher Ausbeutung, welche ihre Organisationen noch weiter bedeutend gestärkt haben. Frankreich, das ohnehin eine um soviel geringere Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter besitzt, hat sie nur um wenig gesteigert, von 977 350 auf 1 029 228, und andere Länder mit noch schwächeren Organisationen haben die Stärke der Gewerkschaften direkt zurückgehen sehen (in Italien von 783 535 auf 709 943, in Rumänien von 8815 auf 6000).

In anderen Ländern wieder, die gewiß eine starke Arbeiterbewegung haben, wie Belgien und die Schweiz, haben lokale Ursachen zum gleichen Phänomen geführt; die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist in Belgien von 138 928 auf 92 735 und in der Schweiz von 93 797 auf 78 119 zurückgegangen, während andererseits wieder Spanien ein Aufsteigen auf das Doppelte, von 40 984 auf 80 000 zu verzeichnen hat.

Jedenfalls zeigen diese Tatsachen, daß wohl einerseits die großen Länder mit gewerkschaftlichen Organisationen mit ihrer klaren Erkenntnis der Werte, welche sie der Arbeiterschaft vermitteln, eine aufsteigende Entwicklung zeigen (England, Deutschland, Amerika); daß jedoch in den Ländern, in denen die Erkenntnis noch nicht Gemeingut der Massen geworden, die Entwicklung sprunghaft vor sich geht, politische Wellenbewegungen, glückliche und unglückliche Streiks die Linie in der einen oder anderen Weise entscheidend zu beeinflussen vermögen.

Aus den gleichen Berichten geht auch hervor, daß einzelne Industrien, welche sich international organisiert und ständige Sekretariate geschaffen haben, bereits eine sehr große Stärke haben. So hat der internationale

Metallarbeiterverband 970 420 Mitglieder, der internationale Transportarbeiterverband 821 815, der Buchdruckerverband 433 700 Mitglieder. Die Gesamtzahl der dem internationalen Sekretariat der Landesverbände angeschlossenen Arbeiter beträgt 6 900 995 gegen eine Gesamtsumme von 11 435 498 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den 20 Ländern, in denen sich gewerkschaftliche Landeszentralen gebildet haben, d. i. in fast allen irgendwie in Frage kommenden Industriestaaten.



Verwendung der Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke in England:

Das englische Unterhaus hat nunmehr in zwei Lesungen ein Gesetz angenommen, welches die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern für politische Zwecke autorisiert. Zur Erklärung dieses Beschlusses, der von der englischen Arbeiterschaft mit großer Leidenschaft gefördert wurde, sei bemerkt, daß die englischen Gewerkvereine ihrerseits die Arbeiterpartei gebildet haben und aus Gewerkschaftsgeldern die Kosten für die Wahl der Arbeitervertreter aufbringen. Diese Übung wurde durch einen Gerichtsbeschluß, der auf Apell solcher Gewerkschaftsmitglieder, welche mit der politischen Richtung der Kandidaten nicht einverstanden waren, gefällt wurde, untersagt und damit die Grundlage, auf welcher die Existenz der parlamentarischen Arbeiterpartei beruht, in Frage gestellt.

Das neue, vom Unterhaus beschlossene Gesetz legt den Gewerkschaften jedoch gewisse Verpflichtungen, die das allgemeine Recht einschränken, auf. Sie dürfen sich nur dann mit Politik beschäftigen, wenn eine geheime Abstimmung über die

Frage stattgefunden und eine Mehrheit der Stimmen sich für die Affirmative ausgesprochen hat. Die politischen Ausgaben werden aus dem Spezialkonto des Gewerkschaftsfonds bestritten, und steht es den Gewerkschaftsmitgliedern frei, jenen Teil ihrer Beiträge, welcher für diese politischen Zwecke bestimmt ist, zurückzuhalten, ohne daß ihre übrigen gewerkschaftlichen Rechte hierdurch beeinträchtigt würden.

Aus diesem Konto können Wahl- und Versammlungskosten und Diäten für Parlamentsmitglieder bestritten werden.

A. Macdonald.



Die Gewerkschaftsbewegung in Skandinavien: Die Gewerkschaften in Schweden und Finnland sind in den letzten 5 Jahren bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1907 hatten die finnischen Gewerkschaften im ganzen 25 000 Mitglieder und im Jahre 1911 war ihre Zahl auf etwas über 19 000 gesunken. Noch stärker war der Niedergang in der schwedischen Landesorganisation, die an und für sich bedeutend stärker entwickelt war als die finnische. Im Jahre 1907 zählte die schwedische Organisation im ganzen 186 000 Mitglieder, im Jahre 1912 war ihre Anzahl auf 83 000 gesunken. Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß die letzten Jahre wieder einen Zuwachs gebracht haben, da im Jahre 1911 ihre Anzahl auf 79 000 gesunken war. Für die Arbeiterorganisationen, die in Schweden außerhalb des Gesamtverbandes stehen, war die Situation etwas günstiger, aber auch ihre Mitgliederzahl ist gesunken. Im Zeitraum von 1907—1911 haben die schwedischen Gewerkschaften im ganzen etwas über 12 Millionen skandinavische Kronen Mitgliedsbeitrag

eingenommen. Allerdings ist im gleichen Zeitraum fast der ganze Betrag als Streikunterstützung wieder ausgezahlt worden, so daß die Gewerkschaftskassen über keinen anderen Überschuß verfügen als die vom Auslande gespendeten besonderen Unterstützungen.

In Dänemark und Norwegen dagegen sind die Gewerkschaften vorwärts gegangen. Besonders stark war ihr Zuwachs in Dänemark, wo die Gewerkschaften über 104 000 Mitglieder zählen. In Norwegen ist die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder von 1907—1911 von 38 000 auf 53 000 Mitglieder heraufgegangen.



Aus der französischen Arbeiterbewegung: Die französische Regierung hat kürzlich in der Kammer eine Vorlage eingebracht, welche einerseits den Gewerkvereinen volle Rechtsfähigkeit gibt, anderseits die Überschreitung ihres strikte berufs-genossenschaftlichen Wirkungskreises verhindern soll. Der Minister führte in Begründung der Vorlage aus, daß die französischen Gewerkvereine mangels der Berechtigung zum Besitz von Immobilien bisher fast gar kein Eigentum besaßen, und daß ein solcher Besitz der Gewerkvereine wünschenswert wäre, weil er ihnen einen größeren Verantwortungssinn gäbe, sie vor unüberlegten Handlungen zurückhalten würde. Der Minister wies auch darauf hin, daß die französischen Gewerkvereine weniger Mitglieder hätten und eine minder ernste berufliche Tätigkeit entfalteten wie die des Auslands.

Seine Konstatierung ist gewiß richtig, doch muß anderseits in Rücksicht gezogen werden, daß psychologische Momente auch eine wichtige Rolle in der ganzen Frage spielen;

daß der französische Arbeiter eben weniger Lust und Neigung hat, allmählich Kräfte zu wohlüberlegter Aktion aufzusparen, und eher geneigt ist, in Leidenschaft und Opfermut der Stunde Möglichkeiten des Erfolges zu suchen. Das Durchsetzen der geschilderten Regierungsvorlage mag immerhin ein gewisses Gegengewicht gegen diese Tendenz bieten.

In der gleichen Vorlage soll anderseits festgesetzt werden, daß die Gewerkschaftskommission sowie alle anderen Verbände von Gewerkvereinen solche leitende Vorstände besitzen müssen, die nach dem Proportionalwahlrecht gewählt werden. Jeder Gewerkverein muß soviel Einfluß, bzw. Stimmen für die Wahl haben, als ihm seiner Mitgliederzahl nach zukommt. Diese, für den Ausländer vielleicht allzu empfindlich scheinende Fürsorge der Regierung für die Administration von Verbänden, die ihnen ja keineswegs freundlich sind, erklärt sich aus der konkreten Tatsache, daß die Kommission des allgemeinen Arbeiterverbandes, der etwa der deutschen Gewerkschaftskommission entspricht, insofern er alle auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehenden Gewerkvereine zusammenfaßt, von Kongressen ernannt wird, auf dem jeder Gewerkverein ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Mitglieder 1 Stimme besitzt. Die starken Gewerkvereine, die sich eben hierdurch zu einem gewissen Verantwortlichkeitsgefühl durchgerungen, wie etwa die der Textil- und Bergarbeiter, haben so nicht mehr Einfluß auf die Leitung des Verbandes als die vielen, an Mitgliedern sehr schwachen, zum bedächtigen Lohnkampf unfähigen, doch von leidenschaftlich-revolutionärer Gesinnung erfüllten Vereine und ihr beherrschender Einfluß auf den Arbeitsverband drückt der ganzen Bewegung den Stempel ihrer Gesinnung auf. Die Schaffung des Proportionalwahlrechts

würde den Sieg der Gemäßigten in dieser Richtung bedeuten.

Ferner verlangt die Regierungsvorlage, daß diese Verbände von Gewerkvereinen sich ausschließlich mit beruflichen Fragen befassen und jedes Eingreifen in öffentliche Angelegenheiten vermeiden. (Sie haben in letzter Zeit durch ihren leidenschaftlichen Einspruch gegen Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, also durch die Behandlung einer ganz außerhalb der Berufsinteressen liegenden Angelegenheit, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und mehrere ihrer Führer wurden ob antimilitaristischer Agitation verhaftet.) Gegen diese Bestimmung wendet sich allerdings entschiedenster Widerstand der gewerkschaftlichen Bewegung, die in Frankreich nun einmal glaubt, vom Piedestal des Klassenkampfes aus, wie er in den Gewerkvereinen am reinsten in Erscheinung tritt, alle öffentlichen Entwicklungen beeinflussen zu sollen.

Sieht die Regierung auch für solche Verbände, die ihren Wirkungskreis überschreiten, sofortige Auflösung und für ihre Leiter, im Falle sie der gesetzlichen Auflösung ihres Verbandes trotzen wollen, strafgerichtliche Verfolgung vor, so wird es doch, wenn überhaupt, nur unter größten Erschütterungen gelingen können, diesen zu so großer Bedeutung gelangten Machtfaktor durch Spruch von oben aus der Welt zu schaffen.

Charles Leblond.



Reform der französischen Arbeitsnachweise: Eine französische Regierungsvorlage, welche in der beginnenden Parlamentssitzung verhandelt werden soll, sieht einige Bestimmungen zur Beseitigung von Mißbräuchen, die sich in der Ar-

beitsvermittlung eingestellt haben, vor.

So soll von nun an kein Wirt berechtigt sein, sich direkt oder indirekt an irgendwelchem Stellenvermittlungsbureau zu beteiligen, damit die Arbeitssuchenden nicht etwa in der Wartezeit zum Genuß geistiger Getränke veranlaßt werden können. Aus diesem Grunde darf sich ein Stellenvermittlungsbureau auch nicht in den Räumen eines Wirtshauses einmieten.

Um einem anders gearteten Mißbrauch vorzubeugen, wird verboten, daß kein Stellenvermittlungsbureau den Einkauf in bestimmten Geschäften zur Bedingung der Arbeitsvermittlungen machen darf.



Zur Regelung der Dienstbotenfrage in Österreich: Die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs hat eine Reihe von Reformvorschlägen für die Regelung des Dienstbotenwesens erstattet. Die Anfängerinnen im Hausgehilfenstandesollen im Sinne dieser Anträge zunächst eine Lehrlingszeit durchmachen, ähnlich wie die Anfänger im Gewerbebestande, allgemein zugängliche Haushaltungsschulen sollen errichtet werden. Für spezielle Wiener Bedürfnisse soll ferner ein städtisches Dienstbotenamt errichtet werden, das speziell auch auf schiedsgerichtlichem Wege Differenzen zwischen Hausfrauen und Hausgehilfinnen zu lösen hätte, nach dem Muster Norwegens, das für solche schiedsgerichtliche Funktionen in den großen Städten das Amt der „Versöhnungskommission“ geschaffen hat. Diese wird in allgemeinen Wahlen alle 5 Jahre für jeden Distrikt eigens gewählt, nach allgemeinem Wahlrecht aller Männer und Frauen, die über 25 Jahre alt sind. In Norwegen selbst wird übrigens

gerade jetzt auf Antrag der radikalen Regierung die Umwandlung dieser Ämter zu wahren Schiedsgerichtskommissionen vorgenommen, in welchen die Delegierten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen aus dem Stande der Hausfrauen und Hausgehilfinnen vertreten sein werden.

Anschließend an diese Vorschläge wurde von einer Führerin der Wiener Frauenbewegung, Helene Granitsch, öffentlich angeregt, gewissen speziellen Wiener Übelständen, unter denen besonders die Mädchen leiden, ein Ende zu setzen. Das kontinentale Klima Wiens mit seinen tiefen Kältegraden im Winter und seiner subtropischen Temperatur im Sommer treibt fast alle Familien des Wiener Bürgertums und sogar einen beträchtlichen Bruchteil der Familien des Kleinbürgertums im Sommer aus den stickigen Großstadtstraßen auf das Land. In der Regel wird nun vor Antritt der Reise dem Dienstmädchen, dessen man in den einfachern ländlichen Verhältnissen nicht bedarf, gekündigt. Tausende von Mädchen versuchen dann auch zunächst von ihren Ersparnissen die Sommerwochen zu verbringen, und wenn sie aufgezehrt sind, fallen die Betreffenden oft der Entbehrung, nicht selten dem Laster anheim. Helene Granitsch verlangt zur Verminderung dieser Gefahr, daß auf Initiative der Wiener Stadtgemeinde Ledigenheime gegründet werden, die den stellenlosen Dienstmädchen Aufnahme gewähren und die kostspielige, mit sittlichen Gefahren verbundene Unterkunft bei der „Bettfrau“ ersparen. Diese Ledigenheime sollen auch in Verbindung mit der Sozialversicherung das Elend der dienstuntauglichen Dienstmädchen zu lindern suchen.

Was die Beschaffung der Kosten anlangt, schlägt Helene Granitsch vor, den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds heranzuziehen, der in sei-

nen Statuten den Bau von Ledigenheimen vorsieht.

Was speziell die Sommerfrage anlangt, sollte den Mädchen während der Sommerzeit Gelegenheit zu wert-schaffender Arbeit gegeben werden, aus deren Erlös die Kosten für ihre Ernährung und noch eine gewisse Vergütung bestritten werden könnten, während die Dienstgeberin zu verhalten wäre, gleichsam als Versicherungsprämie für den ruhigen Bestand der Wirtschaftsführung eine Zusteuer zum Lohn zu entrichten, sofern ein gewisser längerfristiger Kündigungs-vertrag zwischen beiden Parteien zustande käme und den Wiedereintritt des Mädchens in ihre frühere Stellung, im Herbst, gewährleistete.



Das Taylor-System *): Das amerikanische Bestreben, bei der Arbeitszeit zu sparen und mit möglichst geringer Anzahl menschlicher Arbeitskräfte in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zu produzieren, hat zur vielseitigen Annahme des Systems von Frederik W. Taylor in Philadelphia geführt. Er regelt gewisse Arbeitsverfahren derart in weitgehender Arbeitsteilung, daß jeder einzelne Arbeiter in seiner Spezialsphäre eine große Gewandtheit und die Möglichkeit sehr rascher Durchführung seiner Spezialverrichtungen gewinnt und die Summe dieser einzelnen Leistungen im Verhältnis zur aufgewandten Zeit günstiger ist als bei der früheren Methode, wo jeder Arbeiter eine Reihe verschiedener Verrichtungen durchzuführen hatte.

*) Eine Übersetzung des Taylorschen Werkes ist aus der Feder von Herrn Ingenieur Roesler unter dem Titel „Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung“ im Verlag R. Oldenbourg in München erschienen.

Taylor hat sich, worauf Professor Ostwald in einer Beleuchtung des Systems vom monistischen Standpunkt in seinen Sonntagspredigten sehr richtig hingewiesen hat, hierbei den energetischen Imperativ vor Augen gehalten. Er hat sich gefragt, ob die Art und Weise, in der die Werkzeuge und Maschinen betätigt werden, dem größten energetischen Nutzen entsprechend geordnet ist, und hat feststellen können, daß z. B. die Geschwindigkeit, mit welcher eine Hobelmaschine einen Span nimmt, die Dicke des Spanes, der bei jedem Gang abgenommen wird, das Verhältnis zwischen Vor- und Rückgangsgeschwindigkeit und viele andere wichtige Faktoren bisher nur nach grober Schätzung, nach Tradition oder Willkür des bedienenden Arbeiters eingestellt worden sind. Eine präzise wissenschaftliche Untersuchung der Faktoren, die auf den Vorgang der Metallbearbeitung maßgebend sind, hat ihn dazu geführt, die Ausbeute solcher Arbeitsmaschinen auf ein Vielfaches zu steigern, indem er für jeden einzelnen Teil im Arbeitsgang der Maschine die vorteilhaftesten Bedingungen, d. h. den größten energetischen Nutzeffekt bestimmte. Mögen auch diese Forschungen noch nicht erheblich über das in vielen Betrieben bereits Gehandhabte hinausgehen, so sind es doch gewiß wertvolle Fortsetzungen bereits vorhandener Entwicklungslinien. Origineller ist die Anwendung der gleichen wissenschaftlich-ökonomischen Betrachtungen auf den Arbeiter selbst. Taylor stellt sich die Frage: Welche Prinzipien sind für den einzelnen Arbeiter bei seiner Leistung maßgebend? Hält es sich jeder vor Augen, daß er eine Maximalleistung mit einem Minimum von Energieaufwand erreiche? Keineswegs. Die Ausbildung des Arbeiters, selbst des hochqualifizierten Arbeiters, hat diese Frage nicht im Auge gehabt.

Die Tradition bestimmt die Art und Weise, wie er sein Werkzeug handhabt, er macht es so, wie er es als Lehrjunge gelernt hat. Nur ganz wenige schöpferisch begabte Arbeiter bringen selbst Verbesserungen an, und es ist ja klar, daß der Arbeiter im wissenschaftlichen Experimentieren nicht hinreichend geschult ist und die nötige Unabhängigkeit gegenüber der Tagesroutine nicht aufbringen kann, um das Problem der besten Arbeitseinrichtung einer wissenschaftlichen Lösung zuzuführen.

Ein Beispiel für die praktische Anwendung der Taylorschen Methode: Bei Verladung größerer Eisenbarren vom Lagerplatz auf die Eisenbahnwaggons wurde der Intelligenteste unter den Arbeitsleuten ausgewählt und ein Ingenieur stellte fest, welche Bewegungen dabei ausgeführt wurden, und wieviel Zeit für jede notwendig war. Dann wurde eine Reihe von Versuchen gemacht, um festzustellen, inwieweit die Einschaltung entsprechender Arbeitspausen den End-

effekt der Arbeit beeinflusste. Man fand, daß die gleiche Arbeitsleistung einen wesentlich größeren Energieaufwand beanspruchte, wenn sie bei halber Erschöpfung ausgeführt wird, als im Falle völlig ausgeruhter Muskeln, und so entschloß man sich dazu, eine größere Anzahl einzelner Erholungspausen von einigen Minuten in den Arbeitsgang einzuschalten, auf daß die arbeitenden Muskeln immer wieder durch den Blutumlauf mit hinreichend neuem Sauerstoff versehen und die gebrauchten Stoffe entfernt werden könnten.

Die Arbeiterschaft hat allerdings vielfachen Widerstand gegen diese Methode geäußert, ihre Übelstände für noch viel schwerer als die der eigentlichen Akkordarbeit erklärt, aber durch Anbietung entsprechend höherer Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit mögen wohl diese Gesichtspunkte contra balanciert werden und die größere Produktivität der Arbeit bleibt als ständiger Wert zurück.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

KULTURAUFGABEN DES JAHRHUNDERTS.

IX. Die Lösung der Arbeiterfrage.



CHON dieser Titel wird gewiß bei vielen meiner Leser Kopfschütteln hervorrufen und ich höre sie fragen: Stellt denn die Arbeiterfrage überhaupt ein Kulturproblem dar, ist sie nicht eine reine M a c h t -frage, die nur durch den Klassenkampf in der einen oder anderen Weise entschieden werden kann? Ist es denn möglich, in diese Interessenfrage Gesichtspunkte der Kultur hereinzutragen und eine, sei es auch nur relative Einstimmigkeit objektiver Beurteiler zu erzielen?

Im folgenden soll gezeigt werden, daß die Arbeiterfrage gar nicht ein einheitliches Problem darstellt, sondern aus einer Reihe von Entwicklungsfragen besteht, deren Mehrzahl allerdings einer klaren, von keinem Interessentenstandpunkt aus vernünftigerweise zu bekämpfenden Lösung zustrebt.

Erfassen wir die historische Genesis des Problems.

Die Wirtschaftsepoche, die der unseren voranging, war auf Eigen- und Kleinbetrieb und dem Besitz der Produktionsmittel durch den Arbeiter selbst aufgebaut. Der Handwerker arbeitete für eigene Rechnung mit eigenem Werkzeug und ebenso der Bauer unbeschadet, daß Steuern, Frohnden und Verpflichtungen an Obrigkeiten aller Art vorlagen, die am Wesen der Produktionsform selbst nichts änderten.

Die großen Entdeckungen des 19. Jahrhunderts, welche die Einführung von Maschinen gestatteten, ließen maschinelle Großbetriebe erwachsen, die der auf bloßer Handarbeit beruhenden Kleinarbeit technisch überlegen waren und sie mehr und mehr verdrängten. Damit war die Möglichkeit eines Besitzes des einzelnen Arbeiters an seinen Produktionsmitteln nicht mehr gegeben, der Unternehmer ward zum Herren derselben und die Arbeiter (in den größten Betrieben nach vielen Tausenden zählend) traten in das reine Lohnverhältnis ohne Mitbesitz an den Produktionsmitteln über.

Die Anfangsstadien dieses neuen Systems haben vielfach zu böartigen Übelständen, Frauen- und Kinderarbeit, allzu langen Arbeitsstunden, ungesunden Arbeitsräumen geführt, Gefahren der Rassedegeneration wurden heraufbeschworen. Aber bald kam es in allen Kulturländern zu Gegenmaßnahmen, eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung setzte ein und in den vorgeschrittenen Industrieländern des Westens ist diese Epoche des werdenden Kapitalismus im Ausklingen begriffen; nur eine Ergänzung der bereits durchgeführten Maßregeln ist noch zu fordern, und die Beschlüsse der Internationalen Konferenz für Arbeiterschutz vor wenigen Wochen haben z. B. eine dieser notwendigen Ergänzungen, das Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum 16. Lebensjahre gegeben. Ein nächstes Mal

wird es sich dann darum handeln, diese Schutzmaßregel — wie die Delegierten der französischen Regierung schon diesmal forderten — bis zum 18. Lebensjahre zu erstrecken. —

In Japan andererseits, in Indien sowie in geringerem Maße auch in Osteuropa steht die Anpassung der neuen Produktionsform an jene hygienischen Notwendigkeiten, deren Außerachtlassung die Rasse und im Menschen das wichtigste Produktionsinstrument gefährdet, noch voll und ganz auf der Tagesordnung.

Die Arbeiterfrage der vorgeschrittenen Länder setzt sich aus anderen Teilproblemen zusammen. Um all die Wirrnisse von Vorurteilen zu durchleuchten, wie sie die kämpfenden Gruppen durch Ineinanderschieben der einzelnen Momente zu erzeugen lieben, seien diese Teilprobleme in zwei Gruppen geordnet, deren erste die speziellen Folgeerscheinungen des modernen Großbetriebes, also die, unserer Zeit eigene, zweifellos noch ungelöste „Arbeiterfrage“, umfaßt, während die zweite Gruppe gewisse Folgeerscheinungen der allgemeinen demokratischen Tendenz, wie sie sich, im wesentlichen ganz unabhängig von der geschilderten technischen Umwälzung, infolge der allgemeinen Volksbildung entfaltet hat, in sich begreift.

Unter den Teilproblemen der ersten Gruppe sind die wesentlichsten wohl diese:

1. Die Regelung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

2. Die Verteilung des Arbeitsproduktes zwischen beide Teile.

Dem Eigenbetriebe der Vergangenheit war die glückliche Tatsache eigen, daß sich die Leitung der Produktion und die materielle Arbeit in der gleichen Person verkörperten, keinerlei dauerndes Abhängigkeitsverhältnis bestand. Auch wo die Familienangehörigen des Meisters und wo fremde Gesellen sich der Werkstatt eingliederten, handelte es sich im ersten Falle um patriarchalische, durch Familienempfindungen gemilderte Unterordnung, im zweiten Falle um ein temporäres Verhältnis, das von den Gesellen mit relativer Leichtigkeit ertragen wurde, weil sie in ihm die Möglichkeit eines Erlernens des Gewerbes suchten und nur ein Durchgangsstadium zur Etablierung als selbständige Handwerksmeister sahen.

Wieder in anderen Betrieben der Vergangenheit handelte es sich um wahre Sklaverei oder der Sklaverei angenäherte Hörigkeit, der Wille der Arbeitsherren ließ keinen Widerstand zu Worte kommen und so traurig dies Verhältnis sein mochte, konnte doch kein Gegensatz zwischen Arbeitsherren und Arbeitskräften erstehen.

Heute ist dies anders. Der Arbeitsvertrag ist ein formell freier und so schwer die Abhängigkeit auf dem Arbeiter lasten mag, ist er doch zu gelegentlichem Widerstand befähigt. Dieser kann im Streik, kann in der Zerstörung der Arbeitsmittel eine wilde und gefährvolle Form annehmen.

Wir sehen bereits aus dieser Tatsachenreihe, daß eigentlich wieder zwei Unterprobleme zu unterscheiden sind: a) Wie sollen heute, wo die industriellen Betriebe ganz überwiegend Privatunternehmungen darstellen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derart geregelt werden, daß zwecklose Wertzerstörung in Streik und Aussperrung ausgeschlossen erscheinen? b) Inwiefern ist es möglich, das Abhängigkeitsverhältnis, das gerade den besten der modernen Arbeiter drückender ist als die materielle Notlage, die ja bei der Arbeiteraristokratie mehr und mehr zurücktritt, wie soll diese Abhängigkeit durch

eine andere Lohnform ersetzt werden, was ja als „Beseitigung der Lohnsklaverei“ in allen Befreiungsträumen der Arbeiterschaft die erste Stelle einnimmt?

Die Ersetzung von Streik und Aussperrung durch friedliche Methoden der Lohnfestsetzung und Arbeitsregelung ist in den angelsächsischen Gebieten infolge der großen experimentellen Begabung dieser Rasse empirisch gelöst worden und bedarf es für das europäische Festland bloß einer Übertragung der im angelsächsischen Kulturkreis bewährten Methode.

In Kanada *) hat man zunächst die Streiks auf Bahnen, in Bergwerken und in allen jenen Betrieben, deren Arbeitseinstellung öffentliche Interessen gefährdet, dadurch beseitigt, daß zur Regelung jedes Konfliktes eine staatliche Untersuchungskommission eingesetzt wird. Während sie tagt, sind Streik und Aussperrung verboten, nach Erlaß des Spruches allerdings gesetzlich gestattet, doch setzt eben dieser Spruch die öffentliche Meinung und die Regierung des Landes in die Lage, sich ein klares Urteil darüber, welcher der beiden streitenden Teile im Rechte sei, zu bilden und ihr ganzes Schergewicht zu seinen Gunsten in die Wagschale zu werfen. Nur in einer verschwindenden Minderzahl der Fälle hat es der Teil, gegen den sich der Spruch der Kommission richtete, gewagt, seinen Widerstand fortzusetzen, die Sprüche der Kommission sind tatsächlich fast ausnahmslos in Kraft getreten, ohne daß es zu Streik oder Aussperrung gekommen wäre.

Weiter geht Neuseeland, das alle Streitenden in erster Instanz vor ein lokales Einigungsamt mit bloß beratender Befugnis und in zweiter Instanz vor einen industriellen Schiedsgerichtshof in der Hauptstadt des Landes verweist. Es ist aus einem Vertreter des Arbeitgeberbundes, einem Vertreter des Arbeitnehmerbundes und einem Rate des obersten Gerichtshofes zusammengesetzt und entscheidet in letzter Instanz über jede Streitfrage, die ihr von einem Gewerkverein oder Arbeitgeberverband unterbreitet wird. Auflehnung gegen seine Sprüche in der Form von Streik und Aussperrung ist gesetzlich verboten und wird mit Geldstrafen gegenüber den Verbänden, und, sofern diese zahlungsunfähig oder zahlungsunwillig wären, an ihren Mitgliedern mit Geld, resp. bei Zahlungsunfähigkeit mit Gefängnishaft geahndet. Im übrigen ist es nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen zur Anwendung dieser Strafe gekommen, die Interessenten haben sich stets willig den Sprüchen des Gerichtshofes gefügt und während einer langen Periode von Jahren ist Neuseeland, früher eines der streikreichsten Länder der Erde, von jedem Streikversuch verschont geblieben.

Eben diese Sicherung der Industrie gegen Arbeitseinstellung und Betriebsunterbrechung brachte anderseits eine solche Steigerung der Erträgnisse mit sich, daß den Arbeitern im Ausgleichswege, in Form von Lohnverbesserung, die der Gerichtshof aussprach, ein Teil dieser durch den Friedenszustand geschaffenen Werte zugesprochen werden konnte, also eine materielle Verbesserung der Lage der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Australien wieder hat das gleiche Problem durch Einsetzung von Lohnämtern in all den einzelnen Industriezweigen gelöst. Diese, von den Interessenten gewählt oder von der Regierung ernannt, legen Minimallöhne und Maximalarbeitszeit fest, ohne auf Entstehung eines Streitfalles auch nur

*) Siehe für die eingehendere Beweisführung die verschiedenen Studien in den November-Nummern dieser Zeitschrift, sowie insbesondere die Monographie: „Inwiefern ist eine gesetzliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich?“ Vom Unterzeichneten. Berlin, Georg Reimer.

zu warten. Sie haben das Prinzip des industriellen Konstitutionalismus, der Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Regelung eigener Arbeitsverhältnisse und damit auch einer Beseitigung des lähmenden Unterordnungsverhältnisses, unter dem die Arbeiterschaft anderer Länder heute noch leidet, noch weiter ausgebildet.

Trotzdem liegt auch in Australien und liegt in viel höherem Grade in allen anderen Ländern noch heute die Tatsache eines Unterordnungsverhältnisses von Mensch zu Mensch, die über die bloße Gliederung der materiellen Produktion hinausgeht, vor und es erwächst, wie anfangs erwähnt, die Frage, ob nicht die Vorteile des Großbetriebes mit seiner Zusammenballung großer Menschenmassen zu arbeitsteiligem Schaffen aufrechterhalten und trotzdem der Gegensatz der beiden Klassen, die im Werden dieser Großbetriebe entstanden, beseitigt werden könne?

Die Lösung dieses Problems wird wieder von der tatsächlichen Entwicklung, die bereits wichtige Etappen durchlaufen hat, gegeben. Die Großbetriebe nehmen in den vorgeschrittenen Industrieländern mehr und mehr die Form von Aktiengesellschaften an, und wenn wir vom Aktionär selbst, der ja keine Rolle im Betriebe spielt und dem Arbeiter nicht persönlich entgegentritt, absehen, so haben alle im Betriebe tätigen Personen die gleiche Eigenschaft bezahlter Angestellter, der eben erwähnte Gegensatz des bezahlenden Herren und des bezahlten Dieners liegt nicht mehr vor. Die Milderung auch der in diesen Gesellschaften zweifellos vorhandenen tatsächlichen Hierarchie ist Aufgabe jener Einrichtungen des Industriekonstitutionalismus, den wir im Vorhergehenden geschildert haben. Sie verdrängen die Willkür durch gesetzliche Abgrenzung der Kompetenzen.

Auch diese Aktiengesellschaften ballen sich in den vorgeschrittensten Ländern, wie in Amerika, und langsam auch in den ihnen nachfolgenden Staaten zu Trusts und Privatmonopolen zusammen, die in der Beseitigung der Konkurrenz große Ersparnisse und erhöhte Produktivität gewährleisten, anderseits eben infolge der Ausschaltung der Konkurrenz die Möglichkeit haben, die Preise zu erhöhen und auf die konsumierenden Massen schwer zu drücken. Demgegenüber hat man, wieder in Australien, mit der Umwandlung der Privatmonopole in Staatsmonopole zu erwidern begonnen.

In analoger Weise ist man in Europa vielfach mit der Verstaatlichung der Bahnen, zum Teil auch der Bergwerke, mit der Schaffung staatlicher Riesenbetriebe für Tabak- und Zündholzerzeugung usw. vorgegangen. Die Städte haben Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke in eigenen Betrieb übernommen, einige derselben betreiben Brauereien, verwalten Mietshäuser und haben Großschlächtereien und Bäckereien errichtet.

Diese Entwicklung zur Übernahme der Großbetriebe durch die öffentlichen Körperschaften, der sich auch die Begründung von Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen in gewisser Beziehung angliedert, führt das Privateigentum an den Produktionsmitteln mehr und mehr in Kollektiveigentum über, wandelt die Gesamtheit der im Betriebe Tätigen in eine, wenn auch hierarchisch gegliederte, so doch in sich homogene Angestellten-schaft um, beseitigt die Klasse des Fabrikherrn und Fabrikeigentümers, macht dem Abhängigkeitsverhältnis des Besitzlosen gegenüber dem Besitzenden ein Ende.

Gewiß wird es lange währen, ehe diese Entwicklung ihre letzten Ziele erreicht. Gewiß bleibt auch in den Staatsbetrieben das Bedürfnis nach Industriekonstitutionalismus voll und ganz bestehen und alle jene Vor-

kehrungen, die die Willkür des Fabrikherrn gegenüber dem Arbeiter auszuschließen bestimmt waren, müssen nunmehr der Willkür des Beamten gegenüber dem untergeordneten Angestellten und Arbeiter entgegenwirken. Mit anderen Worten: Die Sozialisierung der Produktion, von der wir in diesem Kapitel sprechen und welche nach Ansicht weiter staatssozialistischer sowie sozialdemokratischer Kreise die Gesamtlösung der Frage in sich begreift, ist nur die Lösung eines Teils des Problems, der die entsprechende Lösung der anderen Teilprobleme zur Seite stehen müssen.

Besonders klar tritt dies zutage, wenn wir im Sinne unserer eingangszitierten Disposition nunmehr das zweite große Problem der Verteilung des Arbeitsproduktes ins Auge fassen. Handelt es sich im Vorhergehenden überwiegend um die Beseitigung idealer Unzuträglichkeiten, die alle modernen Arbeitsbeziehungen vergiften, so liegt nunmehr eine rein materielle Frage vor.

So lange die Industrien wie heute überwiegend in Privatbesitz stehen, ist es unvermeidlich, daß ein wesentlicher Bruchteil des Arbeitsprodukts dem Unternehmer als Leiter der Produktion zufließt. Auch die größte Geschlossenheit der Arbeiterorganisation, auch die weitestgehenden Schiedssprüche müssen dem Unternehmer einen solchen Anteil belassen, weil er eben sonst die Produktion, deren Risiko nicht mehr durch entsprechenden Gewinn gedeckt ist, aufgeben und sein Kapital auf dem Rentenmarkte verwenden würden, resp. weil die Begründung neuer Unternehmungen, die wirtschaftliche Produktivität des betreffenden Landes dadurch schwer beeinträchtigt würden. Die Lösung der Frage vom Arbeiterstandpunkt kann wieder nur in der Sozialisierung der Produktion liegen und wird durch die tatsächliche Entwicklung, die ja für jeden unparteiischen Beobachter unverkennbar in dieser Richtung vor sich geht, allmählich gelöst.

Nur darf man nicht meinen, daß die Verstaatlichung eines Betriebes allüberall und jederzeit die integrale Verteilung des gesamten Arbeitsprodukts unter die Arbeitenden, sei es auch mit größerer Anteilnahme der geistigen Arbeiter, beinhalte. Die preußischen Staatsbahnen bilden wohl den größten und vom technischen Standpunkt aus bestgeleiteten Staatsbetrieb der Erde, aber sie stehen, was die Verteilung des Arbeitsprodukts anlangt, durchaus auf dem Boden eines Privatunternehmens. Sie erstreben und erzielen Gewinne im Ausmaß von Hunderten von Millionen pro Jahr, die keineswegs den Beamten und Arbeitern oder dem fahrenden Publikum zugute kommen, sondern dem allgemeinen Staatsbudget und damit indirekt den Rüstungen zu Wasser und zu Lande (da wichtige Steuermöglichkeiten für Preußen nicht in Anspruch genommen werden müssen und dem Reich, resp. dessen militärischen Zwecken, verbleiben). Damit das Ideal einer Verteilung des Arbeitsprodukts unter die, welche schaffen, ganz erfüllt werde, genügt also die Sozialisierung der Produktion nicht, sondern es muß auch die Bestimmung in Geltung treten, daß der betreffende Staatsbetrieb nicht auf Gewinn hinziele, sondern, im Falle sich solche Gewinne ergeben, die Löhne erhöhe oder die Preise erniedrige. Eben dieses Prinzip ist z. B. das der Schweizer Staatsbahnen und im wesentlichen wohl der meisten Gemeindebetriebe, die durch die unmittelbare Kontrolle der Bevölkerung dazu veranlaßt werden, im Falle günstigen Geschäftsganges die Betriebe zu verbessern oder die Preise zu ermäßigen.

Fassen wir also die Teilprobleme der Arbeiterfrage, soweit sie durch die technischen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts erwachsen sind, zusammen,

so sehen wir, daß ihre Lösung eben durch den Fortgang dieser Entwicklung selbst, durch die allmähliche Verstaatlichung der reifen Produktionszweige, durch die Milderung der Betriebs-hierarchie, durch konstitutionelle Einrichtungen, sowie durch Beseitigung fiskalischer Rücksichten, welche die wertvollen Möglichkeiten der Verstaatlichung zu durchkreuzen geeignet wären, gegeben ist.

Der aufmerksame Leser hat zweifellos beachtet, daß in dieser ganzen Entwicklung im wesentlichen nur Fragen des wirksamsten Produktionstypus und der Beseitigung drückender Abhängigkeitsverhältnisse auftreten, erst in 2. Linie Probleme der Einkommensverteilung, und wenn es auch gewiß im Klasseninteresse der Arbeiterschaft liegt, daß diese Entwicklung sich durchsetze, wenn auch eben dies Interesse der Arbeiterschaft den wirksamsten Hebel der Entwicklung bildet, so liegen anderseits keinerlei widerstrebende Klasseninteressen vor.

Daß die Arbeitsstreitigkeiten durch schiedsgerichtliche oder gesetzliche Festlegung der Löhne anstatt durch Streik und Aussperrung geregelt werden, liegt, wie an entsprechender Stelle gezeigt wurde, im finanziellen Interesse aller Beteiligten.

Daß die Gelegenheit zur Willkür, die den denkenden Arbeiter so hart drückt, beseitigt wird, ist für ihn ein Vorteil und für den denkenden Unternehmer kein Nachteil.

Die Sozialisierung der Produktion endlich ist ein Naturprozeß, genau so, wie die Aufsaugung der Kleinbetriebe durch die technisch höherwertigen Großbetriebe ein Naturprozeß gewesen ist. Die Proletarisierung des Kleinbürgertums, wie sie mit dem Erwachen der modernen Großindustrie verbunden war, hat gewiß schweres individuelles Leid verursacht, und trotzdem gibt der weitschauende Vertreter des Kleinbürgertums heute zu, daß es wertlos sei, den Todeskampf einer absterbenden Schicht zu verlängern, daß es wertvoller sei, die Umwandlung des alten Mittelstandes in einen neuen Mittelstand der Angestellten zu erleichtern und so schmerzlos als möglich zu gestalten.

Hat sich also das Werden unserer maschinellen Produktion, auf der unser moderner Reichtum beruht, unter so schweren Geburtswehen vollzogen, so viele individuelle Interessen getroffen und treffen müssen, so wird die neue Phase der Umwandlung der auf Einzelbesitz beruhenden Unternehmungen in Aktiengesellschaften, deren Eingliederung in Trusts und Staat, in viel schmerzloserer Weise vor sich gehen können; sie rechtfertigt durchaus nicht im gleichen Grade den bewußten Widerstand einer Klasse, wie die Aufsaugung der Kleinbetriebe allerdings vom rein subjektiven Interessenstandpunkt den Widerstand der kleinbürgerlichen Klasse gerechtfertigt hat. Der Unternehmer, der seine Fabriken in einen Aktienbetrieb umwandelt, gibt wohl Herrscherrechte auf, aber er gibt sie freiwillig auf, um der größeren ökonomischen Möglichkeiten der höherwertigen Organisationsform willen. Die Aktiengesellschaft, die sich dem Trust eingliedert, mag unter Umständen, wenn sie lange zögert und einen Kampf gegen die stärkere Kapitalsgruppe wagt, zu Schaden kommen. Erkennt sie hinreichend früh die Notwendigkeit präziser Schritte, so wird ihr Besitzer häufig sogar gewinnen können.

Die Verstaatlichung endlich geht ja allüberall nach dem Prinzip einer Schadloshaltung resp. einer in gesetzlichen Formen sich vollziehenden Expro-

priation der Besitzer vor sich, ein dagegen gerichtetes Klasseninteresse liegt also nicht vor und alle Einsichtigen, die der Entwicklung lieber dienen, als sich ihr entgegenstemmen wollen — mögen sie, welcher sozialen Klasse immer, angehören —, sollten darum die von der Entwicklung selbst allmählich heraufgebrachte Lösung der Arbeiterfrage befürworten.

Hier höre ich wieder den Leser einwenden: Bei all dem ist doch gar nicht von Wandlungen in der Einkommensverteilung die Rede und gerade sie bilden doch hauptsächlich Postulat der Arbeiterschaft, gerade sie bedrohen die heute besitzende Klasse in ihrer Existenz. Eben diese Meinung scheint mir einen Trugschluß darzustellen. Die Arbeiterfrage als engbegrenzte Folgeerscheinung der technischen Umwälzung scheint mir durch die oben geschilderte Umwandlung der Güterproduktion lösbar zu sein, ohne daß überhaupt — außer natürlich in jener Zukunft, in der die neuen Gesetze der Produktion die bisherige Weise der Kapitalbildung aufheben —, eine Änderung der Einkommensverteilung damit verbunden wäre. Die Verstaatlichung der Produktion läßt sich ohne weiteres so denken, daß die Ungleichheit zwischen Beamtengehalt und Arbeiterlohn, die höhere Bezahlung der geistigen gegenüber der materiellen Arbeit aufrechterhalten bleibe, und sie bedeutet gegenüber den Unternehmern, deren Betrieb übernommen wird, gegenüber den Aktionären, deren Aktien in Staatsobligationen verwandelt werden, zunächst bloß die Umwandlung von Unternehmervergewinn in ein Renteneinkommen: in vielen Fällen, wie die Praxis der Verstaatlichungen und das Steigen der Aktien bei Ankündigung einer geplanten Verstaatlichungsaktion dem Praktiker zur Genüge beweist, sogar einen Gewinn für die Kapitalsbesitzer.

Würde die Reform auch jedes Übergreifen auf planmäßige Wandlung der Einkommensverhältnisse vermeiden, so würde sie trotzdem segensvoll wirken, denn die gesetzliche oder schiedsgerichtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse bedeutet eben an sich die Vermeidung der Wertezerstörung, Erhöhung des Einkommens aller Beteiligten. Die Beseitigung des in der Privatwirtschaft vorhandenen Abhängigkeitsverhältnisses ist für die arbeitende Schicht ideell wertvoll und gerade dieser ideelle Wert wird von ihr so hoch eingeschätzt.

Bei allmählichem Sicheinleben des neuen Systems, bei Begründung immer zahlreicherer Unternehmungen durch den Staat selbst, anstatt durch den Privaten, fällt dann auch die Notwendigkeit der an diese Privaten zu zahlenden Ablösungssummen weg, der unter die Arbeiter zu verteilende Arbeitsgewinn wird größer, ihre Lage gebessert.

* * *

Wie ich in den einleitenden Worten erwähnte, hat sich der Arbeiterfrage ein zweites Problem beigesellt, das aus der allgemeinen Volksbildung der Kulturstaaten erfließt.

Hatte der ungebildete Bauer, den Staat, Kirche und Gutsherr im Glauben an die gottgewollte Überordnung der Herrenklasse erhalten, seine niedrige Lebenslage als unabänderlich hingenommen, mußte anderseits in den gereiften und gebildeten Massen von heute der Wunsch nach Besserung ihrer Lage, nach Ausgleichung der Lebensverhältnisse erwachen. Diesem Wunsche steht allerdings das berechnete Eigeninteresse der Besitzenden nach Bewahrung ihrer Vorrechte entgegen. Hier liegt also die wahre Grund-

lage für einen Klassenkampf vor, der über die Einkommensverteilung zu entscheiden hat.

Trotzdem soll im folgenden gezeigt werden, daß auch in dieser, von der eigentlichen Arbeiterfrage streng zu unterscheidenden Gegensätzlichkeit für eine ideelle Übereinstimmung und ein planmäßiges Eingreifen in das Zufallsspiel des Kampfes mehr Boden gegeben ist, als gemeiniglich angenommen wird.

Zunächst sei der so allgemein verbreiteten Irrmeinung entgegengetreten, daß die Ungleichheit des Einkommens an sich vom Standpunkt der Besitzlosen zu bekämpfen sei. Insoweit dieses Einkommen nämlich kapitalisiert wird, insoweit eine private Kapitalsanlage zu Produktivzwecken vorliegt, dient dies der Allgemeinheit und dem Fortschritte. Der Bau neuer Bahnen und Fabriken, die Erweiterung der Städte, die Ameliorationen des Bodens, all das ist durchaus notwendig, und wenn einmal die Verstaatlichung der Produktion die private Kapitalsbildung aufhebt, wird eben ein Teil des kollektiven Arbeitsproduktes für diese Zwecke verwendet werden müssen.

All diese privaten Kapitalsanlagen könnten also höchstens aus dem Gesichtspunkte heraus einer Kritik unterzogen werden, als sie

1. gewisse Machtpositionen begründen — die Entwicklung wird jedoch über sie wie über die bereits gewonnenen Machtpositionen in gleicher Weise hinweggehen — sowie, indem sie

2. für die derzeitigen Besitzer oder deren Erben ein erhöhtes Einkommen gewährleisten. Da jedoch auch dieses wieder notwendig zur neuen Kapitalsbildung oder in anderer Weise verwendet wird, so liegt nur eine Hinausschiebung dieser Teilung vor und sind nur jene Einkommensbestandteile in Rücksicht zu ziehen, die nicht zur Kapitalsbildung verwendet, sondern aufgebraucht werden.

Nicht die Ungleichheit der Einkommen also, sondern die Ungleichheit dessen, was nach Abzug der Kapitalsbildung noch mit dem Einkommen geschieht, das heißt, der Ausgaben, kann vom Standpunkt der minder Bemittelten als Angriffsobjekt ins Auge gefaßt werden.

Wieder höre ich den Leser einwenden: Ob Ungleichheit der Ausgaben oder der Einkommen, die Ungleichheit bleibt bestehen; worauf ich erwidere, daß diese Ungleichheit eben doch dem Grade nach unendlich weit verschieden ist. Das Jahreseinkommen der Reichsten beträgt viele Millionen, das der Ärmsten einige Hundert Mark, das eine mag das Hunderttausendfache des anderen betragen. Die Ausgabensumme gerade der Reichsten bleibt jedoch tief unter ihrem Einkommen zurück, beträgt vielfach noch nicht 10%, weil eben die Großindustrie ihre Gewinne ganz überwiegend zur Kapitalvermehrung verwendet und keineswegs konsumiert, auf den obersten Stufen gar nicht konsumieren kann.

Immerhin bleiben gewiß auch große Divergenzen in der Ausgabenverteilung übrig und es soll hier durchaus nicht das alte Argument gebraucht werden, daß der Reiche, der viel ausgibt, damit auch viel zu verdienen gebe, denn auch der Arme, der sich Wohnung, Kleidung und Nahrung zu verschaffen hat, gibt damit anderen zu verdienen und seine Art ist gewiß menschlich berücksichtigungswerter.

Andererseits dürfte sogar für eine gewisse Regelung in der Verteilung der Ausgabemöglichkeiten eine an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit zu gewinnen sein, insoweit nämlich die beiden Extreme, weitgehender

Luxus und offenbar die Rasseerhaltung gefährdende Armut wie bei den Heimarbeitern, bei den arbeitenden Frauen usw. in Frage kommen.

Die überwiegende Mehrheit nicht bloß innerhalb der Arbeiterschaft, sondern auch in den weiten Kreisen des Mittelstandes ist gewiß aus rein menschlichen Motiven heraus bereit, eine solche Entwicklung gutzuheißen, die den Reichsten die Möglichkeit zur Entfaltung dieses Luxus nähme und die Ärmsten aus ihrer Armut, die die Rasse gefährdet, herausheben würde; und eine solche Einkommenspolitik würde sich allerdings der Sozialisierung der Produktion sehr wohl angliedern lassen.

Was bleibt also als Einsatz für den Klassenkampf, welcher Gegensatz mag sich auch unter Einsichtigen behaupten? Der Gegensatz zwischen Kopf- und Handarbeitern, zwischen der Arbeiterschaft mit ihrem jährlichen Ausgabebudget von 1500 bis 3000 Mark und den wohlhabenden Schichten mit ihrem Ausgabebudget von 5000 bis 20 000 Mark.

Hat dieser Gegensatz noch solche Bedeutung, daß er das Offenbleiben der zentralsten Fragen unserer Zeit, den Widerstand einer machtvollen Minderheit gegen eine im offenbaren Interesse der überwiegenden Mehrheit, in der klaren Richtlinie des Fortschritts liegende Produktionsform rechtfertigen würde?

Gewiß nicht, denn der Kompromiß, für beide Teile befriedigend, bietet sich ja von selbst dar, ist eigentlich in der Praxis der großen Kollektivbetriebe bereits gefunden.

Gerade die deutschen Staatsbetriebe gehen ja systematisch darauf aus, auch ihren unteren Angestelltenkategorien Beamtencharakter zu verleihen, sie gegen Wechselfälle des Lebens nach Kräften zu sichern und alle Garantien für Aufzucht einer starken neuen Generation zu liefern. Eben diese Betriebe geben gewiß dem Kopfarbeiter höhere Gehälter, lassen den Anreiz zu schärfster Kräfteanspannung, der in der Hoffnung liegt, auf der Beamtenleiter aufzusteigen und höhere Gehaltstufen zu erreichen, bestehen, aber sie setzen diesen höheren Gehaltstufen doch eine vernünftige Grenze, eben in jenen Ziffern, die wir oben als Einkommensziffern der wohlhabenden Kopfarbeiter bezeichnet haben und die jeden unsinnigen, vom Standpunkt der Gattungserhaltung abstoßenden Luxus unbedingt ausschließen.

Eine fernere Zukunft mag auch in den Staatsbetrieben, in den sozialen Betrieben der Zukunft, eine Milderung des Abstands zwischen den Anfangslöhnen des Handarbeiters und den Endlöhnen des Kopfarbeiters bringen. Das wird eine Detailfrage sein, deren Lösung der Praxis einerseits, der Überlegung der Volksvertretungen der Zukunft andererseits sehr wohl überlassen bleiben kann, eine Detailfrage, die durchaus nicht an die zentralen Imperative des Menschheitsfortschritts heranreicht.

Zu einer tatsächlichen Nivellierung der Einkommen wird es gewiß niemals kommen, weil es im Selbstinteresse der Gesamtheit liegt, volle Krafteinsetzung durch Aussicht auf ökonomisches Aufsteigen anzufeuern, weil gewisse leitende, fein differenzierte geistige Betätigungen eine reichere Lebensgestaltung, weitergehende Kulturgüter und Anregungsmöglichkeiten erfordern, als die einfache Handarbeit.

Die Kopfarbeiter von heute, die Beamten, die Mitglieder der freien Berufe und auch die Industriellen selbst, die in jener noch sehr langen Übergangsperiode, die bis zur Reife aller Produktionszweige für Verstaatlichung noch vergehen wird, eine so wichtige Funktion im Produktionsprozesse zu

erfüllen haben, haben von der Sozialisierung der Produktion für ihr Klasseninteresse nichts zu fürchten, für ihre rein menschlichen Interessen alles zu hoffen.

Die Lösung der Arbeiterfrage ist eine technische Frage, für die sich volle Einstimmigkeit aller Beteiligten ergeben kann. Die Lösung der Einkommensfrage in maßvoll demokratischem Sinn ist eine Frage der Menschlichkeit und des common sense und keine Klassenfrage. Die Einstimmigkeit aller Menschen, die guten Willens und offenen Blickes für die Entwicklungsnotwendigkeiten sind, sollte sich sehr wohl für eine Lösung dieser Fragen im Sinne des Menschheitsfortschrittes erzielen lassen.



KORRESPONDENZEN

.....

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

GENERALSEKRETÄR ERWIN STEIN, BERLIN-FRIEDENAU: DIE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN GROSSSTÄDTE.



N dem Bestreben, die Richtlinien der kommunalen Entwicklung für einzelne deutsche Städte von kundiger Hand zeichnen zu lassen, habe ich im Rahmen der von mir herausgegebenen Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik Sonderhefte herausgegeben, die sich mit Düsseldorf, Chemnitz, Posen und Dresden beschäftigt haben. Seit kurzer Zeit sind diese Sonderhefte in Wegfall gekommen. Dafür gebe ich eine Sammlung: „Monographien deutscher Städte“ heraus, die die gleichen Ziele verfolgt und von der bis jetzt fünf Bände erschienen sind: Neukölln, Magdeburg, Darmstadt, Berlin-Wilmersdorf und Kassel *). Im Laufe der nächsten Monate werden weitere Bände: Berlin, Frankfurt a. M., Danzig u. a. erscheinen.

Die Monographien des Städtewesens behandeln jeweils für eine Stadt die wesentlichen Grundzüge der Entwicklung des kommunalen Lebens, die Finanz- und Steuerverhältnisse, Einwohnerzahl und soziale Struktur der Bevölkerung, Grundbesitz- und Bodenverhältnisse, soziale und hygienische Fragen, Armenwesen, öffentliche Fürsorge, die kommunale Technik, kurz alles, was für die Betätigung der Stadtverwaltungen überhaupt in Frage kommt. Besonders hervorzuheben sind dabei diejenigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die als neue Meilensteine auf dem langen Wege der kommunalen Betätigung anzusehen sind, Maßnahmen, die besonders wertvolles und auch für andere Gemeinwesen beachtenswertes Erfahrungsmaterial bieten. Dabei sollen aber auch, natürlich kurz, Organisation und Ergebnisse älterer kommunaler Institute und Einrichtungen geschildert werden, damit sich ein vollständiges, abgerundetes Bild von Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik der betreffenden Stadt ergibt.

Der Grundsatz, diese Darstellungen nur von durchaus erfahrenen, in der Praxis stehenden Männern schreiben zu lassen, wurde stets durchgeführt. Als Mitherausgeber gewann ich für den Band Neukölln Herrn Oberbürgermeister Dr. Kaiser und Herrn Bürgermeister Dr. Weinreich, für Magdeburg Herrn Oberbürgermeister Reimarus und Herrn Stadtrat Sahm, für Darmstadt Herrn Oberbürgermeister Glässing und Herrn Bürgermeister Mueller, für Kassel Herrn Oberbürgermeister Dr. Scholz und für Berlin-Wilmersdorf Herrn Oberbürgermeister Habermann und Herrn Bürgermeister Peters. Außerdem war in jeder der erwähnten Städte ein großer Stab Mitarbeiter zur Verfügung: Mitglieder des Magistrats, Direktoren der städtischen Be-

*) Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

triebe, Leiter der Bibliotheken und Kunstsammlungen, Städtebauer, Statistiker usw. Welche Fülle von Material bei jeder Stadt zu bewältigen ist, mag an Hand des zuletzt erschienenen Bandes Kassel gesagt sein. Das Geleitwort schrieb Herr Oberbürgermeister Dr. Scholz. Über die bauliche Entwicklung der Stadt äußerte sich Stadtbaurat Höpfner, über die städtischen Finanzen Stadtsyndikus Brunner. Einen Beitrag über die Bevölkerung der Stadt Kassel steuerte Dr. Riekes, Direktor des Statistischen Amtes, bei, und die Entwicklung des Kasseler Verkehrs schilderte der Vorstand des Stadtverkehrsamtes W. Weber. Der Abschnitt über das Kasseler Bildungswesen enthält einzelne Beiträge von fünf verschiedenen Mitarbeitern. Beim Kapitel über die soziale und hygienische Fürsorge standen elf Mitarbeiter zur Verfügung. Der Abschnitt über öffentliche Parkanlagen wurde von drei Mitarbeitern geschrieben, der über Kunst und Wissenschaft von sieben Mitarbeitern. Über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt äußerten sich ebenfalls fünf verschiedene Mitarbeiter, darunter die Direktoren des Elektrizitätswerkes, des Wasserwerkes und des Schlacht- und Viehhofes. Alles in allem ist auf ungefähr zwölf Bogen eine Fülle von Material zusammengetragen, die es ermöglicht, Wirtschaft, Finanzwesen, Hygiene, Sozialpolitik und Technik der Stadt zu studieren und vorurteilsfrei zu beurteilen. Auf die Beigabe eines reichlichen Bildermaterials wird Wert gelegt, da die Abbildungen in sehr vielen Fällen zum besseren Verständnis der textlichen Erläuterungen verhelfen können.

Je weiter die Sammlung fortschreitet, um so größer wird das Interesse aller derjenigen Persönlichkeiten, die sich wegen ihrer Dienststellung oder Ehrenämter mit Fragen der Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik beschäftigen müssen. Da die Monographien nicht nur die älteren Einrichtungen der Stadtverwaltungen berücksichtigen, sondern auch auf Schilderung der neuesten Einrichtungen und Maßnahmen und auf Wiedergabe des bereits gewonnenen Erfahrungsmaterials Wert legen, so dürfte sich gerade in der Praxis oft zur Benutzung der Monographien Gelegenheit geben.

CHRONIK

DIE geplante Zollunion zwischen Rußland und Finnland: Die russische Regierung ist gegenwärtig mit Vorarbeiten für eine Neuregelung der Zollverhältnisse für den Verkehr zwischen Rußland und Finnland beschäftigt und man denkt sogar an eine vollständige Niederlegung der Zollschranken zwischen beiden Ländern. Die politischen Kreise Finnlands stehen dem Gedanken ablehnend gegenüber, weil damit wieder eines der Momente, welche die Selbst-

ständigkeit Finnlands decken, fallen würde. Die wirtschaftlichen Kreise haben eher geteilte Ansicht. Würde man auch die Aufrichtung der russischen Hochschutzzölle an Stelle der derzeitigen niedrigen Zölle Finnlands für den Verkehr mit dem Auslande bedauern, so würde man andererseits die Erschließung des russischen Marktes für die finnische Industrie begrüßen. Eben diese Möglichkeit jedoch hat wieder in industriellen Kreisen Rußlands selbst Widerstände

gegen die Niederlegung der Zölle hervorgerufen, und diese mögen vielleicht den sonst hoffnungslosen Widerstand der finnischen Unabhängigkeitspartei gegen die Maßregel zum Siege führen. Finnland hat nämlich reiche Wasserkräfte, große Holzschätze und eine überaus arbeitsame, intelligente Bevölkerung, und diese drei Faktoren haben zum Erwachen einer blühenden Holzverarbeitung, vor allem zur Begründung von großen Papierfabriken geführt, die bei Erschließung des russischen Marktes für die russische Konkurrenzindustrie überaus gefährlich werden könnten.

Schon bisher wurde denn auch von russischer Seite der Zwischenzoll immer wieder gefördert, so daß die finnische Einfuhr um der günstigen Produktionsverhältnisse willen mit hohen Differentialzöllen belegt wird.

Wenn trotz allem die starken politischen Gesichtspunkte, die innerhalb der russischen Regierung für Herstellung der Zolleinheit sprechen, die Oberhand gewinnen sollten, würden wieder zahlreiche andere russische Industrien ihre Erzeugnisse in Finnland absetzen können, der west- und mitteleuropäischen Industrie würde damit ein wertvoller Markt verloren gehen, um so mehr, da eben heute Finnland nur ganz niedrige Zölle gegen das Ausland errichtet hat und die hohen russischen Zölle, die dann eingeführt würden, jeden Verkehr, auch den heute so überaus regen Handels- und Schiffsverkehrs über die Ostsee, stark einschränken würden. Gerade dieses Moment, das auch seine ideellen Gesichtspunkte hat, weil Finnland überaus großen Wert auf gute Verbindung mit Deutschland und den anderen Staaten des Auslands legt, läßt den finnischen Patrioten die drohende Umgestaltung in noch weniger erfreulichem Lichte erscheinen.



Zur wirtschaftlichen Entwicklung von Französisch - Äquatorial-Afrika:

Die französische Kolonie Äquatorial-Afrika wurde durch das deutsch-französische Abkommen vom November 1911 in drei miteinander nur lose zusammenhängende Teile, die Gabonkolonie am Meere, einen schmalen Streifen am Ubangi und mittleren Kongo und die weiten, neu eroberten Territorien am Tschadsee und östlich bis zum Sudan hin eingeteilt. Da die Kolonie so ihrer strikten Einheitlichkeit beraubt wurde, mußte dem durch eine gewisse Dezentralisation Rechnung getragen werden. Dieses neue System, das trotzdem eine gemeinsame Oberleitung weiter bestehen läßt, ist jetzt völlig durchgeführt.

Um die Kolonie zu wirtschaftlicher Blüte zu bringen, soll nunmehr eine Anleihe von 140 Millionen Mark aufgenommen werden und ihre größere Hälfte (95 Millionen) soll zum Bau von Häfen und Bahnen, die die Verbindung zwischen den einzelnen Teilstücken herstellen und eine billige, rasche und damit brauchbare Transportlinie für den Verkehr vom Tschadseeterritorium nach der Küste schaffen, verwendet werden.

Zunächst soll an der Pointe noire ein atlantischer Seehafen, der auch großen Seeschiffen sichere Verladungsmöglichkeit gewährt, geschaffen und dieser Hafen mit Brazzaville, dem unteren Ende der Kongoschiffahrt (das letzte Stück des Kongo ist infolge des Gebirgsdurchbruches und der Stromschnellen unschiffbar), verbunden werden, was zusammen 79 Millionen Mark kosten wird. Während bisher die Waren des mittleren Kongo zu Schiff bis Brazzaville und dann auf der belgischen Eisenbahn zum belgischen Hafen Matadi geschafft werden mußten, wird ein Teil dieses Verkehrs nunmehr nach der französischen Kolonie abgelenkt werden. Auch die reichen Gebiete,

die die Bahn durchschneidet, werden nunmehr eine entsprechende Transportmöglichkeit für ihre Waldprodukte erhalten.

Weiter sollen dann am mittleren Kongo gewisse Regulierungen und Beleuchtung der Flußstrecke bei Nacht angebracht werden, um die Schifffahrt zu erleichtern, ebenso am Ubangi, dem großen Nebenfluß des Kongo. Dort, wo der Ubangi nach Süden umbiegt, in Bangi, soll eine Bahn nach Fort Crampel gebaut werden und so auch dieser Teil des Tschadseeterritoriums entsprechende Verkehrsmöglichkeit mit der Küste erhalten. Sie soll bis Fort Archambault verlängert werden, wodurch dieses wichtige Zentrum Innerafrikas, das bisher nur in ca. zwei Monaten von der Küste aus erreicht werden konnte, in etwa 20 Tagen zugänglich werden würde.

Außer diesen Arbeiten, welche gewisse Teile der Kolonie überhaupt erst erschließen sollen, ist auch eine Reihe von Kommunikationen zu entstehen im Begriffe, die intensivere Wirtschaftsweise in den bereits erschlossenen fruchtbarsten Teilen von Äquatorialafrika ermöglichen werden, und diesen Zwecken soll der Rest der Anleihe gewidmet werden.

Für die Gebiete von Neu-Kamerun wird sich durch diese besseren Verkehrsmittel der anstoßenden französischen Gebiete, deren Handels-tätigkeit und Kaufkraft sich dadurch nicht wenig heben wird, auch eine gewisse wirtschaftliche Chance ergeben und werden gewisse Transport-gelegenheiten, so die Schiffbar-machung des Ubangi und des Kongo und die Eisenbahnlinie zum Meere, geradezu auch der deutschen Kolonie zugute kommen.

A. Carrère.

POLITISCHE ENTWICKLUNG CHRONIK

VERNTALLAT: Dem großen katalonischen Bauernfreund Verntallat soll jetzt in seinem Geburtsdorf Saint-Privat-de-Bar ein Standbild errichtet werden.

Man weiß, daß die unglücklichen Bauern Kataloniens, die Jahrhunderte lang in der feudalen Sklavereischmachten, in dem mutigen und begabten Verntallat ihren Erlöser fanden, dem es gelang, sie gegen den unerhörten Despotismus der Herren zu organisieren und ihnen zum Sieg zu verhelfen. Die große Königin Johanna von Aragonien war Verntallats Verbündete, insofern auch sie ihr Mög-

lichstes zur Besserung der bäuerischen Verhältnisse tat. Nach beendeter Revolte bezeugte sie Verntallat ihre Anerkennung, indem sie ihn zu ihrem Rat machte und ihm den Titel eines Grafen von Hortol verlieh.

Er war selbst Bauer von Geburt und hatte gegen den Generalrat von Katalonien zu kämpfen, der aus den fast alles Land besitzenden Edelleuten und Priestern gebildet war. Verntallats Energie und Unermüdlichkeit ließ nicht nach, bis endlich der berühmte Schiedsspruch der katholischen Könige die Rechte der „Remencen“ anerkannte.

Vernatallat wurde von der Mehrzahl der katalonischen Geschichtsforscher mit Parteilichkeit beurteilt. Man wollte in ihm nur den Emporkömmling und geriebenen Rädelsführer sehen. Doch nennt Turita ihn einen kühnen Mann, und erst kürzlich hat der katalonische Schriftsteller Franz Momalvalgue sein Andenken geradezu verherrlicht.

Anläßlich des Monumentes, das Katalonien ihm nunmehr errichten will, gibt es noch immer Gegner Vernatallats. Man sollte nicht Revolutionäre, sondern Neuschöpfer krönen usw. Aber die letzte Schöpfung liegt im Handeln und in diesem Sinne war Vernatallat wirklich ein Schaffender, da er aus blutendem Herzen für jene stritt, die ungezählt und bis dahin ungehört neben ihm litten als rechtlose, vom Feudalstaat zertretene Bauern.



Die Juden Salonikis: Bekanntlich hat Saloniki 128 000 Einwohner, davon 70 000 bis 75 000 Israeliten. Von den ersten Anfängen an haben diese die furchtbaren Niederlagen der Türkei bejammert.

Juden und Türken halten seit jeher gute Gemeinschaft. Man kann sagen, daß die Ottomanen mit den Juden besser umgingen, als die Christen unter den katholischen Königen Ferdinand und Isabella und daß sie den Juden gegenüber duldsamer waren, als den christlichen Slaven gegenüber.

Die Unruhe der Juden beim Fall der Türkei, ihre angstvolle Erwartung beim Einzug der siegreichen Griechen legt sich ein wenig. Aber wird sie jemals ganz verschwinden?

Die jüdischen Zeitungen Salonikis veröffentlichen Aussprüche des neuen Königs von Griechenland, worin er die griechischen Juden, ihre Tatkraft, ihre Staatstreue preist und die Hoff-

nung ausspricht, daß auch die Juden Salonikis ihren griechischen Brüdern gleichen möchten. Die gleichen Zeitungen bringen auch ein warmherziges Schreiben des griechischen Dichters Matzouka, in dem er die Israeliten Salonikis auffordert, an der „Wiederherstellung des Vaterlandes mitzuarbeiten“. Hier eine Stelle aus dem schwungvollen Aufruf:

„Zu uns, zu uns, Juden von Saloniki! Laßt uns zusammen das Brot der Liebe brechen und den Trunk gemeinsamer Arbeit leeren. Ich ruf Euch, weil ich weiß, daß ihr Herzen habt und daß ihr die Bevorzugten des Geistes seid. Ich bin dessen sicher, daß ihr meine Worte aufnehmen werdet, als wären sie Gold und Edelstein und daß, wenn ihr sie beherzigt, sie die Würde erlangen werden, die Krone der Vernunft und den Zepter jeglichen Gedeihens zu schmücken.“

Die Zeitungen drucken die nüchternen Worte des Königs nach und die glühenden des Dichters, aber das nimmt den Juden nicht ihre Bedenken. Ein großer Teil des Handels und der Banken liegt in Saloniki heute noch in ihren Händen. Was wird geschehen, wenn die neuen Herren des Landes auch in dieser Beziehung den ersten Platz werden einnehmen wollen? Die türkische Wirtschaft wird ihnen kein neuer Gönner ersetzen.

Als Ferdinand und Isabella sie aus Spanien verjagten, fanden sie in großer Anzahl ein friedliches Asyl in Saloniki. Sie genossen völlige religiöse Freiheit und konnten sich ohne Einmischung der Türken den Beschäftigungen hingeben, zu denen sie den natürlichen Beruf in sich fühlen und in denen sie Meister wurden.

Nein, es wird ihnen unter den Griechen nicht mehr so gut gehen, und wenn ihre natürliche Anpassungsfähigkeit sie auch mit der Zeit sich

in die neue Lage wird schicken lassen, so werden sie doch auch weiterhin die einzigen bleiben, die der ottomanischen Okkupation nachtrauern.

Viktor Germaix.



Die Juden in Amerika: Die beständige Einwanderung von Juden aus Rußland, Rumänien und Ungarn, welche besonders in den letzten Jahren überaus intensiv gewesen ist, hat die Zahl der in Amerika wohnhaften Juden auf zwei Millionen anschwellen lassen und die Handelsmetropole New York, die eine volle Million Juden zu ihren Einwohnern zählt, ist damit zur weitaus bedeutendsten Judenstadt der Welt geworden.

Interessant ist es, in welchen Erwerbszweigen sich die jüdische Bevölkerung konzentriert hat.

Die Kleiderfabrikation war bis zum Jahre 1880 in den Händen gebürtiger Amerikaner, sowie einiger deutsch-jüdischer Firmen. Deutsche und Irländer waren ihre Arbeiter. Heute ist die überwiegende Mehrzahl der Firmen jüdisch und die jüdischen Konfektionsfirmen von New York haben allein einen Umsatz von 1200 Millionen Mark. Sie besorgen wohl die Bekleidung von reichlich der Hälfte der amerikanischen Bevölkerung von 93 Millionen.

Sehr viel Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Befähigung und Wille, auch die ärgsten Entbehrungen zu ertragen, haben den aus Rußland ohne jedwedes Vermögen kommenden Juden die Begründung dieser Konfektionsfirmen ermöglicht, allerdings nur um den Preis schwerer Ausbeutung ihrer Hilfsarbeiter, die hauptsächlich in Heimarbeit beschäftigt werden, auch ihrerseits überwiegend Juden, sei es am Anfang der Unternehmungen Familienangehörige oder

Bekannte des Konfektionärs, sei es Fremde.

Auch andere Geschäftszweige, speziell in New York, werden mehr und mehr von jüdischen Firmen beherrscht. Speziell auch, was vielleicht Wunder nehmen mag, das Theaterwesen der Handelsmetropole. Andererseits suchen viele junge Juden und zwar sowohl die Söhne der reichgewordenen Kaufleute wie auch vollständig mittellose junge Leute, zum Teil direkt aus Rußland angekommen, sich den Zugang zu den freien Berufen zu eröffnen; nicht selten arbeiten sie tagsüber in Werkstätten oder Handelskontoren und gehen abends zur Evening-High-School, von der sie dann weiter zur Universität aufsteigen können. In diesen allerletzten Jahren wurden denn auch mehr und mehr Lehrstellen der Universitäten russisch-jüdischen Bewerbern verliehen und scheint die weitere Entwicklung der jüdischen Berufsverteilung dahin zu gehen, daß die aus Deutschland, Österreich und Ungarn stammenden Juden sich vorwiegend dem Handel widmen, während ein sehr wesentlicher Bruchteil der aus Rußland stammenden Juden, speziell diejenigen, welche in der Heimat revolutionäre Ideen einge-sogen haben, zunächst noch durch manuelle Arbeit ihr Brot erwerben, mehr und mehr jedoch auf dem Wege höherer Studien zur freien, jenseits des Handels liegenden Betätigung emporsteigen.

A. Whitley.



Eine Reise nach den Strafkolonien: Der Versuch, Wissenschaft in feuilletonistischem Plauderton zu geben, ist in Deutschland verhältnismäßig neu und wird jedenfalls dazu beitragen, in einem Laienpublikum dem Buche von Dr. Robert Heindl *)

*) Dr. Robert Heindl, Verlag Ullstein & Co., Berlin-Wien, 1913. Preis 10 M., geb. 12 M.

Freunde zu gewinnen. Die Sachlichkeit leidet jedoch ein wenig darunter, und ob die gegebenen Tatsachen überall stimmen, mag dahingestellt bleiben. Daß Heindl z. B. bei Ceuta die Löwen hat brüllen hören, ist eine dichterische Übertreibung, aus der man nicht gern den Schluß ziehen will, daß auch anderes poetisch frisiert ist. Am interessantesten, weil am eingehendsten, ist die Sträflingskolonie in Neu-Caledonien geschildert, nachher bekommen wir mehr im Stile von Stichproben von spanischen, chinesischen und englischen Sträflingen zu hören. Es scheint, wie wenn dem Verfasser da ein wenig die Lust ausgegangen wäre, oder als ob man ihn dort nicht so harmlos in alle Schäden hat hineinsehen lassen wie in Neu-Caledonien, denn der Zweck des Buches ist, die Schädlichkeit und Nutzlosigkeit des Deportationswesens klarzulegen, ein Nachweis, der durchaus gelingt, aber dennoch nicht dazu beitragen wird, den Deportationsgedanken für Deutschland auszu-schalten. Man wird den Einwand machen, daß unter der straffen Hand deutschen Beamtentums sich die Dinge ganz anders gestalten würden, wie in den französischen Sträflingskolonien, daß auch unser Verbrecher-

material kein ganz so schwer zu handhabendes sein dürfte, wie die Pariser Apachen. Bei der englischen Deportation handelt es sich nur um Nichteuropäer und auch hieran wird man Einwände zugunsten der Straf-siedlungen knüpfen.

Dr. v. Bülow,
Berlin.



Ein romanischer Staatenbund: In Paris wird derzeit für eine eigen-artige politische Bildung Propaganda gemacht, für eine nähere politische Verbindung der romanischen Staaten: Frankreich, Italien, Spanien, Portugal mit eventuellem Anschluß von Rumänien und Griechenland.

Wesentlicher Inhalt des Verbandes wäre die gemeinschaftliche Verwaltung der Kolonien und Schutzgebiete, sowie ein Schutz- und Trutzbündnis, während alle Konflikte der Staaten dem Schiedsgerichte des Haager Gerichtshofes überwiesen werden sollen.

In den Propagandaschriften wird übrigens angeführt, daß dem neuen Verbands jede aggressive Absicht gegen andere Staaten fernliege.

S. Dubois.



BILDUNGSWESEN

DR. MANFRED R. V. VIVENOT, WIEN: DIE „ZENTRAL-BIBLIOTHEK“ IN WIEN.



SEIT 15 Jahren besteht in Wien eines der größten gemeinnützigen Bildungsinstitute, welches merkwürdigerweise trotz seiner stets steigenden Inanspruchnahme seitens der Bevölkerung selbst in den maßgebenden bildungsfreundlichen Gesellschaftskreisen des Inlandes noch wenig bekannt ist, geschweige denn in jenen des Auslandes.

Es ist dies die „Zentral-Bibliothek“ resp., um sie von später entstandenen Zentral-Bibliotheken anderer Vereinigungen zu unterscheiden, richtiger: der Verein „Zentral-Bibliothek“ in Wien I. Wildpretmarkt Nr. 2.

Die Zentral-Bibliothek verdankt ihre Entstehung und erfolgreiche Entfaltung der unermüdlichen Tatkraft des praktischen Idealisten, Univ.-Professor Dr. Eduard Reyer, welcher mit Hintansetzung seiner Gesundheit unter Aufwand ungewöhnlicher Arbeitskraft, Geduld und namhafter eigener Mittel es zustande brachte, seine von höchster Menschenliebe erfüllten Ideen unter den schwierigsten Verhältnissen in Wirklichkeit umzusetzen. Die auf Grund reicher, vorwiegend in England und Amerika gesammelter Erfahrungen von ihm ersonnene Organisation, welche nach seinen Ratschlägen mehrfach im Inlande und in einzelnen Fällen auch schon im Auslande Nachahmung gefunden hat, hat derart günstige Erfolge aufzuweisen, daß es zweckmäßig erscheint, den Freunden menschlichen Fortschrittes einen kurzen Umriss der wesentlichsten Einrichtungen und Leistungen dieser Bibliothek zu bieten, und zwar in der Form, wie sie sich nach den Wandlungen im Laufe der Jahre gegenwärtig darstellt. Gerade jenen Ländern die, so wie Österreich, kulturell noch nicht so weit vorgeschritten sind, daß sie die Bildungsmöglichkeit für ihre Proletariatsmassen als eine zur Höherentwicklung der Menschheit notwendige Verwaltungsaufgabe erfassen, oder wenigstens die hierauf abzielenden Bestrebungen privater Korporationen durch ausgiebige Subventionen aus öffentlichen Mitteln unterstützen, können die Erfahrungen der Zentral-Bibliothek vielleicht wertvolle Anregungen für ähnliche Schöpfungen bieten.

Der Verein „Zentral-Bibliothek“ ist ein gemeinnütziges, nicht auf Gewinn berechnetes Unternehmen und hat statutenmäßig den Zweck, v o l k s t ü m l i c h e Bibliotheken und Lesezimmer in Wien und Nieder-Österreich zu errichten und zu verwalten, wobei jedes einseitige religiöse oder politische Parteibestreben grundsätzlich ausgeschlossen ist. Es sind daher Bücher und Zeitschriften der verschiedensten Richtung in den Bibliotheken eingestellt. Die Parteilosigkeit, resp. politische und religiöse Neutralität ist nach Reyer eine wesentliche Grundbedingung für die erfolgreiche Entwicklung und den dauernden Bestand von Volksbibliotheken. Sie dürfen keine Partei-Bibliotheken sein, weil solche nur von einem Teile der Bevölkerung benützt und unterstützt, von dem anderen hingegen angefeindet werden und allmählich verkümmern oder ganz verschwinden, sobald eine andere Partei die Oberhand gewinnt. Deshalb wurde der Verein „Zentral-Bibliothek“ dem Protektorate und der Aufsicht des Akademischen Senates der Wiener Universität unterstellt, welcher durch den von ihm bestellten Kurator und einen besonderen Rechnungsrevisor die gesamte Tätigkeit des Vereines, insbesondere die Einhaltung des Grundsatzes der Unparteilichkeit, zu überwachen berufen ist. Die Vereinssatzungen enthalten hierüber ausführliche Bestimmungen.

Der Verein „Zentral-Bibliothek“ verwaltet derzeit 27 Volksbibliotheken, und zwar eine Zentrale (Zentral-Bibliothek) in der Mitte der Stadt und 26 Filial-Bibliotheken, hiervon 23 in den äußeren Bezirken Wiens und je eine in den niederösterreichischen Landstädten Baden und Mödling sowie eine in dem Orte Fischau. Lesezimmer bestehen gegenwärtig nicht, da ihr Betrieb zu hohe Auslagen für Lokalmieten erfordern würde. Die Verwaltung ist überhaupt nur auf das eine Arbeitsfeld der Büche-

reien konzentriert. Die gesamten Kräfte sowie die vorhandenen Geldmittel werden nur für diesen Zweck verwendet und voll ausgenützt, ohne sie durch andere Unternehmungen zu zersplittern. Es wird besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Bücher, deren Anschaffung namhafte Kosten erforderten, auch tatsächlich gelesen werden und nicht unbenützt die Bibliotheksräumlichkeiten ausfüllen. Aus diesem Grunde sind auch die wissenschaftlichen Werke und die Musiknoten, welche bei den Filialen seltener begehrt werden, in der Zentrale zentralisiert.

In der reichhaltigen wissenschaftlichen Abteilung der Zentrale sind besonders zahlreich (einzelne bis zu 100 Exemplaren) die meisten technischen, medizinischen und juristischen Lehrwerke für den Studiengebrauch mittelloser Hochschüler eingestellt. Weiters bestehen in der Zentrale noch besondere Abteilungen für schöne Literatur, fremde Sprachen, Jugendliteratur und Musik.

Die der Zentrale seit 1905 angegliederte Musikabteilung — die erste derartige volkstümliche Musik-Bibliothek in Wien und überhaupt in Österreich — enthält die Gesamtausgaben der Klassiker, sämtliche durch die musikwissenschaftliche Forschung erschlossenen volkstümlichen Ausgaben alter Meister sowie die Werke der modernen Komponisten aller Nationen. Opern-, Orchester- und Kammermusik, dann Chorwerke sind sowohl in großen und kleinen Partiturausgaben (resp. Stimmen), als auch in zwei- und vierhändigen Klavierauszügen vorhanden. Ausgeschlossen ist gewöhnliche Operettenmusik. Für Klavier, Violine, Violoncello stehen alle Originalwerke und zahlreiche Bearbeitungen, für Gesang Ausgaben in sämtlichen Stimmgattungen zur Verfügung. Hauptwerke sind in zahlreichen, einige (wie Beethoven, Mozart, Wagner u. a.) bis zu 30 Exemplaren eingestellt. Die wichtigsten musiktheoretischen Werke (Biographie, Harmonie-, Formenlehre, Ästhetik, Musikgeschichte) sind vorrätig. Die Zentral-Bibliothek bietet solcherart Musikstudierenden und Musikfreunden einen wertvollen Studienbehelf.

Mit Ausnahme einiger besonders teurer Werke können alle wissenschaftlichen und musikalischen Werke der Zentrale auch von jedem Leser der Filialen entlehnt werden. Ein regelmäßiger Transportverkehr mittels Spediteur vermittelt die Abgabe solcher Werke an die Filialen. Auch besitzt jede Filiale in ihrem dauernden Bücherbestande noch eine entsprechende Anzahl von stärker beehrten wissenschaftlichen Werken. Außerdem erhalten sie aus der Zentrale nach Bedarf leichtverständliche wissenschaftliche Werke gewissermaßen als Wanderbibliotheken, welche nach möglichster Ausnützung wieder an andere Filialen weiter abgegeben werden. Speziell die Filiale des VIII. Bezirkes in der Nähe des allgemeinen Krankenhauses und der Universitätskliniken ist noch mit einer medizinischen Studienbibliothek ausgestattet.

Der Einkauf der Bücher und Musiknoten sowie das Einbinden derselben erfolgt stets im Großen, wodurch eine bessere Ökonomie erzielt wird. Eine starke Reserve der am häufigsten gelesenen Werke (bis zu 50 000 Bänden Dubletten) ermöglicht es dann, sämtliche Filialen nach Bedarf sofort mit Büchern zu versorgen und die Wünsche der Leser rasch zu befriedigen.

Der Bücherbestand aller Bibliotheken zusammen beträgt über 500 000 Bände (gerechnet nach Buchbinderbänden), jener der Zentrale allein über 200 000 Bände. Von letzteren entfallen ungefähr 60 % auf Wissenschaft. An Noten sind in der Zentrale etwa 10 000 Bände eingestellt. Jedes Werk

erhält beim Einbinden eine Buchkarte. Die Vorteile des Buchkartensystems, speziell für Volksbibliotheken, können als bekannt vorausgesetzt werden.

Die Aufstellung der Werke erfolgt innerhalb der einzelnen Abteilungen und Gruppen bloß alphabetisch nach den Namen der Autoren, da die Nummerierung für Volksbibliotheken unpraktisch ist.

Die Auswahl der in die Bibliotheken einzustellenden Bücher und die Bearbeitung der wichtigeren Kataloge obliegt unter der Leitung des Direktors der Wiener Universitäts-Bibliothek, Hofrat Dr. Himmelsbaur, einem zumeist aus Fachleuten der Universitäts-Bibliothek und der Bibliothek der Technischen Hochschule bestehenden Bibliothekskomitee. Bei Auswahl der Noten und Bearbeitung des Musikkataloges wird ein besonderes Komitee von Musiksachverständigen zu Rate gezogen, an dessen Spitze die Musikschriftstellerin Dr. Else Bienenfeld steht. Auf diese Weise ist unter Vermeidung einer zu weitgehenden Zensur, durch welche die Leser nicht bekehrt, sondern nur verscheucht würden, genügende Gewähr dafür geboten, daß Schundliteratur und überhaupt schlechte Lektüre oder Musik von den Bibliotheken ausgeschlossen bleibt.

Für die verschiedenen Abteilungen der Zentrale sowie für die einzelnen Filialen sind besondere Kataloge angefertigt, welche in den betreffenden Bibliotheken aufliegen und zu sehr mäßigen Preisen, die gerade noch die Druckkosten decken, an die Leser abgegeben werden. Ein kleiner Auszug aus dem zweibändigen wissenschaftlichen Kataloge wird an Leser der Filialen um den geringfügigen Preis von 6 Hellern abgegeben und kann gleichzeitig als Wunschliste verwendet werden.

Der Verein „Zentral-Bibliothek“ steht in Verbindung mit der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer und dem Juridisch-politischen Leseverein in Wien. Die mit diesen beiden Korporationen getroffenen Übereinkommen ermöglichen es, die wertvollen Bücherbestände ihrer Bibliotheken auch an Leser der Zentral-Bibliothek auszuleihen und so der Benützung weitester Kreise zugänglich zu machen. Die wichtigsten Werke derselben, soweit sie überhaupt abgegeben werden, sind auch in dem wissenschaftlichen Kataloge der Zentral-Bibliothek aufgenommen.

Ein besonderes Übereinkommen besteht weiters mit dem Wiener Volksbildungs-Verein. Auf Grund desselben können sämtliche 13 Volksbibliotheken dieses Vereines für ihre Leser auch alle wissenschaftlichen Werke (mit Ausnahme einiger teurer) aus der Zentral-Bibliothek gegen Entrichtung der Lesegebühren beziehen.

Die Lesegebühren betragen in der Zentrale monatlich 50 Heller für die gesamte wissenschaftliche, fremdsprachige und Jugendliteratur sowie in beschränkter Auswahl auch für die schöne Literatur und Musiknoten. Wer alle literarischen und musikalischen Werke oder die früher angeführten in größerer Anzahl entleihen will, hat als Monatsgebühr 1 Krone 20 Heller zu bezahlen. Der Leser kann bei einmaliger Zahlung der Monatsgebühr von 50 Heller, bzw. 1 Krone 20 Heller nach eigener Wahl sämtliche Abteilungen auch gleichzeitig benützen. In allen Fällen muß außer der Monatsgebühr für jeden entlehnten Band noch eine Bandgebühr von 2 Heller (sog. Leihheller) entrichtet werden. Da nicht geteilte, umfangreichere Buchhändlerbände oder teure Werke für mehrere Bände gezählt werden, erhöht

sich für dieselben die Bandgebühr auf 4 bis 6 Heller, ausnahmsweise auch auf etwas mehr. Diese Bandgebühr trägt viel dazu bei, die spielende Vielleserei, wie sie bei Freibibliotheken vorkommt, zu verhindern. In den Wiener Filialen ist ohne Unterschied der Literatur eine einheitliche Monatsgebühr von 20, 30 oder 50 Heller je nach Lage der Bibliothek oder Ausstattung mit Büchern festgesetzt. Dieselben Monatsgebühren berechtigen die Leser der Filialen auch zur Entlehnung wissenschaftlicher Werke aus der Zentrale. Musiknoten der Zentrale erhalten sie jedoch nur bei Entrichtung einer Monatsgebühr von 50 Heller. In den Filialen außerhalb Wiens wird von den am Orte dauernd ansässigen Lesern eine geringere Monatsgebühr von 30 bzw. 50 Heller, von den Sommergästen hingegen eine solche von einer Krone erhoben. Die Bandgebühren sind in allen Filialen die gleichen wie in der Zentrale.

Die Lesegebühren der Zentral-Bibliothek sind derart gering, daß sie auch von Unbemittelten unschwer aufgebracht werden können. Ein oder zwei Gläser Bier oder mehrere Zigarren im Monate weniger und die Mittel zur geistigen Nahrung sind vorhanden.

Gerade die Entgeltlichkeit ist nach Reyer eine weitere Grundbedingung für den Bestand von Volksbibliotheken in allen rückständigen Ländern. Freibibliotheken, die nur von den Beiträgen der ordentlichen Mitglieder (nicht der Leser selbst) und den unsicheren Spenden Privater ohne ausgiebige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten werden sollen, sind nicht lebensfähig. Auch benimmt die Entgeltlichkeit dem Leser die Empfindung, daß er bloß von einer Wohltätigkeitsanstalt beteiligt wird; er ist vielmehr selbst aktiv mitbeteiligt. Reyer legt ferner besonderes Gewicht darauf, daß die Lesegebühren nicht auf einmal für längere Zeit, etwa für ein Jahr, erlegt werden müssen, sondern in Teilzahlungen, d. i. pro Monat entrichtet werden können. Der Leser zahlt so den geringeren Betrag leichter und kann den Lesevertrag mit jedem Monate ohne Verlust wieder unterbrechen.

Die Filialen der äußeren, meist von den arbeitenden Klassen bewohnten Bezirke mit einer Monatsgebühr von 20 Heller sowie die wissenschaftliche und musikalische Abteilung der Zentrale sind stark passiv. Ihr Defizit wird durch die Überschüsse der anderen Bibliotheken bzw. Abteilungen der Zentrale gedeckt. Dadurch tragen die bemittelteren Leser unmerklich und gewissermaßen automatisch die Kosten für die weniger Bemittelten und jene, welche ernste Studien treiben. Ein kleiner, durch private Spenden gebildeter Fonds gestattet es außerdem, in ganz besonders rücksichtswürdigen Fällen den Leser selbst von der Entrichtung der Monatsgebühren zu entheben.

Dies, insbesondere aber die überaus zweckmäßige Abstufung der Lesegebühren sowohl in der Zentrale, als auch in den Filialen untereinander ermöglicht es, selbst den in den entferntesten Teilen der Großstadt lebenden unbemittelten Bevölkerungskreisen besten Lesestoff gegen ganz geringes Entgelt zur Verfügung zu stellen und dieselben an allen geistigen Schätzen, speziell auch der Wissenschaft und Musik, teilnehmen zu lassen, ein Vorzug, durch welchen sich die Zentral-Bibliothek von den Volksbibliotheken, bzw. allgemeinen öffentlichen Bibliotheken ähnlicher gemeinnütziger Unternehmungen wesentlich unterscheidet.

Auf eine Lesekarte erhält der Leser auf einmal in der Regel zwei Werke, je nach dem Werte derselben auch mehr oder weniger. Werden auf Lesekarten der Zentrale zu 1 Krone 20 Heller bloß Werke der 50 Heller Abteilungen entlehnt, so wird eine entsprechend größere Anzahl Werke

verabfolgt. Außerdem erhält jeder Leser in der Zentrale, wie in den Filialen auf Verlangen als sogenannte *Zugabewerke* noch zwei oder mehrere wissenschaftliche Werke, deren größere Verbreitung wünschenswert erscheint, eventuell andere billige Buchausgaben, wofür nur die Bandgebühren zu entrichten sind. Es kann daher ein Leser der Zentrale auf Grund einer Lesekarte zu 50 Heller unter Umständen sich und seine Familie mit verschiedenartigstem Lesestoff auf einmal versorgen. Er kann z. B. ein wissenschaftliches Werk für sich, einen Roman für seine Gattin, dann ein Notenwerk und ein Jugendwerk für die Kinder gleichzeitig entleihen. Der Wert der an einen Leser auf eine Lesekarte zugleich ausgefolgten Werke erreicht häufig die namhafte Höhe von mehr als 50 Kronen.

Zur *Einschreibung* als Leser ist nur die persönliche Vorweisung einer geeigneten Legitimation erforderlich. In der Zentrale wird in einzelnen Ausnahmefällen auch der Erlag einer Kautions von 10 Kronen verlangt. Für Volks- und Bürgerschüler sowie Mittelschüler müssen sich die Eltern oder Vormünder auf eigenen Namen einschreiben lassen.

Der *Lesevertrag* kann mit jedem Tage begonnen werden. Die vorausbezahlende Monatsgebühr gilt bis zum entsprechenden Tage des nächsten Monats. In der Zentrale werden an der Kasse zur Bestätigung für eingezahlte Monatsgebühren besonders konstruierte *Stempelmaschinen* und zur Buchung mehrere kleine *Additionsmaschinen* (Adix) verwendet, was eine außerordentlich rasche Abwicklung der Kassengeschäfte ermöglicht, und die mühsamen Zählarbeiten nach Kassenschluß erspart. Die Reihenfolge, in welcher die *Abfertigung* der Leser erfolgt, wird durch einen eigenen *Nummernapparat* geregelt, wodurch viele unnötige und zeitraubende, manchmal auch erregte Auseinandersetzungen vermieden werden.

Bei der *Entlehnung* muß die Lesekarte vorgewiesen und eine Wunschliste beigebracht werden. Eine aufdringliche Einflußnahme auf die Leser bei Auswahl ihrer Lektüre wird in den Bibliotheken des Vereins nicht geübt, um nicht die Empfindung der Bevormundung hervorzurufen; sie wäre in der Zentrale überhaupt schon wegen des bedeutenden Tagesumsatzes an Bänden schlechterdings unmöglich. Selbstverständlich wird aber über etwaige Anfragen der Leser in dieser Hinsicht jederzeit bereitwilligst und eingehendst Auskunft erteilt. Eine unmerkliche Beeinflussung der Leser zugunsten der wissenschaftlichen oder überhaupt wertvollerer Lektüre wird vielmehr hauptsächlich durch indirekte Mittel erzielt. Es wird nämlich seichte Lektüre und Musik nur in wenigen, gute hingegen in vielen Exemplaren eingestellt, während minderwertige und veraltete Werke allmählich ausgeschieden werden. Dadurch werden Leser, welche ein gewünschtes Werk gerade nicht erhalten können, aber nicht gerne unverrichteter Sache sich entfernen wollen, angeregt, bessere Bücher mitzunehmen, als sie ursprünglich gewünscht hatten. Die Steigerung der wissenschaftlichen Entlehnungen wird auch durch die Einrichtung der schon erwähnten sog. *Zugabewerke* wesentlich gefördert.

Die *Entlehnungsfrist* ist für wissenschaftliche Werke und Musiknoten ein Monat, für andere Werke (schöne Literatur usw.) 14 Tage, kann aber verlängert werden.

Werden die entlehnten Werke innerhalb der festgesetzten Entlehnungsfrist nicht zurückgestellt und ist die Frist nicht verlängert worden, so wird der Leser dreimal gemahnt, wofür besondere Mahngebühren erhoben werden.

Bleibt die dreimalige Mahnung erfolglos, so wird die gerichtliche Mahnklage gegen ihn eingebracht. Diese Mahnklage stellt sich ihrem Wesen nach bloß als eine vierte, jedoch gerichtlich zugestellte Mahnung dar. Nur in besonders schwierigen Fällen oder, wenn ungehöriges Benehmen eines Lesers energischeres Vorgehen erfordert, wird die Austragung der ganzen Angelegenheit einem Rechtsanwalte übertragen.

Der Verein hat sich übrigens in seiner Bibliotheksordnung vertragsmäßig das Recht vorbehalten, an Leser oder deren Beauftragte, welche durch ihr Benehmen den Leseverkehr stören oder sonst die einem gemeinnützigen Unternehmen zukommende Rücksicht außer acht lassen, keine Werke zu verabfolgen und solche Leser nötigenfalls von der Benützung sämtlicher Bibliotheken des Vereines auszuschließen. Erfreulicherweise ist der Verein zu solchen Maßregeln nur äußerst selten gezwungen.

Der Verein „Zentral-Bibliothek“ wird durch einen Vorstand geleitet, welcher aus neun, von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern besteht. Er hat das Recht, sich durch Kooptation um höchstens weitere neun Mitglieder zu verstärken. Gegenwärtig besteht der Vorstand aus 17 Mitgliedern, von denen etwa die Hälfte den Lehrkörpern der Universität und der technischen Hochschule angehört. Der Gesamtvorstand hat alle wichtigeren, nicht ausdrücklich der Hauptversammlung vorbehaltenen Angelegenheiten des Vereines zu verhandeln und zu entscheiden.

Die unmittelbare Besorgung der Vereinsgeschäfte obliegt den Vorstandsfunktionären, welche vom Gesamtvorstande aus seiner Mitte gewählt werden, d. s. der Obmann, ein Schriftführer, ein Finanzreferent und ein oder mehrere Bibliotheksreferenten sowie für jedes dieser Ämter je ein oder mehrere Stellvertreter. Der Vorstand besorgt die Geschäfte unentgeltlich.

Der Jahresbeitrag für ordentliche Mitglieder ist mit mindestens 2 Kronen festgesetzt. Die Leser sind bloß außerordentliche Mitglieder des Vereines.

Für den eigentlichen Bibliotheksbetrieb sind fast durchweg weibliche Kräfte angestellt. Ihre Leistungen stehen, wie der Erfolg zeigt, solchen männlicher Angestellten in keiner Beziehung nach. Die Oberleitung des gesamten Betriebes obliegt einer Direktion, welcher eine Oberbibliothekarin und drei Bibliothekarinnen angehören. Diese besorgen auch die Buch- und Kassenführung sowie die statistischen Arbeiten. In der Zentrale wird für den Parteienverkehr eine größere Anzahl erfahrener Beamtinnen und Hilfskräfte verwendet. Den Filialleiterinnen sind auch Hilfskräfte dauernd oder vorübergehend beigegeben. Derzeit beschäftigt der Verein 65 Angestellte, wovon 29 auf die Zentrale und 36 auf die 26 Filialen entfallen.

Bei der Neuaufnahme wird vorwiegend auf Geschick und praktischen Sinn sowie auf Ernst, Verlässlichkeit und zuvorkommendes Benehmen gegen Parteien Rücksicht genommen. Nach gründlicher Schulung in der Zentrale und Erlernung aller in das Fach schlagenden Arbeiten werden die Neuangestellten zum Verkehre mit den Parteien herangezogen und unter Aufsicht ausgebildet. Erst dann erhalten sie selbständigere Stellungen in der Zentrale oder bei den Filialen.

Die festen Bezüge der Angestellten können sich mangels ausgiebiger Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln im allgemeinen nur in bescheidenen Grenzen bewegen, doch werden den Angestellten, mit Ausnahme der jüngeren Hilfskräfte, Tantiemen durch Beteiligung an einzelnen Betriebseinnahmen oder für besondere Dienstleistungen gewährt, wodurch ihnen

Gelegenheit geboten ist, sich ihre Bezüge nach Maßgabe ihrer eigenen Tüchtigkeit selbst zu erhöhen.

Die tägliche Dienstzeit ist auf höchstens 9 Stunden beschränkt. Die Mittagspause ist vertragsmäßig mit mindestens 1½ Stunden festgesetzt, beträgt, aber tatsächlich 2 Stunden. Sonn- und Feiertage sind dienstfrei. Alle vollbeschäftigten definitiv Angestellten haben nach Ablauf des ersten Dienstjahres Anspruch auf einen jährlichen Erholungsurlaub von mindestens 10 Tagen, nach 5 oder 15 jähriger Dienstzeit von mindestens 2 bzw. 3 Wochen. Tatsächlich werden aber den dienstälteren Angestellten je nach Erholungsbedürftigkeit auch längere Urlaube gewährt. Während desurlaubes behalten die Angestellten den Anspruch auf die ihnen zukommenden vollen Geldbezüge.

Solange eine gesetzliche Krankenversicherungspflicht für die Angestellten des Vereines nicht besteht, hat dieser selbst freiwillig die Krankenfürsorge für seine Angestellten übernommen und zu diesem Zwecke einen besonderen Vereinsarzt bestellt. Den Angestellten, welche während des Dienstverhältnisses erkranken, ist unentgeltliche ärztliche Behandlung durch den Vereinsarzt (mit Inbegriff des geburtshilflichen Beistandes) und Ersatz der Kosten für die notwendigen Heilmittel sowie die Fortzahlung der festen Bezüge ohne Tantiemen auf die ununterbrochene Dauer von höchstens 20 Wochen vom Beginne der Krankheit an zugesichert.

Alle Angestellten mit Ausnahme weniger Hilfskräfte sind auf Grund des Gesetzes, betreffend die Pensionsversicherung der Privatangestellten, bei der Landesstelle der „Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte“ in Wien versichert.

Die Auflösung des Dienstverhältnisses kann während des ersten Monates der halbjährigen Probezeit von beiden Teilen jederzeit erfolgen. Späterhin kann das Dienstverhältnis nur nach vorausgegangener Kündigung, deren Frist vor Ablauf der Probezeit mindestens 14 Tage, nachher mindestens einen Monat betragen muß, von beiden Teilen gelöst werden. Hat das Dienstverhältnis bereits 10 Jahre ununterbrochen gedauert, so beträgt die Kündigungsfrist 3 Monate. Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann das Dienstverhältnis von jedem Teile nur aus wichtigen Gründen sofort gelöst werden. Die näheren Details des Dienstvertrages sind in einer gedruckten Angestelltenordnung niedergelegt, welche nach Anhörung verschiedener Vertreter der Angestellten vom Vereinsvorstande festgestellt wurde und jedem Angestellten beim Dienstantritte ausgefolgt wird.

Besondere Instruktionen regeln weiter das Verhalten beim Bibliotheksbetriebe selbst.

Sämtliche Wiener Filial-Bibliotheken des Vereines sind an Werktagen von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr abends für den Parteienverkehr geöffnet, wodurch eine volle Ausnützung der Bibliotheken ohne Überbürdung des angestellten Personales ermöglicht wird.

Die Einrichtung der Bibliotheken ist, den geringen verfügbaren Mitteln entsprechend, einfach und beschränkt sich nur auf das Allernotwendigste. Mehr Gewicht als auf Äußerlichkeiten wird auf immer bessere Ausstattung mit Büchern gelegt.

Die Filialen werden in ihrer ganzen Gebahrung von der Zentrale überwacht. Die Abrechnung erfolgt monatlich. Ein besonders bestellter Revisor nimmt mehrmals im Jahre unvermutete Revisionen in allen Filialen vor.

An verzinslichem Vermögen besitzt der Verein „Zentral-Bibliothek“.

27 400 Kronen in Wertpapieren, ein Vermächtnis des verstorbenen Ehrenpräsidenten Dr. Karl Ritter von Scherzer.

Da die Subventionen aus öffentlichen Mitteln und die privaten Spenden nur wenige tausend Kronen ausmachen und auch die Jahresbeiträge der ordentlichen Mitglieder sehr gering sind, ist der Verein nahezu ganz auf seine eigenen Betriebseinkünfte angewiesen. Der ganze Betrieb ist daher, soweit möglich, nach geschäftlichen Grundsätzen organisiert. Fast die gesamten Auslagen müssen bloß durch die geringen Lesegebühren der außerordentlichen Mitglieder (Leser) aufgebracht werden. Das Jahresbudget des Vereins übersteigt derzeit bereits 300 000 Kronen. Die Mitgliederbeiträge und sonstigen Betriebseinkünfte betrugen im letzten Jahre (1912) 275 800 Kronen. An voraussichtlich jährlich wiederkehrenden Subventionen aus öffentlichen Mitteln kommen gegenwärtig nur in Betracht: 1050 Kronen vom Staate, 4000 Kronen von der Gemeinde Wien, 400 Kronen von der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer und 50 Kronen von der Stadtgemeinde Mödling, zusammen 5500 Kronen. Die Auslagen für Neuanschaffung von Büchern und Musiknoten samt Buchbinderkosten beliefen sich im Jahre 1912 auf 96 000 Kronen, hiervon für Einkäufe allein auf 70 000 Kronen. Die Druckkosten (für Kataloge u. a.) betrugen über 12 000 Kronen. Die Personalauslagen (einschließlich der Auslagen für die fachlichen Mitarbeiter) überstiegen 100 000 Kronen; auf die Pensionsversicherung entfielen hiervon über 5000 Kronen. An Mieten für die Bibliothekslokale wurden zusammen 41 000 Kronen ausgegeben. Die Jahresmiete der Zentrale allein im Zentrum der Stadt erfordert derzeit 22 000 Kronen.

Seit seinem 15 jährigen Bestande hat der Verein insgesamt über 2 1/2 Millionen Kronen für Bibliothekszwecke verausgabt. Hiervon entfiel fast eine Million auf Bücherkäufe (einschließlich Buchbinderkosten), 100 000 Kronen auf Druckkosten, über 700 000 Kronen auf Personalauslagen und 300 000 Kronen auf Lokalmieten.

In der Zentrale werden täglich im Durchschnitte 800 Parteien abgefertigt (an einzelnen Tagen bis zu 1400) und etwa 7000 Bände ausgegeben (bisheriges Maximum 13 000 Bände). Ebenso viele Bände werden am selben Tage zurückgestellt. Durchschnittlich lassen sich täglich 46 Leser einschreiben und 40 streichen. Im letzten Jahre waren pro Tag durchschnittlich 23 000 aktive Leser in sämtlichen Vereinsbibliotheken gleichzeitig eingeschrieben (Maximum 25 000), hiervon in der Zentrale allein 9300 (Maximum 10 700). Tatsächlich beträgt aber die Zahl der die Bibliotheken im Laufe eines Jahres benützenden Personen weitaus mehr, da ein beständiger Wechsel derselben infolge von Neueinschreibungen, Streichungen oder Unterbrechungen stattfindet, was ziffernmäßig nicht festzulegen ist.

Auch die Statistik der Entlehnungen kann nur ein ganz unvollkommenes Bild dessen bieten, was die Bibliotheken tatsächlich an Volksbildung leisten. Jeder Leser erhält nämlich, wie oben erwähnt, auf eine Lesekarte gleichzeitig soviel verschiedenartigen Lesestoff, daß er damit gewöhnlich auch seine Familie oder Bekanntschaft versorgt. Vom Standpunkte der Volksbildung kann dies nur als vorteilhaft angesehen werden, wenn auch dem Vereine dadurch manche Einnahmen entgehen. Die Zahl der Personen, von welchen jeder entlehnte Band wirklich gelesen wird, ist demnach ganz unberechenbar. Jedenfalls beträgt sie noch ein Vielfaches aller statistisch erfaßbaren Entlehnungsziffern.

Die nachweisbaren Gesamtentlehnungen aller Bibliotheken des Vereins betrugen im Jahre 1912 mehr als $4\frac{1}{2}$ Millionen Bände, wovon 2 Millionen auf die Zentrale entfallen. Im Laufe der 15 Jahre seit dem Bestande des Vereins wurden in der Zentrale 14 Millionen, in allen Bibliotheken zusammen 35 Millionen Bände entlehnt. Ungefähr ein Viertel hiervon entfällt auf Wissenschaft und Musik. In der Zentrale allein machen die wissenschaftlichen und musikalischen Entlehnungen mehr als die Hälfte der Entlehnungen aus. Speziell an Musikalien wurden im letzten Jahre 145 000 Bände ausgeliehen.

Von einer ausführlicheren Darstellung der Gründung und fortschreitenden Entwicklung der Zentral-Bibliothek muß hier abgesehen werden und wird diesbezüglich auf die einschlägige Literatur *) verwiesen. Die vorstehenden Ausführungen dürften aber eine genügende Vorstellung über die gegenwärtige Einrichtung und Leistung der Zentral-Bibliothek bieten und zeigen, wie selbst unter ungünstigen Verhältnissen mit beschränkten Mitteln bei zweckmäßiger Organisation, vorsichtiger Geldgebahrung und rationeller Ausnützung aller in Betracht kommenden Kräfte ein bedeutender Nutzeffekt erzielt werden kann. Reyer hat eben „im Gegensatz zur Majorität anspruchsvoller Idealisten, welche das Gute nie tun, weil sie nur das Beste wollen, versucht, mit dürftigen Mitteln ein Werk zu schaffen, welches so gut ist, als es die Verhältnisse eben gestatteten“. Er hat „nicht mit Worten, sondern mit Taten gesprochen“. „Der Glaube an eine bessere Zukunft hat ihn stark gemacht.“ „Wenn wir allen geben, so können uns die Besten nicht entkommen, und diese schaffen die Zukunft.“

CHRONIK

EINE Auswahlbibliothek für Jugendliteratur: Als der Wiener Volksbildungsverein vor 10 Jahren einen Jugendschriftenausschuß einsetzte, berief er in bewußtem Gegensatz zu den meisten anderen Prüfungsausschüssen die Mitglieder nicht aus

Lehrerkreisen, sondern er betraute unabhängige Frauen des gebildeten Mittelstandes damit, ein „Verzeichnis empfehlenswerter Jugendliteratur“ zusammenzustellen, dem bald ein Anhang: „Einige Vorschläge für die erwachsene Jugend“ beigegeben wur-

*) Literatur-Verzeichnis: Jahresberichte des Ver. Zentr.-Bibl. 1897/98 bis 1912. — E. Reyer: Entwicklung und Organisation der Volksbibliotheken. 1893. — E. Reyer: Handbuch des Volksbildungswesens. 1896. — Ad. Freiherr Bachofen v. Echt: Die Errichtung einer wissenschaftlichen Zentral-Bibliothek. Vortrag, 1898. — E. Reyer: Über Einrichtung und Verwaltung kleiner Volksbüchereien. 1902. Verlag d. Z.-B. — E. Reyer: Die Verwaltung der Zentral-Bibliothek in Wien. 1902. Verlag d. Z.-B. — E. Reyer: Fortschritte der volkstümlichen Bibliotheken. 1903. — E. Reyer: Kritische Studien zum volkstümlichen Bibliothekswesen der Gegenwart. 1905. — Ad. Freih. Bachofen v. Echt: 1. Die Wiener Zentral-Bibliothek, 2. Musikbibliotheken. Referat, gehalten am 7./9. 1906. 6. Delegiertentag der deutsch-österreich. Volksbildungsvereine. — Dr. Mich. Hainisch: Die Wiener Zentral-Bibliothek. Öster. Rundschau, Bd. XXIV, H. 2, 15./7. 1910. — Jos. Luitpold Stern: Wiener Volksbildungswesen. 1910. — Dr. Else Bienenfeld: Musikalische Volksbibliothek, Zeitschrift für Musik und Literatur „Ton und Wort“ 1911, H. 10. — E. Reyer, Dr. Himmelbaur u. a.: Bildung und Staat. Volksbibliotheken. 1912. — Hans Lindau (Berlin): Eduard Reyer und die Volksbibliotheken. Neue Freie Presse Nr. 17215, 28/7. 1912, S. 32.

de. Dieses Verzeichnis wird jeden Herbst neu herausgegeben; es will Gutes bieten, das die Jugend erfreut. Zur Förderung der Jugendschriftenbewegung ist mit derartigen Verzeichnissen viel getan, aber noch längst nicht alles. Der sorgsam Wählende hat den Wunsch, eine Anzahl Bücher durchzusehen, bevor er zur engeren Wahl für den besonderen Zweck schreitet; diesem Wunsche kommt der Buchhandel nur in beschränktem Maße entgegen. Und doch ist dringend anzustreben, nicht nur, daß jeder, der der Jugend Unterhaltungslektüre in die Hand gibt, sich der damit übernommenen Verantwortung bewußt, sondern auch, daß ihm die Möglichkeit geboten werde, so zu wählen, wie es solchem Bewußtsein entspricht.

Diese Erkenntnis hat den Jugendschriftenausschuß des Wiener Volksbildungsvereins bewogen, eine *Auswahlbibliothek* einzurichten, in der der Besucher jedes im Verzeichnis empfohlene Buch genau durchsehen und das Gewählte mit Bestellzettel bei seinem eigenen Buchhändler bestellen kann. Wie bei Zusammenstellung des Verzeichnisses wurde auch bei den die Benützung der Auswahlbibliothek betreffenden Einrichtungen Bedacht genommen auf Befriedigung aller Schichten der Gesellschaft. Die Auswahlbibliothek ist während der Wintermonate an einem Vor- und einem Nachmittage der Woche unentgeltlich geöffnet, im Dezember an beiden Tagen bis 8 Uhr

abends und an einem oder dem anderen Sonn- oder Feiertag, um auch solchen ihren Besuch zu ermöglichen, die an Wochentagen bis zum Abend beschäftigt sind. Ihr Bestand deckt sich, wie gesagt, mit dem Inhalt des Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendlektüre, in dem vom billigen Heft bis zum Prachtband für jede Altersstufe aufs beste gesorgt ist.

Abgesehen von der Weihnachtszeit, wo vorwiegend die vielen schönen Bilderbücher und andere Geschenkwerke von Angehörigen aller Stände zur Durchsicht verlangt werden, sind die Besucher hauptsächlich Leute, die sich für die Jugendschriftenfrage schon interessieren, sich auch wohl selbst mit ihr beschäftigen, die es daher mit Freude und Dankbarkeit begrüßen, geeignetes Arbeitsmaterial in solcher Fülle so leicht zugänglich zu finden. Nur langsam wird die Auswahlbibliothek den der Jugendschriftenbewegung fernstehenden Gesinnungsgenossen bekannt; kommen sie, so zeigen sie meist großes Erstaunen darüber, daß ein so vortreffliches Unternehmen seit Jahren im Gange sein konnte, ohne daß sie davon wußten. Noch langsamer gelingt es natürlich, die Gleichgültigen oder gar die Gegner solcher Bestrebungen für Verzeichnis und Auswahlbibliothek zu interessieren; aber auch hier sind Erfolge zu verzeichnen, die den Arbeitsmut der Pioniere beleben.

Helene Bucher,
Wien.

Verantwortlich für die Redaktion Erich Lilienthal, Berlin-Wilmersdorf. — Alle Manuskripte sind an die Deutsche Redaktion, Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 115/116 zu richten. — Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen Rückporto beiliegt.

Druck von Georg Reimer in Berlin W. 10.

Umschlag und Ausstattung zeichnete Lucian Bernhard, Berlin.